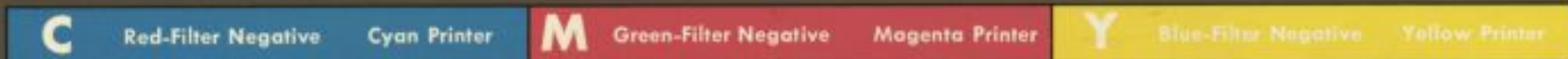




KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Staatswissenschaftliche
Mittheilungen,
vorzüglich in Beziehung
auf das
Herzogthum Braunschweig,

von
Friedrich Karl von Strombeck,
Fürstlich-Bippischem Geheimen-Rathe, Oberappella-
tions-Rathe, Mitgliede des engern Ausschusses der
Braunschweigischen Landschaft.

Drittes Heft.

Inhalt.

Einleitung.

Actenstücke.

- Nr. I. Protocol über die Eröffnung der Stände-
versammlung.
Nr. II. Thronrede Sr. Durchlaucht des Herzogs
Wilhelm.
Nr. III. Proposition, den Entwurf der Landtags-
Ordnung betreffend.
Nr. IV. Entwicklung der vorzüglichsten Motive des-
selben.
Nr. V. Protocolle über die vorläufige Vereinigung
beider landschaftlichen Sectionen zu einem Ple-
num.
Nr. VI. Antwort-Adresse an des Herzogs Durch-
laucht.
Mittheilungen aus den Berathungen des Ple-
num über die Landesfürstliche Proposition
der revidirten Landtags-Ordnung.
Votum über Pressfreiheit.

Bei Friedrich Bieweg in Braunschweig sind
erschienen und versandt:

Was ist Rechtens, wenn die oberste Staats-
gewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt?
Nebst einer Darstellung der Theorie des Herrn von Hal-
ler, hinsichtlich dieser Frage. Von Friedrich Karl
von Strombeck. Vierte, bedeutend vermehrte
Auflage. gr. 8. geh. 12 Ggr.

Die Rechtsache des Freiherrn von Sierstorpff,
welcher der verletzten Ehreubietung gegen Se. Durchlaucht
den Herzog Carl zu Braunschweig-Lüneburg beschuldigt
worden. Als Beitrag zur Geschichte der Braunschweigischen
Landes- und Deutschen Bundes-Justiz, in einer Reihe von
Actenstücken und Anmerkungen herausgegeben von Dr. Ge-
org Bruns zu Wolfenbüttel. gr. 8. geh. 16 Ggr.

Ueber geschichtliche Entstehung, Charakter und
zeitgemäße Fortbildung der landständischen Verfassung des
Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg.
Von H. de Dobbeler, Advocaten in Braunschweig. gr. 8.
geh. 12 Ggr.

Deutschlands Vergangenheit und Zukunft, die
Gefahren, welche ihm drohen, und die Mittel, denselben zu
begegnen. Ein Wort der Zeit, des Friedens und der Einig-
ung an die Regierungen und an die Nation. Von Dr.
Ernst Münch. Zweite verbesserte und mit einem zweiten
Sendeschreiben vermehrte Auflage. gr. 8. geh. 12 Ggr.

Historische Rückblicke, Politische Zeitstimmen und
Patriotische Ermahnungen. An die Deutschen, von Dr. Ernst
Münch. Erstes Heft. gr. 8. geh. 12 Ggr.

Ueber die Einigung der Handels-Interessen
Deutschlands. Von H. v. Amberg, Herzogl. Braunschw.
Kammer- und Ober-Legationsrath. gr. 8. geh. 8 Ggr.

Die Bedeutung deutscher Bürgerbewaffnung, ge-
schichtlich entwickelt. Bei Gelegenheit der Fahnenweihe der
Braunschweiger Bürgergarde allen Bürgergarden unsers Va-
terlandes gewidmet. 6 Ggr.

Ueber die Nothwendigkeit durchgreifender Refor-
men bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Mit einlei-
tenden Bemerkungen über die von Hrn. v. Strombeck vor
Kurzem abgehandelte Frage: Was ist Rechtens, wenn die
oberste Staatsgewalt dem Staatszwecke entgegenhandelt? Von
K. H. Jürgens. gr. 8. geh. 16 Ggr.

Stenographische Kunst

im Jahre 1831.

Verfasser: Herr Dr. J. G. Ziegler.

Verlag: Leipzig, bei C. F. Ziegler.

Preis: 1 Rthlr. 12 Sgr.

Erstausgabe.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Leipzig, bei C. F. Ziegler.

1831.

Verlag: Leipzig, bei C. F. Ziegler.

Preis: 1 Rthlr. 12 Sgr.

Erstausgabe.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Leipzig, bei C. F. Ziegler.

1831.

Beiträge

zur

Geschichte

des

Braunschweigischen Landtages

im Jahre 1831.

Von

Friedrich Karl von Strombeck,

Fürstlich-Lippischem Geheimen-Rathe, Oberappellations-Rathe, Mit-
gliede des engern Ausschusses der Braunschweigischen Landschaft.

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1832.

Staatswissenschaftliche
M i t t h e i l u n g e n ,

vorzüglich in Beziehung

auf das

Herzogthum Braunschweig,

von

Friedrich Karl von Strombeck,

Kürstlich-Bippischem Geheimen-Rathe, Oberappellations-Rathe, Mit-
gliede des engern Ausschusses der Braunschweigischen Landschaft.

D r i t t e s H e f t .

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1 8 3 2 .

Einleitung.

Vielfach habe ich es öffentlich ausgesprochen, daß ich in der Landtags-Ordnung des Herzogthums Braunschweig vom Jahre tausend achthundert und zwanzig ein köstliches, ja unschätzbares Grundgesetz erkenne, und mit Freimüthigkeit habe ich die großen Vortheile dargelegt, die dasselbe dem Vaterlande gewähre ¹⁾; nicht eiteln, unerprobten Theorien folgend, sondern geleitet von der Erfahrung. Dieses Gesetz, das edele Vermächtniß eines wahrhaft landesväterlich gesinnten Königs, erstritten bei der höchsten Behörde Deutscher Nation, verlieh uns die Kraft, mannhaft und wirksam der Willkühr entgegen zu treten, und nicht darf man dem darin enthaltenen aristokratischen Elemente (welches in keiner Verfassung fehlen darf, die sich einer längern Dauer erfreuen, und nicht lediglich das Werkzeug einer vor Allem dem Volke schädlichen Bewegung seyn soll) nachsagen, daß es zu dieser Wirksamkeit nichts beigetragen habe. — Wer

1) Staatswissenschaftl. Mittheilungen, Heft I.

war es, der vorzüglich den Stürmen entgegentrat, der das eigene Wohl, jede persönliche Freunde und Sicherheit, ja das Glück der eigenen Kinder willig für das Wohl des geliebten Vaterlandes auf das Spiel setzte? — Waren es nicht vorzüglich geborene Stände des Landes? — O, mögen die gewählten Volksrepräsentanten künftig an diesen ein Muster erblicken, und möge auch in der Zukunft ein hochgesinntes Volk sich überzeugen, daß Braunschweigs alte Feudal-Stände (wie man sie jetzt nennt) das Gefühl der Pflicht über jede andere Rücksicht herrschen ließen! —

Ich achtete, das erwähnte Grundgesetz bedürfe, für die Zeit, nur verhältnißmäßig weniger Verbesserungen, um das dem Ganzen zu gewähren, was von einer wohlgeordneten landschaftl. Verfassung erwartet werden könne. Besonders schien mir das Zwei-Cammer-System geeignet, die verschiedenen Interessen der Landesbewohner gegen einander im Gleichgewichte zu erhalten: denn obwohl das Herzogthum Braunschweig keine halbe Million Einwohner in sich faßt — unter welcher Voraussetzung ein berühmter und mit Recht gepriesener Staatswissenschafts-Lehrer²⁾, jenes System einem Lande für geeignet hält —: so hat doch unser Vaterland Braunschweig, durch seine Hauptstadt, eine der ersten Städte Deutschlands, und seinen Reichthum, so großartige Verhältnisse, daß es manches Land aufwiegt, welches eine

2) Der Herr Hofrath Pölig, in seinen verschiedenen allgemein bekannten staatswissenschaftlichen Schriften.

gedoppelte Einwohnerzahl ernährt. Doch die Julius-Sonne leuchtete im September in Braunschweig, und von allen Seiten ließen sich Stimmen vernehmen, welche eine durchgreifendere Reform verlangten, als ich für angemessen gehalten hatte, und so glaubte die wohlwollende Regierung des Landes, den Wünschen der anscheinenden Mehrheit der Staatsbürger entgegen gehen zu müssen. Der den Ständen zur Berathung vorgelegte Entwurf einer revidirten Landschafts-Ordnung ist das Resultat dieses wohlwollenden Entgegenkommens. Unverständlich oder ungerecht müßte derjenige seyn, der in diesem Entwurfe nicht das Bestreben erkennete, das erprobte Alte mit dem verlangten Neuen zu verbinden, nicht umzustürzen, sondern (freilich sehr ausgedehnt) zu erneuen, und mit höchst achtenswerthem Sinne das Wohl des Vaterlandes zu befördern, selbst durch Concessionen, die zu andern Zeiten kaum das Ergebniß großer gegenseitiger Aufopferungen gewesen wären. Mit edeler Aufrichtigkeit spricht sich die Regierung hierüber in den Motiven des Gesetz-Entwurfes aus, die jeder Kenner eben so classisch in der stylistischen Darstellung, als freisinnig, dem Inhalte nach, rühmen wird. Wir besitzen wenige Staatschriften dieser Art.

Man hat diesem Entwurfe einer Landschafts-Ordnung mehrmahls vorgeworfen, daß er kein Verfassungs-Entwurf sey, oder umgekehrt, daß viele, in eine Landes-Verfassungs-Urkunde gehörige Gegenstände in diese Landschafts-Ordnung aufgenommen seyen. — Dem, der die speciellen Verhältnisse unsers Vater-

landes kennt, wird beides nicht auffallen. Jene Umstände hier darzulegen, würde unzeitig seyn: doch ist es vielleicht möglich zu machen, daß eine Landes=Verfassungs=Urkunde aus den Verhandlungen, die mit den Ständen über den Entwurf eingeleitet sind, hervorgehe. In diesem Augenblicke läßt sich hierüber nichts mit Gewißheit bestimmen.

Die von den Ständen zur Prüfung des Entwurfes ernannte Commission, zu welcher ich zu gehören die Ehre habe, betreibt ihre Arbeiten und Unterhandlungen mit treuem Fleiße; es sind jedoch der Schwierigkeiten so viele zu beseitigen, und der Rücksichten so manche zu nehmen, daß, bei den wohlwollendsten Gesinnungen der Regierung, das Resultat nur langsam näher rückt. — Man wirft der Commission ein alt=ständisches Verheimlichungs=System hin und wieder vor. — Mit Unrecht. — Wäre es nicht tadelnswerthe Schwachhaftigkeit, unbeendete Negotiationen dem gesammten Publicum zum Besten zu geben? Oder wo ist die Repräsentanten=Cammer, deren Commissionen die Protocolle ihrer unbeendeten Verhandlungen drucken ließe? — Die Materien, von denen die Rede ist, sind nicht selten von solch einer Beschaffenheit, daß man zugleich weitläufige Acten=Auszüge mit drucken lassen müßte, um Urtheiler in den Stand zu setzen, richtig zu urtheilen; und wer Verhandlungen in Staatsangelegenheiten kennt, wird wissen, daß oftmahls nichts mehr dazu geeignet ist, das Gute zu hintertreiben, als, ehe dasselbe erreicht worden, davon öffentlich zu reden und es dem Geschwäge eines Jeden

Preis zu geben. — Mögen künftig die ständischen Sitzungen öffentlich seyn: ich wünsche es ³⁾, wiewohl ich, bei meinem herannahenden Alter, wenig Lorbeern von parlamentarischer Beredsamkeit erndten werde, und das Sicherste für mich seyn wird, um auch das Erworbene nicht zu verlieren, zu schweigen: aber nie werde ich es zweckdienlich finden können, commissarische Verhandlungen gleichsam auf dem Forum zu halten. — Auch zu einem vollständigen Abdrucke der in den Plenar-Sitzungen aufgenommenen Protocolle, welche Instructions-Andeutungen für die zur Prüfung der Proposition ernannten Commissarien enthalten, finde ich mich bis jetzt nicht berechtigt; denn obwohl das Botum mehrerer Mitglieder der Stände-Versammlung dahin ging, daß einer vollständigen Bekanntmachung jener Verhandlungen kein Bedenken entgegenstehe, so glaubte doch die Mehrheit, daß es nicht zweckmäßig erscheine, Protocolle drucken zu lassen, in denen die ersten Ansichten über ein künftiges wichtiges Landesgrundgesetz niedergelegt wären, das, nach einer reiflichen Prüfung der Commission, einer nochmaligen Prüfung der Stände, welche erst zum Resultate führen solle, unterläge. Und in der That läßt sich nicht leugnen, daß jene Verhandlungen den Charakter vertraulicher Besprechungen hatten. Die bisher pflichtmäßige Geheimhaltung war aufgehoben, aber eine officiële Oeffentlichkeit noch nicht gesetzlich; und zwischen beiden ist ein bedeu-

3) Staatswissenschaftl. Mittheilungen, Heft II. Nr. XI.

tender Unterschied. Doch zweifelte ich keinesweges, daß ich in kurzer Zeit jene Protocolle vollständig mitzutheilen die Befugniß erhalten werde. Diese Zurückhaltung schließet nicht aus, daß ich aus eigenen Aufzeichnungen Manches aus jenen denkwürdigen Sitzungen mitzutheilen berechtigt sey, da den ständischen Mitgliedern die Geheimhaltung der Verhandlungen nicht ferner Pflicht ist *).

Ich schließe diese einleitenden Worte (sie sind am 16ten November niedergeschrieben) mit dem herzlichsten Wunsche, daß aus den stattfindenden Verhandlungen ein dauerhaftes Glück des Vaterlandes hervorgehen möge: eine Verfassung, die, indem sie die Wünsche der Mehrheit befriedigt, etwas auf eine geraume Zeit Feststehendes gewähre. Denn wenn gleich eine Verfassung nicht auf ewige Zeiten hin gleichsam stereotypisch dasteht, so ist sie doch kein Kleid, welches jährlich erneuet werden darf, gleichsam nach den phantastischen Erfordernissen einer wandelhaften Mode. Man glaube doch ja nicht, daß es stets die Vaterlandsliebe sey, welche schreiend Veränderungen herbeizuführen sucht: oft ist es Unverstand, oft Neuerungsucht, vielfach auch das Rufen solcher Menschen, die bei keiner Veränderung etwas zu verlieren haben, die, wenn sie von Opfern sprechen, nur an die Opfer Anderer denken, und die, in der Hoffnung, für sich zu gewinnen, sich und ihre unerprobten Theorien gern geltend machen möch-

4) S. die Thronrede und die nachfolgend mitgetheilten Protocolle vom 1sten October 1831.

ten. Ihnen ist es aristokratischer Uebermuth, wenn man der Meinung ist, daß sie mit ihrem selbstsüchtigen Geschwätz wenige Garantien darbieten. — Die Welt wird durch die Intelligenz beherrscht, selbst die Macht, ohne Unterstützung dieser, sinkt bald in Nichts zusammen, und eben sie ist es, die den Fürsten zu ihrem Verderben und dem ihrer Völker so oft gemangelt hat: aber wie Mancher glaubt sich im Besitze jenes Lichtes, der in der Finsterniß des Egoismus an dem Faden tappet, der ihn zu dem selbstsüchtigen Ziele führen soll! — Wer denkt nicht an jenen Württembergischen Apotheker, der für die Juden völlige Gewerbe-Freiheit forderte: aber »Apotheker« dürfe nie ein Jude werden? — So fordern Jene Aufopferung von allen Uebrigen, damit sie, als wahre Leviten, das Beste der Opfer für sich nehmen.

Das größte aller Unglücke für einen Staat ist, wenn es der obersten Staatsgewalt, sie sey eine republikanische, sie sey eine monarchische, an Kraft gebricht. Die Folgen hiervon zeigen sich stets wahrhaft furchtbar: lähmend, aber eben dadurch das Ganze zerstörend. Selbst der verabscheuungswerthe Despotismus hat diese vernichtende Wirkung nicht, und seine Folgen sind nicht so dauernd. — O Bürger, ruft der größte Griechische Redner irgendwo aus, es ist nicht in menschlicher Dinge Natur, daß Unterdrückung, Meineid, Lüge lange bestehen. Sie können vorherrschen; sie regieren einige Zeit. Das Glück kann ihnen zulächeln; die Menschen erstaunen, das Laster blühen zu sehen. Aber nach und nach untergräbt die Zeit dieses zerbrech-

liche Glück. Es stürzt zusammen, wie jene Gebäude, deren Grundpfeiler verfault sind. — Einem einzigen Despoten vermag man zu entfliehen, und die letzte (freilich gefährliche) Zuflucht ist Widerstand gegen die Anmaaßungen der Willkühr: wer vermag aber den Folgen einer Anarchie sich zu widersetzen? — Und auf Anarchie geht ein nur zu lautes Geschrei hinaus. — Unglückliches, schönes Frankreich, wohin hat dich das Geschrei deiner Zeitungsschreiber gebracht! Zur Unsicherheit des Eigenthums, zu einem gänzlichen Mangel an Ruhe, zur Nahrunglosigkeit der unbeschäftigten Tausende von Arbeitern, und es wird dich, im gräßlichen Kreislaufe, führen zum Despotismus!

Möge das geliebte Deutsche Vaterland von solchem Unglücke befreit bleiben! Vieles bleibt dem Deutschen zu wünschen übrig, vor Allem Freiheit im National-Verkehr, ein festes, gemeinschaftliches Band, ein wahrhaftes Vaterland: aber so tief steht Deutschland nicht, das wissenschaftliche, freisinnige Deutschland, als es von Manchem hinabgesetzt wird, der den Schein der Freimüthigkeit durch frechen Tadel zu erwerben sucht.

Hier lasse ich die Haupt-Actenstücke des Landtags folgen, denen ich Aufzeichnungen aus den Plenarsitzungen hinzufüge.

I.

Geschehen auf Herzoglichem Schlosse in der kleinen
Burg zu Braunschweig, am 30. September 1831.

Praesentibus :

1) Sr. Durchlaucht des regierenden Herzogs Wilhelm von
Braunschweig und Lüneburg 2c;

2) der Mitglieder des Herzoglichen Staats-Ministerii, als:

Herr Geheimerath Graf von Beltheim,

„ „ von Schleinitz,

„ „ Schulz,

„ Hofrath Koch;

3) der Hofbeamten:

Herr Oberjägermeister von Sierstorpff,

„ Hofmarschall von Mahrenholz,

„ Cammerherr von Geyso,

„ „ von Hohnhorst,

„ „ von Brandenstein,

„ „ von Holstein,

„ „ von Bülow;

4) der Mitglieder der Landschaft,

a) erster Section:

Herr Schagrath, Probst zu Steterburg, von Plessen auf
Büstedt,

„ Abt Lenz,

„ „ Westphal,

„ „ Rägner,

„ Geheimerath von Strombeck auf Zwölpsstedt, zugleich
in Vollmacht des Geheimenrathes von Böttcher auf
Linden, und Kammerherrn von Kniestedt auf Burg-
dorf,

„ Landdrost von Gram auf Samleben, zugleich in Voll-
macht des Abteiraths von Grone auf Kirchbraak,

„ von Gram auf Volkersheim, zugleich in Vollmacht
des Grafen zu Stolberg-Stolberg auf Bahrum
und Engerode, und des Oberschenkels von Steinberg
auf Düsterthal,

„ von Strombeck auf Gr. Sisbeck,

„ Graf von Dberg auf Duttonstedt,

„ Amtmann Ernst auf Nordsteimke,

„ Oberamtmann Wahnschaffe auf Lucklum,

„ Amtmann Cleve auf Scheppau,

Herr von Veltheim auf Nieder-Siecke,

» von Koch auf Herrhausen,

» Amtsrath Diederichs auf Wazum,

» Graf von der Schulenburg-Hehlen, zugleich in Vollmacht des Oberhauptmanns von Waldenfels auf Hilprechtshausen,

» von Böttcher auf Ampleben,

» Graberg auf Hedwigsburg,

» Hofrath Dr. Bruns, als Vormund des von Veltheim auf Glentorf,

» Assessor von Campe auf Deensen, zugleich in Vollmacht des Oberhauptmanns von Campe auf Stadtholbendorf,

» Auditor von Grone auf Westerbraak,

» Claus auf Thune,

» von Campen auf Kirchberg,

» von Lauingen auf Linden, zugleich in Vollmacht des Drostens von Lauingen auf Lauingen,

» Amtsrath Walter auf Timmenrode,

» Ober-Forstmeister von Bülow auf Schliestedt, zugleich in Vollmacht des Amtsraths Harbort auf Schöningen,

» Amtmann Cleve auf Aistfeld, zugleich in Vollmacht des Rittmeisters Reinecke auf Seesen,

» Schwannecke auf Thiede,

» von Cramm auf Lesse,

» von Münchhausen auf Gr. Wahlberg, zugleich als Vormund des von Cramm auf Delber,

» Cammererath von Veltheim auf Destedt, zugleich als Vormund des von Kalm auf Halchter,

» Cammer-Präsident von Bülow auf Kablingen,

» Oberamtmann Franz auf Dettum und Neuhoß;

b) zweiter Section:

Herr Vicepräsident, Abt Hoffmeister,

» Hofrath, Probst Hettling,

» Oberappellationsrath, Probst Günther,

» Cammererath, Probst von den Brinken,

» Magistratsdirector Bode,

» Steuerrath Langerfeldt, zugleich in Vollmacht des Propstes Warnecke,

» Kaufmann Grassau,

» » Geller,

» Lederfabricant Wehl,

» Brauer Balhorn,

» Stadtrath Pockels aus Wolfenbüttel,

} Deputirte der Stadt
Braunschweig.

- Herr Kaufmann Seliger daher,
- » Bürgermeister = Adjunct P e c h a u aus Helmstedt,
 - » Kaufmann B ö t t i c h e r daher,
 - » Bürgermeister Kunze aus Blankenburg,
 - » " U d e aus Gandersheim,
 - » " Gerhard aus Hasselfelde,
 - » " Thomae aus Königsutter,
 - » " Stäffe aus Schöningen,
 - » " Schliephake aus Schöppenstedt,
 - » " Körber aus Stadtoldendorf,
 - » Ackermann Langebartels aus Neuhof, wegen der Freisassen im Kreisamte Ribbadsghausen,
 - » Gutsbesitzer von U n g e r zu Gr. Stöckheim, wegen der Freisassen im Kreisamte Wolfenbüttel,
 - » von Hoyer in Gr. Denkte, wegen der Freisassen im Kreisamte Bechelze,
 - » Deconom Sandhagen zu Gramme, wegen der Freisassen im Kreisamte Salder,
 - » Ackermann Giffhorn in Weserlingen, wegen der Freisassen im Kreisamte Schöppenstedt,
 - » Ackermann P i n k e r n e l l e zu Büddenstedt, wegen der Freisassen im Kreisamte Helmstedt,
 - » Rothsass Reinecke zu Gr. Steinum, wegen der Freisassen im Kreisamte Königsutter,
 - » Ackermann von Steimke zu Nord = Steimke, wegen der Freisassen zu Vorsfelde und Calvörde,
 - » Deconom Wiedemann zu Neuhoff, wegen der Freisassen im Kreisamte Walkenried,
 - » Amtmann Sch ü ß e in Hachenhausen, wegen der Freisassen im Kreisamte Gandersheim,
 - » Forstrath Bartlingk in Hahausen, wegen der Freisassen im Kreisamte Seesen und Lutter am Barenberge,
 - » Rittmeister Re i n e c k e aus Seesen, wegen der Freisassen im Kreisamte Harzburg, zugleich in Vollmacht des Bürgermeisters Dieterichs in Seesen,
 - » Lieutenant Lindwurm in Bevern, wegen der Freisassen im Kreisamte Holzminden,
 - » Freisasse F i s c h e r aus Scharfoldsendorf, wegen der Freisassen im Kreisamte Eschershausen und Stadtoldendorf.
 - » Halbmeier Lieben zu Wenzgen, wegen der Freisassen im Kreisamte Greene,
 - » Rothsass Kunze zu Dohnsen, wegen der Freisassen im Kreisamte Ottenstein,

Herr Major von Klenke in Denigst, wegen der Freisassen im Amte Theedinghausen, meiner, des Landsyndicus.

Gemäß dem vorgestern ausgegebenen Programm hatten sich die angelangten Mitglieder beider Sectionen der Landschaft heute 9 Uhr in der S. t. Blasii Domkirche auf dem Chore versammelt und beim Anbeginn des Gottesdienstes durcheinander auf den Plätzen niedergelassen, welche vor dem kleinen Altare ihnen vom Hofmarschall angewiesen und am Boden mit einem Teppich von rothem Tuche belegt waren. Nach beendigter Rede des Abts Westphal und der durch einen Gesang beschlossenen Kirchenfeier, hatten dieselben unter Anführung des Hofmarschalls sich durch die Reihen der aufgestellten Bürgergarden um die Kirche herum zum Schlosse verfügt, und waren nach einigem Warten in den Vormächern von ebendemselben gegen 12 Uhr in den Audienzsaal eingeführt, in welchem sie Se. Hochfürstliche Durchlaucht, auf dem Throne sitzend, und neben diesem zur Rechten das Herzogliche Staatsministerium und zur Linken den Hofstaat stehend, vorfanden.

Der Durchlauchtigste Herzog Wilhelm nahm aus den Händen des Geheimenraths Grafen von Weltheim die schriftlich aufgesetzte, in Abschrift diesem Protocolle beigefügte Rede, und verließ dieselbe sitzend.

Hiernächst forderte der Herr Geheimerath Graf von Weltheim diejenigen Mitglieder der Landschaft, welche den im §. 44. der Landschaftsordnung vorgeschriebenen Eid noch nicht abgeleistet hatten, zum Vortreten auf, und verwies dieselben, zur Ableistung desselben vor dem Throne, an den H. Hofrath Koch, welcher einem Jeden derselben einen Zettel mit der abgedruckten Eidesformel überreichte, nach welchem sie einzeln mit aufgehobener Rechten den Eid laut ableisteten.

Nach Beendigung dieses Acts wandte sich der Hofrath Koch an den unterzeichneten Landsyndicus und erklärte demselben, dazu beauftragt zu seyn, die beiden Propositionen, deren Se. Durchl. in Höchstherrn Rede erwähnt hatten, nämlich den Entwurf zu einer revidirten Landschafts-Ordnung und den Antrag zur Aufnahme eines Anlehns von 100,000 Rthlr. zur Bestreitung der durch die Sicherungsmaßregeln gegen die asiatische Cholera entstehenden Kosten enthaltend, in dessen Hände abzuliefern, und daß er damit sich dieses Auftrags entledigen wolle.

Die Stände wurden hierauf entlassen, und begaben sich in die Vorzimmer zurück, wo ihnen Erfrischungen gereicht und vom Hofmarschalle dieselben zu 4½ Uhr zur Herzoglichen Tafel im Cassino-Saale des großen Opernhauses eingeladen wurden.

Der Unterzeichnete erhielt eine der Zahl der Mitglieder angemessene Anzahl von Exemplaren der Proposition, die Landschaftsordnung betreffend, und vertheilte dieselben unter die Anwesenden.

Die Mitglieder beider Sectionen traten zusammen und beschlossen, sich am morgenden Tage, und zwar die der zweiten um 8 Uhr, die der ersten um 11 Uhr Morgens in ihren gewöhnlichen Sitzungszimmern des Landschaftlichen Hauses zu versammeln, um die Beamtenwahl zu veranstalten und sich über den Gang, welchen man bei den Deliberationen einzuschlagen haben würde, vorläufig zu besprechen.

in fidem
J. L. Pricelius.

II.

Thronrede Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht, des Herzogs Wilhelm.

Ein Zeitraum von 8 Jahren ist verflossen, seit Sie, meine Herren Stände, auf allgemeinem Landtage zu ständischen Beratungen versammelt waren; aufrichtig freue ich mich, daß die Hindernisse, welche Ihrer Zusammenberufung bisher entgegenge standen, beseitigt sind, und ich heiße Sie gern und mit der sichern Hoffnung willkommen, daß segensreiche Folgen an diese feierliche Stunde sich knüpfen werden.

Eingedenk des hohen Berufes, das Glück meiner treuen Unterthanen nach allen Kräften zu befördern, finde ich in Ihren Kenntnissen, Ihren Erfahrungen, Ihrem erprobten Willen einen festen Stützpunkt.

Lassen Sie uns, indem wir einen Blick auf die Vergangenheit werfen, der Vorsehung danken, die uns durch drohende Gefahren sicher zu dem Punkte geleitet hat, wo wir auf das Ordnen unserer inneren Angelegenheiten unsere ganze Sorgfalt richten können.

Es ist ein weites Feld, daß Ihrer Wirksamkeit sich öffnet. Die in einer Reihe von Jahren gemachten Erfahrungen haben manche Mängel in den bestehenden Einrichtungen, manche Lücke in der Gesetzgebung erkennen lassen.

Ich habe die nöthigen Vorbereitungen treffen lassen, damit Ihnen im Laufe des heute eröffneten Landtages eine Reihe von

Vorschlägen vorgelegt werden könne, die ich als der Wohlfahrt des Landes förderlich betrachte.

Unter diesen Vorschlägen werden die folgenden sein: Ein Gesetz über den Staatsdienst, über die Organisation der Verwaltungs-Beörden, über die Modificationen der Contribution, eine Ablösungs-Ordnung, ein Preßgesetz, eine Städte-Ordnung, Vorschläge über Regulirung der financiellen Verhältnisse und über den Militär-Etat.

Vor Allem hat es mir nothwendig geschienen, unsere landständische Verfassung selbst einer wiederholten Prüfung zu unterwerfen.

Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß eine Verbesserung einzelner Theile derselben mit den Grund-Principien unserer Staatseinrichtungen gar wohl vereinbarlich, ja, daß sie nothwendig sei, um vollkommene Harmonie in allen Verhältnissen jenes ehrwürdigen Gebäudes zu erhalten, das unsere Vorfahren vor Jahrhunderten begründeten, habe ich eine Revision der Landschafts-Ordnung vornehmen lassen, bei welcher insbesondere auf das Bedürfniß einer verbesserten Vertretung Rücksicht genommen worden ist.

Diese revidirte Landschafts-Ordnung und die mit ihr in unmittelbarer Berührung stehenden Verhältnisse werden der erste Gegenstand Ihrer Berathungen sein; ich habe deshalb befohlen, daß die betreffende Proposition Ihnen unverzüglich übergeben werde, und es ist mein Wunsch, daß, sobald die Verhandlungen darüber beendet sind, das Resultat in das Leben trete, damit Dasjenige, was zur Einführung einer veränderten Vertretung nothwendig gefunden werden mögte, sogleich, und noch vor der Berathung der übrigen Propositionen seine Wirkung auf Ihre eigene Zusammenstellung äußern könne.

Andere Grundsätze als die bisherigen werden sodann die Ernennung der Landtags-Deputirten bedingen; aber der Geist, der diese beseelt und ihr ernstes Streben zum Guten werden, so hoffe ich, stets unverändert bleiben.

Es giebt noch einen andern Gegenstand, den ich unverzüglich mit Ihnen in Berathung zu ziehen wünsche; es ist die Deckung der unvermeidlichen Kosten, welche das Herannahen einer gefährlichen Krankheit und die gegen ihr Eindringen in das Herzogthum zu ergreifenden Maaßregeln veranlassen. Wie gern würde ich bereit gewesen sein, diese neuen und unvorhergesehenen Lasten dem Lande zu ersparen; aber es schien mir dringende Pflicht, keine Verkehrung zu vernachlässigen, an die nur irgend eine Hoffnung des Erfolgs sich knüpfen kann.

Nach der jetzigen Verfassung müssen die Verhandlungen der Stände geheim gehalten werden, bis sie förmlich zur Publication

gelangt sind. — Es hat mir nützlich geschienen, eine Abänderung dieser Bestimmung in der revidirten Landschaftsordnung vorschlagen zu lassen, und da die Aufmerksamkeit auf den Beginn der Landtags-Verhandlungen mehr als vordem gerichtet ist, so überlasse ich es Ihrer Erwägung, ob nicht diese Abänderung sogleich werde in Kraft treten können.

Und nun, meine Herren Stände, beginnen Sie Ihre Berathungen. Wenn dieselben beendet sind, werden viele wichtige Verhältnisse geregelt sein, und wenn dann zugleich die großen Erschütterungen sich besänftigen, die nur zu lange schon die Ruhe der Völker bedrohen, harret unserer, wie ich zuversichtlich hoffe, eine friedliche und glückliche Zukunft.

III.

Proposition, den Entwurf der revidirten Landschafts-Ordnung betreffend.

Iöblicher Landschaft wird hiebei, mit Beziehung auf den Inhalt der Eröffnungsrede Sr. Durchlaucht,

der Entwurf der revidirten Landschafts-Ordnung zur Prüfung, Erörterung und demnächstigen Erklärung übergeben.

Zugleich wird löbliche Landschaft eingeladen, den von ihr zur Prüfung dieses Gesetzesvorschlages zu ernennenden Commissionen die Instruction zu ertheilen:

- 1) daß, wenn sie in ihrem an die Ständeversammlung zu richtenden Vortrage wesentliche Abänderungen der gemachten Vorschläge glauben in Antrag bringen zu müssen, sie zuvörderst auf den Grund des §. 72. der Landschafts-Ordnung mit Herzoglichem Staats-Ministerium zur Erörterung dieser Abänderungen zusammentreten;
- 2) daß sie mit Herzoglichem Staats-Ministerium zusammentreten, um von diesem nähere Mittheilungen über die Art und Weise zu erhalten, wie die vorgeschlagene Trennung des Fürstlichen und Domanial-Haushaltes von dem eigentlichen Staatshaushalte bewirkt werden soll, da es löbliche Landschaft vielleicht nothwendig erscheinen, und auf jeden Fall angenehm sein dürfte, bevor sie über diese Vorschläge einen Beschluß faßt, auch die beabsichtigte Art der Ausführung derselben zu kennen.

Endlich ist es dringend zu wünschen, daß die Arbeiten dieser

Commissionen möglichst beschleunigt werden, und wolle löbliche Landschaft daher auch in dieser Beziehung denselben die erforderlichen Instructionen zugehen lassen.

IV.

Entwurf einer revidirten Landschafts-Ordnung.

Titel I.

Von dem Wesen der Landstände, von der Zusammensetzung der Ständeversammlung und des ständischen Ausschusses, so wie von dem Wahlrechte und von den Wahlen der Landtagsabgeordneten.

Abschnitt 1.

Von dem Wesen der Landschaft.

§. 1. Die vereinigten Stände des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg sind berechtigt und verpflichtet, die Gesamtheit der Einwohner beider Länder in dem grundgesetzlichen Verhältnisse zu der Landesregierung zu vertreten, deren Interessen und Rechte verfassungsmäßig wahrzunehmen, und zwar auf die in der gegenwärtigen Landschaftsordnung vorgeschriebene Weise.

§. 2. Die gesammte Landschaft bildet ein ungetrenntes Ganzes.

§. 3. Sie übt ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit entweder in voller Versammlung auf dem Landtage, durch die Ständeversammlung, oder zwischen den Landtagen durch das Organ des ständischen Ausschusses.

Abschnitt 2.

Zusammensetzung der Ständeversammlung.

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Zahl der Abgeordneten und deren Vertheilung auf die verschiedenen Ständes-Classen.

§. 4. Die Ständeversammlung besteht aus fünf und vierzig frei gewählten Abgeordneten des Landes und zwar
aus 6 Abgeordneten der Prälaten,
aus 13 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer,
aus 13 Abgeordneten der Städte,

aus 13 Abgeordneten der Freisassen und Bauern.

2. Nähere Bestimmungen über die Zahl der eigenthümlichen Abgeordneten jeder Standes-Classe.

§. 5. Von den sechs Abgeordneten der Prälaten wird die eine Hälfte aus der bisher zur ersten und die zweite Hälfte aus der bisher zur zweiten Section der Stände gehörigen Prälaten genommen.

10 Abgeordnete der Ritterschaft müssen Eigenthümer eines in dem Wahlbezirke, für welchen sie gewählt worden, belegenen Ritterguts sein.

10 Abgeordnete der Städte müssen Handel- oder Gewerbetreibende oder stimmführende Mitglieder des Magistrates, und in dem Wahlkreise, welcher sie sendet, wohnhaft sein.

10 Abgeordnete der Freisassen und Bauern müssen Eigenthümer eines in dem Wahlkreise, für welchen sie gewählt werden, liegenden Freisassenhofes oder eines Bauerngutes sein, d. h. eines solchen Gutes, welches nach Bauernrechte vererbt wird.

Die übrigen drei Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Freisassen und Bauern können unter den wissenschaftlich gebildeten Männern des Herzogthums gewählt werden, welche überhaupt wählbar sind.

3. Von den allgemeinen Wahlen.

§. 6. Vor jedem dritten ordentlichen Landtage und nach jeder Auflösung der Ständeversammlung werden die Abgeordneten allgemein neu gewählt, und mit Beendigung dieser neuen Wahlen erlischt das Recht der früher Gewählten. Die austretenden Mitglieder können wieder gewählt werden.

4. Stellvertreter der Abgeordneten.

§. 7. Für jeden Abgeordneten wird zugleich ein Stellvertreter gewählt, der dieselben Eigenschaften wie dieser haben muß, und einberufen wird, wenn der Abgeordnete den bereits übernommenen Auftrag niedergelegt, oder nicht fortbesorgen kann.

5. Neue Wahlen in einzelnen Fällen.

§. 8. Wenn sowohl der Abgeordnete, als auch der Stellvertreter ihren Auftrag niederlegen, oder zu dessen Ausrichtung unfähig werden, erläßt die Landesregierung für den betreffenden Wahlbezirk neue Wahlausschreiben.

B. Specielle Bestimmungen für die einzelnen Standes-Classen.

1. Von den Prälaten.

§. 9. Die jetzt bestehenden 12 landtagsfähigen Prälaturen werden beibehalten.

§. 10. Sämmtliche Prälaten werden zu ihren Aemtern durch den Landesherrn auf Lebenszeit ernannt.

Eine provisorische Bekleidung mit einer dieser Prälaturen ist unzulässig.

2. Von der Ritterschaft.

a. Wahlbezirke.

§. 11. Die landtagsfähigen Rittergüter des Herzogthums werden in vier Wahlbezirke getheilt.

Erster Bezirk: Die Rittergüter des Wolfenbüttelschen und Blankenburgschen Districts.

Zweiter Bezirk: Die Rittergüter des Schöningischen Districts.

Dritter Bezirk: Die Rittergüter des Weser-Districts.

Vierter Bezirk: Die Rittergüter des Harz-Districts.

b. Vertheilung der Abgeordneten der Ritterschaft auf die Wahlbezirke.

§. 12. Für den ersten Wahlbezirk werden sieben, für die drei übrigen für jeden zwei Abgeordnete gewählt.

Von den drei Abgeordneten, welche Gutseigenthümer nicht zu sein brauchen, wählen das erste Mal die drei ersten Wahlbezirke jeder Einen, das zweite Mal der vierte Wahlbezirk Einen und der erste Wahlbezirk zwei und so ferner.

3. Von den Städten.

a. Wahlbezirke.

§. 13. Die Städte des Herzogthums bilden sechs Wahlbezirke.

Erster Bezirk: Die Stadt Braunschweig.

Zweiter Bezirk: Wolfenbüttel und Schöppenstedt.

Dritter Bezirk: Helmstedt, Schöningen und Königsutter.

Vierter Bezirk: Seesen und Gandersheim.

Fünfter Bezirk: Holzminden und Stadtholzen.

Sechster Bezirk: Blankenburg und Hasselfelde.

b. Vertheilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke.

§. 14. Von den 13 Abgeordneten der Städte wählt der erste Bezirk sechs, der zweite und dritte jeder zwei, der vierte, fünfte und sechste jeder einen Abgeordneten.

Die drei unter diesen Abgeordneten, welche weder Gewerbetreibende noch Magistratspersonen zu sein brauchen, werden vertheilt, daß Einen die Stadt Braunschweig, Einen der zweite und dritte Wahlbezirk abwechselnd, und Einen der vierte, fünfte und sechste Wahlbezirk der Reihe nach senden.

4. Freisassen und Bauern.

a. Wahlbezirke.

§. 15. Das Herzogthum wird in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten der Freisassen und Bauern in sieben Bezirke getheilt.

Erster Bezirk: Die Kreisämter Bechelde und Ribdagshausen.

Zweiter Bezirk: Die Kreisämter Wolfenbüttel, sammt Rotenhof, Salder und Schöppenstedt.

Dritter Bezirk: Die Kreisämter Helmstedt, Schöningen, Königslutter, Borsfelde und Calvörde.

Vierter Bezirk: Die Kreisämter Gandersheim, Seesen, Lutter am Barenberge.

Fünfter Bezirk: Die Kreisämter Holzminden, Eschershausen, Stadtholbendorf, Greene und Ottenstein.

Sechster Bezirk: Die Kreisämter Blankenburg, Hasselfelde, Walsenried und Harzburg.

Siebenter Bezirk: Das Kreisamt Thedinghausen.

b. Vertheilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke.

§. 16. Jeder der sechs ersten Wahlbezirke wählt zwei Abgeordnete, der siebente Einen.

Die drei unter diesen Abgeordneten, welche Grundeigenthümer nicht zu sein brauchen, werden bei der ersten Wahl von dem ersten, dritten und fünften, bei der zweiten Wahl von dem zweiten, vierten und sechsten Wahlbezirke gesendet.

Abschnitt 3.

Zusammensetzung des ständischen Ausschusses.

1. Zahl seiner Mitglieder.

§. 17. Der ständische Ausschuss soll aus fünf Abgeordneten des Landes bestehen.

2. Wahl derselben.

§. 18. Diese werden von der Ständeversammlung durch absolute Stimmenmehrheit, aus den Abgeordneten, nach der für die Wahl dieser vorgeschriebenen Weise erwählt.

3. Zeit der Ernennung desselben.

§. 19. Der landständische Ausschuss wird ernannt, wenn der Landtag verabschiedet oder aufgelöst wird, vor dessen Auseinandergehen.

4. Erneuerung der Mitglieder des Ausschusses.

§. 20. Nach jeder neuen allgemeinen Wahl der Abgeordneten erlischt das Recht des ständischen Ausschusses, und zwar an dem Tage, an welchem die Ständeversammlung eröffnet wird.

§. 21. Entsteht eine Vacanz in dem Ausschusse, so ist solche sofort wieder zu besetzen.

Abschnitt 4.

Von der Wahlberechtigung.

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Allgemeine Erfordernisse der Wähler, Wahlmänner und Wahlberechtigten in allen Standes-Classen.

Gesetzlicher Sprachgebrauch.

§. 22. Wähler heißen diejenigen, welche in den Fällen, wo nicht eine unmittelbare Wahl der Abgeordneten stattfindet, verfassungsmäßig berufen sind, die Personen zu ernennen, welche bei der Wahl der Abgeordneten stimmen.

Diese letzteren heißen Wahlmänner.

Wahlberechtigte sind diejenigen, welche bei der Wahl der Abgeordneten, vermöge ihres Grundbesitzes oder ihres Amtes, ein Stimmrecht haben.

a. Persönliche Erfordernisse.

§. 23. Um das Wahlrecht als Wähler, Wahlmann oder Wahlberechtigter ausüben zu können, muß man

- 1) das 25ste Jahr zurückgelegt haben;
- 2) sich zur christlichen Religion bekennen;
- 3) seit 3 Jahren seinen Wohnsitz im Herzogthume wirklich gehabt, oder doch das Wohnortsrecht seit so langer Zeit erworben haben.

b. Gründe der Unzulässigkeit.

§. 24. Unzulässig sind Alle:

- 1) welche wegen eines Verbrechens zu Zwangsarbeit oder zu einer härteren, als einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe, oder überhaupt wegen Meineides, Diebstahls, Hehlerei, Betruges oder Bankerotts durch ein rechtskräftiges Erkenntniß im In- oder Auslande verurtheilt, oder von der advocatorischen Praxis removirt sind;
- 2) welche überwiesen sind, es versucht zu haben, durch Geschenke, Versprechungen oder sonst auf unerlaubte Weise auf die Wahlen der Wahlmänner oder Abgeordneten einzuwirken, oder sich solchen Einwirkungen hingegeben haben;
- 3) welche wegen eines der unter 1. und 2. erwähnten Verbrechen in Untersuchung gerathen und nicht völlig freigesprochen sind;
- 4) welche wegen eines solchen Verbrechens noch in Untersuchung sind;
- 5) welche unter Curatel stehen;
- 6) deren hier im Lande befindliches stimmberechtigtes Grundvermögen im Concurse ist;

7) welche Rückstände an öffentlichen oder Communalabgaben haben und an deren Bezahlung vergeblich gemahnt sind.

c. Weiber und Minderjährige.

§. 25. Weiber und Minderjährige können ihr Wahlrecht nicht selbst ausüben, wohl aber, wenn sie dasselbe vermöge eines Grundbesitzes haben, durch Andere ausüben lassen und zwar

Weiber durch ihre Ehemänner;

Wittwen und Geschiedene durch ihre Söhne;

Minderjährige durch ihre Vormünder;

insofern sich bei diesen Personen die gesetzlichen Erfordernisse finden.

d. Mehrere Miteigenthümer.

§. 26. Mehrere Miteigenthümer vereinigen sich darüber, wer von ihnen das Stimmrecht ausüben solle, und bei entstehender Uebereinkunft entscheidet das Loos.

e. Im Streit befangene Eigenthümer.

§. 27. Während eines Rechtsstreites über das Eigenthum oder die lebenslängliche Nutznießung des stimmberechtigten Guts, ruhet das Stimmrecht.

f. Mehrfaches Stimmrecht.

§. 28. Niemand kann in derselben Standes=Classe, weder in derselben, noch in verschiedenen Wahlkreisen ein mehrfaches Stimmrecht ausüben, mag ihm dieses nun als Inhaber mehrerer stimmberechtigten Grundstücke, oder als Grundbesitzer und vermöge seines Amtes, oder auf andere Weise zustehen.

Wer dagegen in verschiedenen Standes=Classen stimmberechtigt ist, kann sein Recht in jeder Classe ausüben.

Den in derselben Standes=Classe in verschiedenen Wahlbezirken Berechtigten steht die freie Wahl zu, in welchen dieser Bezirke sie ihr Recht in Ausübung bringen wollen.

g. Grundeigenthum der Landesregierung.

§. 29. Das Stimmrecht der in dem Besitze der Landesregierung befindlichen Grundstücke schläft, wird aber wieder wirksam, wenn diese in die Hände von Privatpersonen übergehen.

B. Bestimmungen darüber, wem in jeder Standes=Classe das Wahlrecht zusteht.

A. Bei den Prälaten.

§. 30. Die Abgeordneten der Prälaten wählt die Landesregierung.

Sie erläßt bei der Convocation des Landtags Berufungsscripte an die, welche sie als Abgeordnete wählt, und benachrichtigt zugleich den ständischen Ausschuss von der getroffenen Wahl.

B. Bei der Ritterschaft.

a. Wahlberechtigte.

§. 31. Jeder Eigenthümer oder lebenslängliche Nutznießer eines landtagsfähigen Ritterguts und jeder, zu der bisherigen ersten Section der Landschaft gehörige Prälat, und zwar dieser in dem Wahlkreise, in welchem er sein Domicil hat, ist bei der Wahl der Abgeordneten für die Ritterschaft wahlberechtigt.

b. Bedingung des Stimmrechts durch den jetzigen Gutsbestand.

§. 32. Das Wahlrecht haftet auf dem jetzigen ganzen Umfange der in die Rittermatrikel eingetragenen Zubehörungen der Güter, und geht durch Zerstückelung oder durch Veräußerung einzelner Theile desselben verloren, ausgenommen, wenn eine Veräußerung einzelner Gutszubehörungen dem ständischen Ausschusse angezeigt, von diesem mittelst Berichts an den Landesherrn für unbedenklich erklärt und von Höchstdemselben genehmigt wird.

c. Aufnahme neuer Güter in die Rittermatrikel.

§. 33. Mit Zustimmung der Ritterschaft und des Landesherrn können nicht landtagsfähige Güter in die Rittermatrikel aufgenommen werden.

Die Zustimmung der Ritterschaft muß der des Landesherrn vorausgehen, und ist als ertheilt anzusehen, wenn mindestens zwei Drittel der sämmtlichen Rittergutsbesitzer gestimmt haben, und die Mehrheit für den Antrag ist.

Gesuche um Aufnahme in die Rittermatrikel werden während des Landtags an die Ständeversammlung, außerdem an den ständischen Ausschuss gerichtet, die Ritterschaft wird convocirt oder zur schriftlichen Abstimmung aufgefordert, und nach Maassgabe des Erfolges der Abstimmung das Weitere erlassen.

d. Beschränkung der Vorschriften des §. 33.

§. 34. Eine solche Zustimmung zur Aufnahme in die Rittermatrikel ist nicht erforderlich, wenn Güter, welche früher in derselben gestanden haben und jetzt Eigenthum der Landesregierung sind, in die Hände von Privatpersonen übergehen, vielmehr haben diese Güter das Recht, in die Matrikel aufgenommen zu werden. (Vergl. §. 29.)

C. Bei den Städten. 1. Städtische Wähler.

a. Einleitung.

§. 35. Die städtischen Abgeordneten werden durch die Wahlberechtigten und Wahlmänner gewählt.

Die letztern erhalten ihren Auftrag durch die Wähler.

b. Eigenschaften der Wähler.

§. 36. In den Städten ist jeder Wähler, wer entweder das Bürgerrecht gewonnen hat, oder Eigenthümer

eines Hauses in dem Stadtbezirke ist, und Communalsteuer zahlt.

Handel- oder Gewerbetreibende, die nicht Bürger oder Hauseigenthümer sind, können nur Wähler sein, wenn sie mindestens nach den, Behuf der Entrichtung der Communalsteuer aufgenommenen oder noch aufzunehmenden, Abschätzungen in Braunschweig 500 Rthlr., in den übrigen Städten des Landes 300 Rthlr. jährliches ständiges Einkommen haben.

Als ständiges Einkommen werden Gehalte und Pensionen, die vom Staate bezogen werden, nicht angesehen.

2. Die Wahlmänner.

a. Deren Anzahl.

§. 37. In jeder Stadt werden so viel Wahlmänner ernannt, als die Zahl 25 in der Zahl der Häuser aufgeht.

Wenn die bei dieser Division übrig bleibende Häuserzahl mehr als 15 beträgt, wird für sie noch ein Wahlmann ernannt.

Die Vorstädte, so wie die in dem Stadtbezirke gelegenen Häuser sind dabei mit in Rechnung zu bringen.

b. Deren Eigenschaften.

§. 38. Nur derjenige, welcher die Eigenschaften eines städtischen Wählers hat, kann Wahlmann sein, und es wird außerdem erfordert:

- 1) bei den Bürgern oder Hausbesitzern, daß sie ein abgeschätztes, jährliches, ständiges Einkommen, in Braunschweig von 500 Rthlr., in den übrigen Städten von 300 Rthlr. haben;
- 2) bei den nicht ansässigen Gewerbetreibenden, welche das Bürgerrecht nicht gewonnen haben, daß sie ein abgeschätztes, jährliches, ständiges Einkommen, in Braunschweig von 800 Rthlr., in den übrigen Städten von 500 Rthlr. haben.

Dabei müssen sie in der Stadt, für welche sie gewählt worden, wirklich ihren Wohnsitz haben.

3. Die städtischen Wahlberechtigten.

§. 39. Wahlberechtigte in den Städten sind:

- 1) die stimmführenden Mitglieder des Magistrates;
- 2) die Stadtverordneten, welche dreimal als solche gewählt sind;
- 3) die Prälaten der bisherigen zweiten Section der Stände in der Stadt, in welcher sie ihren Wohnsitz haben.

C. Bei den Freisassen und Bauern.

Einleitung.

§. 40. Die Abgeordneten der Freisassen und Bauern werden

ebenfalls durch Wahlmänner erwählt, und diese letzteren durch die Wähler ernannt.

1. Wähler der Freisassen und Bauern.

§. 41. Das Recht, die Wahlmänner der Freisassen und Bauern zu ernennen, hat jeder Eigenthümer oder Nutznießer eines Reihhofes, so wie jeder, der Stimmrecht bei den Beschlüssen der Gemeinde hat und Contribution und Proviantgeld bezahlt.

2. Wahlmänner der Freisassen und Bauern.

a. Deren Zahl.

§. 42. Für jede Gemeinde wird ein Wahlmann ernannt.

Diese Regel leidet jedoch eine Ausnahme in Ansehung der Flecken, welche über 100 Häuser haben; diese bestellen zwei Wahlmänner.

b. Deren Eigenschaften.

§. 43. Wahlmann für die Flecken und Dörfer kann nur derjenige sein, welcher die Eigenschaften eines ländlichen Wählers besitzt und außerdem in der Gemeinde seinen wirklichen Wohnsitz hat.

Abchnitt 5.

Von der Wählbarkeit.

A. Allgemeine Bestimmungen für alle Standes-
Classen.

1. Persönliche Eigenschaften.

§. 44. Wählbar als Abgeordnete sind alle, welche die allgemeinen Erfordernisse der Wähler besitzen (§. 25 und 26) und außerdem

- 1) das 30ste Jahr zurückgelegt haben;
- 2) ehelich geboren und von deutscher Geburt sind, d. h. von einem deutschen Vater abstammen;
- 3) fünf Jahr im Herzogthume ihren gesetzlichen Wohnsitz gehabt haben;
- 4) sich eines unbescholtenen Rufes erfreuen.

2. Ungültigkeitsgründe.

§. 45. Mitglieder des Herzogl. Staats-Ministeriums können nicht Abgeordnete sein.

Eben so wenig diejenigen, welche wirkliche Hof-, Militair- oder Civil-Beamten eines auswärtigen Staates sind.

B. Besondere Bestimmungen für die einzelnen
Standes-Classen.

1. Für die Prälaten.

§. 46. Als Abgeordneter der Prälaten kann jeder gewählt

werden, dem auf die gehörige Weise von dem Landesherrn eine landtagsfähige Prälatur verliehen ist.

2. Für die Ritterschaft.

§. 47. Als Abgeordneter der Ritterschaft ist jeder wählbar, der ein landtagsfähiges Rittergut eigenthümlich oder als lebenslänglicher Nutznießer besitzt.

3. Für die Städte.

§. 48. In den Städten sind wählbar:

- 1) die stimmführenden Mitglieder des Magistrates;
- 2) ansässige Handel- oder Gewerbetreibende, die nach den, Behuf der Communalsteuer entworfenen, Abschätzungen ein jährliches Einkommen, in Braunschweig von mindestens 800 Rthlr., in den übrigen Städten des Landes von mindestens 500 Rthlr., haben.

4. Für die Freisassen und Bauern.

§. 49. Als Abgeordnete der Freisassen und Bauern sind zulässig alle, welche Eigenthümer oder Nutznießer eines Bauerngutes sind und zu den Höchstbesteuerten des Wahlbezirktes gehören. Die Höchstbesteuerten sind diejenigen, welche in dem Bezirke die 30 höchsten Steuersätze an Contribution und Proviantgelde bezahlen. — Diese 30 höchsten Steuersätze sind dergestalt zu berechnen, daß nur ein voller Thaler einen andern Satz begründet, und die überschießenden Gutegroschen und Pfennige nicht beachtet werden.

5. Besondere Bedingungen der Wählbarkeit bei den nicht eigenthümlichen Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Freisassen und Bauern.

§. 50. Jeder wissenschaftlich Gebildete ist wählbar, der entweder in der fünften Classe der Personalsteuer steht, oder nach den Communalsteuer-Abschätzungen ein jährliches ständiges Einkommen von 1000 Rthlr. und darüber hat.

Abschnitt 6.

V o n d e n W a h l e n .

A. Allgemeine Grundsätze.

1. Wahlausschreiben.

§. 51. Weder die Wahl von Wahlmännern, noch die von Abgeordneten darf ohne landesherrliche Verfügung vorgenommen werden.

2. Strafbarkeit eigenmächtiger Versammlungen.

§. 52. Eigenmächtige Versammlungen der Wähler, Wahl-

männer und Wahlberechtigten sind strafbar und ziehen mindestens den Verlust des Wahlrechts nach sich.

3. Pflicht zu stimmen.

§. 53. Jeder hat dem wichtigen und ehrenvollen Rufe, als Wähler, Wahlmann oder Wahlberechtigter zu stimmen, die schuldige Folge zu leisten.

Nur ärztlich bescheinigte Krankheit oder unverschiebliche Abwesenheit entschuldigt.

4. Pflichten bei der Abstimmung.

§. 54. Die Wählenden sind verpflichtet, lediglich ihrer freien und gewissenhaften Ueberzeugung zu folgen.

Aufträge der Wähler oder Gemeinen an die Wahlmänner, für wen sie stimmen sollen, sind ungültig.

5. Angelobniß.

§. 55. Damit man desto gewisser sei, daß die Wählenden ihren Obliegenheiten gehörig nachkommen, sollen dieselben vor Abgabe ihrer Stimmen an Eidesstatt mittelst Handschlages angeloben:

daß sie ohne allen Einfluß und Nebenrückichten nur nach ihrer besten Ueberzeugung, so wie sie es vor Gott und ihrem Gewissen verantworten zu können gedenken, stimmen wollen.

6. Abstimmung in Person.

§. 56. Die Wähler, Wahlmänner und Wahlberechtigten müssen bei den Wahlen in Person erscheinen.

Durch Bevollmächtigte seine Stimme abgeben zu lassen, ist unstatthaft.

Den Mitgliedern der Ritterschaft ist es indeß gestattet, dem Präsidenten des Wahl-Collegiums ihre Abstimmung versiegelt mit einem Schreiben zuzuschicken. Dieses Schreiben muß zugleich die §. 55. vorgeschriebene Versicherung enthalten.

7. Gesetzlich erforderliche Anzahl der Stimmenden.

§. 57. Es kann keine Wahl gültig vorgenommen werden, wenn nicht zwei Drittel der Wähler oder der Mitglieder des Wahl-Collegiums erschienen sind.

Das Ausbleiben einer geringern Anzahl macht das Geschäft nicht unzulässig.

Ist nicht die gesetzliche Zahl erschienen, so wird ein neuer Wahltag angesetzt, und zwar auf Kosten der nicht gesetzlich entschuldigten Ausgebliebenen.

8. Mehrheit der Stimmen entscheidet.

§. 58. Wer die meisten Stimmen für sich hat, ist als Wahlmann oder Abgeordneter gewählt.

Indeß müssen die für ihn abgegebenen Stimmen die absolute

Mehrheit bilden, d. h. bei ungleicher Zahl der Stimmenden mindestens die größere Hälfte ausmachen oder bei gleicher Zahl der Stimmenden die Hälfte derselben wenigstens um Eins übersteigen.

Fortsetzung

§. 59. Hat bei der ersten Abstimmung keiner die vorgeschriebene Stimmzahl, so sind die drei Personen, welche die meisten Stimmen für sich haben, auf eine engere Wahl zu bringen, und es ist unter ihnen zu wählen.

Hat auch diese zweite Abstimmung kein Resultat, so ist zwischen den beiden Personen, welche bei dieser Abstimmung die meisten Stimmen hatten, eine dritte Wahl zu veranstalten.

Sind bei dieser dritten, oder auch schon bei der zweiten Abstimmung die Stimmen gleich getheilt, so entscheidet das Loos. — Die Art, wie gelooft werden soll, bestimmt der die Wahl Leitende.

9. Abstimmungen Unbefugter.

§. 60. Haben Unbefugte mitgestimmt, so ist die Wahl nur alsdann ungültig, wenn nach Abrechnung der von diesen für den Gewählten abgegebenen Stimmen dieser die gesetzlich erforderliche Stimmenmehrheit nicht hat, und es muß zu einer neuen Wahl geschritten werden.

10. Fehler bei der Ladung.

§. 61. Sind in die gesetzlich vorgeschriebenen Listen der Wähler oder Wahlmänner und Wahlberechtigten aufgenommene Personen zu dem Wahltage gar nicht oder nicht ordnungsmäßig vorgeladen, so ist die Wahl ungültig, wenn bei Hinzurechnung der Zahl der nicht Vorgeladenen zu der der Erschienenen die auf den Gewählten gefallene Stimmenzahl nicht dennoch die absolute Majorität bildet.

Es ist alsdann ein neuer Wahltag anzusetzen.

11. Entscheidungen in Wahlsachen.

a. Bei den Wahlen der Wahlmänner und über die Rechte der Wählenden. Ueber Streitigkeiten, Beschwerden und Reclamationen, welche die Rechte der Wähler, Wahlberechtigten und Wahlmänner, die Gültigkeit der Wahlen der Letztern, so wie das dabei beobachtete Verfahren betreffen, entscheiden bei der Ritterschaft die Oberhauptleute, in den Städten die Magistrate, bei den Freisassen und Bauern die Kreisämter.

Gegen die Entscheidungen dieser Behörden findet ein Recurs an die höheren administrativen Behörden statt, und in letzter Instanz entscheidet das Staatsministerium.

Den Betheiligten ist es gestattet, wenn sie durch diese letzte Entscheidung sich beschwert halten, sich an die Ständeversammlung

zu wenden, welche, wenn sie die Sache dazu geeignet findet, solche zu nochmaliger Erörterung dem Staatsministerium anempfehlen kann.

b. Bei der Wahl der Abgeordneten.

§. 63. Entstehen Zweifel, Beschwerden und Reclamationen über die Wahl eines Abgeordneten, mögen sie nun die Zulässigkeit desselben, die Gültigkeit der Wahl oder das dabei beobachtete Verfahren betreffen, so entscheidet darüber die Ständeversammlung in erster und letzter Instanz.

12. Allgemeine Bestimmung wegen der Stellvertreter der Abgeordneten.

§. 64. Alle in dieser Landschafts-Ordnung über die Eigenschaften und Wahlen der Abgeordneten vorkommenden Bestimmungen leiden gleiche Anwendung auf deren Stellvertreter.

Ueber die Einberufung derselben entscheidet die Ständeversammlung.

B. Von dem Verfahren bei den Wahlen.

I. Bei der Ernennung der Wahlmänner.

1. Leitende Behörden.

§. 65. Die Ernennung der Wahlmänner wird in den Städten von den Magistraten, in den Flecken und Dörfern von den Kreisämtern und Ortsvorstehern geleitet. Diese Behörden dürfen auf die Wahl selbst nicht einwirken, sie haben nur auf die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften zu achten.

2. Listen der Wähler und als Wahlmänner Wählbaren.

a. Deren Aufstellung.

§. 66. Sobald ein Wahlausschreiben ergangen ist, werden für jede Gemeinde zwei Listen angefertigt, von welchen die Eine alle Wähler, die Andere alle als Wahlmänner Wählbare enthält.

Diese Listen entwirft in den Städten der Magistrat, in den Flecken und Dörfern das Kreisamt mit Zuziehung des Ortsvorstehers.

b. Deren Bekanntmachung.

§. 67. Diese Listen werden 14 Tage vor dem Wahltag öffentlich angeschlagen, oder zur Einsicht ausgelegt, wie dieses an jedem Orte herkömmlich ist.

c. Reclamation gegen die Listen.

§. 68. Reclamationen gegen diese Listen sind zulässig, sie müssen aber binnen den ersten acht Tagen nach deren Bekanntmachung, in den Städten bei dem Magistrate, von den Freisassen und Bauern bei den Kreisämtern, angebracht werden.

Später eingehende Reclamationen werden für die bevor

stehende Wahl nicht beachtet und können nur die Wirkung haben, daß sie bei künftigen Wahlen berücksichtigt werden.

d. Abänderung dieser Listen.

§. 69. Wer einmal in diese Listen aufgenommen ist, kann aus denselben nicht gestrichen werden, ohne daß ihm der Grund hievon von der betreffenden Behörde durch eine schriftliche Resolution mitgetheilt ist.

e. Verfügungen auf Reclamationen.

§. 70. Die Verfügungen auf eingehende Reclamationen sind möglichst schnell, spätestens binnen drei Tagen abzugeben, und wenn dieselben begründet gefunden werden, sind die Listen sofort zu berichtigen.

f. Wahltag.

§. 71. Die Ortsbehörde setzt darauf den Wahltag jedoch also an, daß er 14 Tage nach Bekanntmachung der Wählerlisten fällt, und ladet dazu jeden in dieselben Verzeichneten durch eine, nach dem unter A. anliegenden Formulare verfaßte Ladung vor.

Die Behändigung dieser Ladung muß spätestens drei Tage vor dem angesetzten Wahltag geschehen.

g. Wahlbezirke in den Städten.

§. 72. In den größeren Städten sind nach Ermessen des Magistrates mehrere Wahlbezirke zu bilden Behuf der Ernennung der Wahlmänner, und der Magistrat ernennt für jeden dieser Bezirke einen Wahlvorsteher aus seinem Mittel, welcher die §. 71. vorgeschriebenen Ladungen besorgen läßt.

Eine Aenderung der einmal angenommenen Bezirke hat nur mit landesherrlicher Genehmigung Statt.

h. Wahlhandlung.

1. Einleitung des Geschäfts.

§. 73. Die Wahlhandlung beginnt damit, daß der Wahlvorsteher die Erschienenen nach der Wählerliste aufruft und dieselben sich durch ihre behändigten Ladungen legitimiren läßt, alle Unbefugte entfernt, und nachzählt, ob zwei Drittel der in die Liste Verzeichneten erschienen sind.

Ist dieses der Fall, so wird den Anwesenden der Zweck ihrer Versammlung, so wie der Inhalt der Liste der Wählbaren nochmals bekannt gemacht, sie leisten die §. 55. vorgeschriebene Versicherung und schreiten alsdann zu der Abstimmung.

2. A b s t i m m u n g.

§. 74. In den Städten geschieht die Abstimmung durch verschlossene Zettel, und wenn mehrere Wahlmänner zu ernennen sind, hat jeder Wähler, und zwar auf demselben Zettel, so viele Personen zu verzeichnen, als Wahlmänner zu ernennen sind. Diese Wahlzettel werden von dem Wahlvorsteher in einer Urne

gesammelt, mit laufenden Nummern versehen und bei jedem der Gewählten die Zahl der auf ihn gefallenem Stimmen, durch Bezeichnung der laufenden Nummern der Wahlzettel bei demselben, zu Protocoll genommen.

In den Flecken und Dörfern vernimmt der die Wahl leitende die Wähler zu Protocoll und läßt die Abstimmung eines Jeden von ihm unterzeichnen.

Uebrigens treten die §. 60. enthaltenen Bestimmungen ein.

3. Bekanntmachung des Gewählten und dessen Legitimation.

§. 75. Der Gewählte wird der Versammlung bekannt gemacht und erhält von dem Wahlvorsteher eine nach dem Formulare Anlage B. ausgestellte Urkunde zu seiner Legitimation.

4. Anzeige der Wahl bei der betreffenden Behörde.

§. 76. Zugleich zeigen die Wahlvorsteher der städtischen Districte den Magistraten, die Ortsvorsteher der Flecken und Dörfer dem Kreisamte die erfolgte Wahl an, und diese Behörden fertigen eine Liste aller ernannten Wahlmänner und Wahlberechtigten ihres Stadt- oder Amts-Bezirktes an, welche sie an die Oberhauptleute einsenden, und zwar hat der Magistrat der Stadt Wolfenbüttel diese Liste der Oberhauptmannschaft des Wolfenbüttelschen Districts mitzutheilen.

Für die Stadt Braunschweig ist eine solche Mittheilung an die Oberhauptmannschaft nicht erforderlich.

5. Erlöschen des Wahlrechts der Wahlmänner.

§. 77. Sobald die Wahlmänner die Abgeordneten und Stellvertreter auf eine gültige Art gewählt haben, erlischt ihre Wahlberechtigung, und zu jeder neuen Wahl müssen neue Wahlmänner ernannt werden.

Ausgenommen sind die Fälle, wo eine gültige Wahl keine Folgen hat; (§. 88.) in diesen sind dieselben Wahlmänner zu der Wahl berufen.

II. Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten.

1. Wahl-Collegien.

§. 78. Die Wahlberechtigten jedes ritterschaftlichen Wahlbezirktes, die Wahlberechtigten und Wahlmänner jedes städtischen oder ländlichen Wahlbezirktes bilden das Wahl-Collegium.

2. Deren Präsidenten.

§. 79. Das Verfahren bei den Wahl-Collegien wird durch Präsidenten geleitet. Es ist ihnen untersagt, auf die Wahl selbst irgend einen Einfluß zu üben, sie haben nur auf Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften zu sehen.

Sie werden von der Landesregierung ernannt. Die der ritterschaftlichen Wahl-Collegien sind aus deren Mitgliebern zu nehmen.

3. Listen.

§. 80. Vor der Wahl der Abgeordneten werden abgesondert, für jeden ritterschaftlichen, für jeden städtischen, für jeden ländlichen Wahlbezirk zwei Listen angefertigt.

Die Erste enthält alle Wahlberechtigte, oder alle Wahlberechtigte und Wahlmänner.

Die Zweite alle als Abgeordnete Wählbare des Bezirkes.

Diese zweite Liste zerfällt in zwei Abtheilungen, in deren erster diejenigen verzeichnet werden, welche

bei der Ritterschaft in ihrer Eigenschaft als Gutsbesitzer, in den Städten als Gewerbtreibende und Magistratsmitglieder,

bei den Freisassen und Bauern als Hofbesitzer wählbar sind.

In der zweiten Abtheilung werden diejenigen Bewohner des Bezirkes verzeichnet, welche ohne Rücksicht auf die gedachten Eigenschaften wählbar sind.

Es versteht sich, daß diejenigen, bei welchen sich die erforderlichen Eigenschaften finden, in beide Abtheilungen aufgenommen werden.

Fortsetzung.

§. 81. Diese Listen fertigen die Oberhauptleute an, und zwar die des ersten ritterschaftlichen Wahlbezirkes der Oberhauptmann des Wolfenbüttelschen Districts, welchem der Oberhauptmann des Blankenburgischen Districts die erforderlichen Mittheilungen zu machen hat.

Nur in der Stadt Braunschweig steht dem Magistrate die Aufstellung dieser Listen zu.

4. Bekanntmachung dieser Listen.

§. 82. Die betreffenden Behörden machen diese Listen spätestens 14 Tage vor der Versammlung des Wahl-Collegiums durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt, und fordern zugleich alle diejenigen auf, welche Reclamationen gegen dieselben zu haben glauben, solche binnen 14 Tagen geltend zu machen, und es gelten, hinsichtlich dieser Listen und Reclamationen, die §. 69. und 70. festgesetzten Bestimmungen.

5. Wahltag.

§. 83. Sobald diese Listen publicirt sind, setzt der Präsident des Wahl-Collegiums den Wahltag an, bestimmt zugleich den Ort der Versammlung und ladet die Wahlberechtigten und Wahlmänner durch eine schriftliche Ladung vor.

Diese Ladung muß denselben spätestens 6 Tage vor dem Wahltag behändigt werden.

F o r t s e t z u n g.

§. 84. Für die städtischen und ländlichen Wahl-Collegien ist der Wahltag auf einen Sonntag anzusetzen. Das Collegium wohnt zuvörderst dem Gottesdienste bei, in welchem eine der Feierlichkeit der Handlung angemessene Predigt gehalten wird.

Zu diesem Ende hat der Präsident des Wahl-Collegiums dem Herzogl. Consistorium Anzeige von dem angesetzten Wahltag zu machen, und dieses dem betreffenden Prediger die erforderliche Instruction zu ertheilen.

6. Wahlhandlung.

§. 85. In den städtischen und ländlichen Wahlbezirken ernannt der Präsident sich aus der Versammlung drei oder mehrere Beisitzer, welche ihn unterstützen, auf die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften mit achten, und das Protocoll mit unterschreiben.

Darauf wird das Geschäft damit eröffnet, daß der Präsident die Mitglieder des Collegiums nach der Liste aufruft, dieselben sich legitimiren läßt durch Vorzeigung der Insinuations-Documente, und die Wahlmänner zugleich durch die diesen ausgestellten Legitimationsurkunden, die Unbefugten entfernt, und nachzählt: ob zwei Drittel der Mitglieder des Collegiums erschienen sind.

Sind diese anwesend, so wird ihnen der Zweck der Versammlung, so wie die Abtheilung der Liste, aus denen der oder die Abgeordneten zu wählen sind, bekannt gemacht, wobei indeß, wenn ein Abgeordneter aus der Abtheilung II. der Liste der Wählbaren genommen werden kann, den Wählenden zu eröffnen ist, daß sie nicht auf diese Personen beschränkt sind, sondern aus allen denen, welche in die Abtheilung II. irgend einer Liste der Wählbaren des Landes aufgenommen sind, die Wahl haben.

Sodann leisten die Anwesenden den §. 55. vorgeschriebenen Handschlag, und es wird bei der Abstimmung eben so verfahren, wie dieses für die städtischen Wahlmänner vorgeschrieben ist.

7. Legitimations-Urkunden und Berichte über die Wahl.

§. 86. Der Gewählte wird der Versammlung bekannt gemacht, der Präsident stellt ihm eine Urkunde nach dem Formulare unter C. zu seiner Legitimation aus, und macht von der Wahl sowohl der Landesregierung, als auch dem ständischen Ausschusse Anzeige, sendet letzterm auch die aufgenommenen Protocolle ein.

8. Wahl der Stellvertreter.

§. 87. Nachdem die Wahl der Abgeordneten vorgenommen ist, erfolgt die der Stellvertreter auf ganz gleiche Weise.

C. Fälle, wo eine gültige Wahl keine Folge hat.

§. 88. Einer gültigen Wahl kann keine Folge gegeben werden

- 1) wenn Vater und Sohn oder mehrere Brüder als Abgeordnete gewählt sind. Wenn diese sich darüber, wer zurücktreten soll, nicht vereinigen können, geht der Ältere vor.
- 2) Niemand kann Abgeordneter für zwei oder mehrere Wahlkreise sein, und ist daher in mehreren Bezirken die Wahl auf ihn gefallen, so hat er sich darüber zu erklären, welchen Auftrag er annehmen wolle.

Diese Erklärung ist binnen drei Tagen, nachdem der Gewählte die doppelte Wahl erfährt, bei dem Staatsministerium und dem ständischen Ausschusse abzugeben, und wenn sie in dieser Frist nicht erfolgt, bestimmt das Staatsministerium, für welchen Bezirk die Wahl als angenommen anzusehen ist.

- 3) Wenn der Gewählte den Auftrag als Abgeordneter nicht annimmt.

Es steht nämlich einem Jeden frei, die Sendung als Abgeordneter auszuschlagen, da nicht angenommen werden darf, daß Jemand ohne die wichtigsten Gründe dem ehrenvollen Vertrauen seiner Mitbürger nicht entsprechen werde.

Wer die Wahl nicht annimmt, hat davon sofort in der Versammlung dem Wahl-Collegium, welches sodann sogleich zu einer neuen Wahl schreitet, oder binnen 3 Tagen dem Staatsministerium und dem engern Ausschusse Anzeige zu machen.

- 4) Wenn Staatsbeamte, active Militärs, Geistliche oder Schuldiener als Abgeordnete gewählt werden, und die Landesregierung ihnen die Erlaubniß, die Wahl anzunehmen, versagt.

Es können nämlich diese Personen, wenn sie dazu geeignet sind, allerdings als Abgeordnete gewählt werden; sie müssen aber, bevor sie die Wahl annehmen, dazu die Erlaubniß der Regierung erhalten, welche indeß nicht versagt werden wird, wenn nicht das Beste des Dienstes dieses nothwendig macht.

D. Erlöschen des Auftrages der Abgeordneten.

§. 89. Der Auftrag der Abgeordneten erlischt:

- 1) durch Verlust einer der Eigenschaften, welche erforderlich sind, um wählbar zu sein;
- 2) durch den Ablauf der Zeit, für welche der Abgeordnete gewählt war;
- 3) durch Auflösung der Ständeversammlung;
- 4) durch Annahme eines Staatsamtes, welches der Erwählte zur Zeit der Wahl noch nicht bekleidete.

E. Von den Kosten der Wahlen.

§. 90. Die Wähler, Wahlberechtigten und Wahlmänner haben keinen Anspruch auf Entschädigung wegen der ihnen durch die Wahl etwa veranlaßten Kosten, mit Ausnahme des §. 57. bemerkten Falles.

Die Kosten, welche durch die Thätigkeit der administrativen Behörden bei den Wahlen veranlaßt werden, trägt die Landes-Steuer-Casse.

Titel II.

Von den Rechten und Pflichten der Landschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

§. 91. Die erste und heiligste Pflicht der Landstände besteht darin, daß sie die Wohlfahrt und das Beste des Vaterlandes und ihrer Mitbürger, ohne alle Nebenabsichten und Rücksichten auf einzelne Personen und Verhältnisse, nach ihrer besten Einsicht, mit Gewissenhaftigkeit zu befördern suchen.

F o r t s e t z u n g.

§. 92. Sie sind schuldig, bei Ausübung der ständischen Rechte und Befugnisse, die Verfassung und die festgesetzte Ordnung genau zu beobachten.

Zweiter Abschnitt.

Einzelne Rechte und Pflichten der Ständeversammlung.

1. Bei der Bewilligung, Veranlagung, Erhebung und Verwendung der Steuern und andern allgemeinen Landeslasten.

R e g e l.

§. 93. Die Stände haben das Recht, die zur Erhaltung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen.

A u s n a h m e.

§. 94. Ausnahmsweise können ohne vorherige Bewilligung der Stände in folgenden Fällen von dem Landesherrn allein Steuern auferlegt und erhoben werden:

- 1) zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes;

- 2) zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen;
- 3) die Prinzessinn-Steuer nach den herkömmlichen Summen.

Communal- und Local-Lasten.

§. 95. Eben so wenig bedarf es der ständischen Concurrenz und Zustimmung in Hinsicht der Aufbringung und Repartition der, ihrer Natur und Beschaffenheit nach, einzelnen Gemeinden, Städten, Ortschaften und Districten obliegenden Lasten, Ausgaben und Kosten, welche nach den Bestimmungen der Gesetze und der Regierung durch die betreffenden Behörden zu reguliren sind.

Nähere Bestimmung der Regel.

§. 96. Mit diesen Ausnahmen kann keine Steuer oder allgemeine Landeslast ausgeschrieben oder erhoben werden, als mit ständischer Bewilligung.

Es macht hiebei keinen Unterschied, welche Gegenstände solche allgemeine Landesaufgaben und Leistungen betreffen: ob sie auf Grundstücke, Vermögen, Personen, Gewerbe, oder auf den Verbrauch von Lebensmitteln und Consumtibilien gelegt werden sollen.

Es bezieht sich dieses Bewilligungsrecht auch auf solche Ausgaben und Leistungen, welche die Leitung des Handels und der Gewerbe betreffen, oder welche zur Ausführung polizeilicher Einrichtungen und Maßregeln erforderlich sind, namentlich auf Weggelder, Zölle, Packhaus-Entrichtungen und Gerichtsporteln.

Diese Bestimmungen haben keine rückwirkende Kraft, und die indeß beendigten oder bereits begonnenen Verhandlungen über Handelsverträge mit andern Staaten bedürfen daher, in Beziehung auf Zölle und Packhausentrichtungen, der ständischen Zustimmung nicht.

Umfang des Steuerverwilligungsrechtes.

§. 97. Das ständische Bewilligungsrecht erstreckt sich übrigens bei seiner Ausübung nicht bloß auf die Art und den Betrag der öffentlichen Abgaben und Leistungen, sondern auch auf die Grundsätze und Verhältnisse, nach welchen selbige auf Gegenstände oder Personen zu legen und zu vertheilen sind, so wie auf die Dauer, Erhebungsweise und Verwendung der aufzulegenden Steuer.

Art der Steueraus schreiben.

§. 98. Nachdem über dieses Alles zwischen der Landesherrschaft und den Ständen eine Uebereinkunft getroffen worden, wird in deren Gemäßheit die verwilligte Auflage durch ein, auf die gewöhnliche Weise und »mit Bezug auf die gepflogene Unterhandlung mit der Landschaft« zu publicirendes landesherrliches Gesetz ausgeschrieben und ihre Erhebung verfügt.

a. Dauer der Bewilligung.

§. 99. Die bewilligten oder bestehenden Auflagen werden bis zu einer neuen Uebereinkunft fort erhoben.

Nur wenn die Steuern gleich anfänglich für einen bestimmten Zeitraum bewilligt waren, hört deren Forterhebung mit dessen Ablaufe auf.

b. Pflicht der Bewilligung.

§. 100. Neben dem Rechte der Steuerbewilligung haben die Stände zugleich die Verpflichtung, diejenigen Summen auszugeben, welche zur Erreichung des Staatszweckes erforderlich sind, insofern und insoweit dieselben nicht aus den Einkünften der Domainen und Regalien bestritten werden.

Fortsetzung.

§. 101. Um das Beitragsverhältniß von den Domainen und Regalien zu den Ausgaben des eigentlichen Staatshaushalts fest zu bestimmen, soll eine Trennung des Fürstl. und Domanal-Haushaltes von dem eigentlichen Staatshaushalte Statt finden.

c. Trennung des Fürstlichen und Domanal-Haushaltes von dem Staatshaushalte.

§. 102. Durch eine Uebereinkunft zwischen dem Landesherrn und den Ständen soll die Summe festgesetzt werden, welche jährlich von den Cammer-Einkünften, nach Abzug der Kosten des Fürstlichen und Domanal-Haushaltes, auf andere Staatszwecke verwendet werden kann.

Diese Aversional-Summe soll durch Besteuerung der Domainen, durch Ueberweisung anderer Cammer-Einkünfte aufgebracht und an die Landes-Steuer-Casse gezahlt werden.

Folgen dieser Trennung.

§. 103. Nachdem diese Uebereinkunft getroffen ist, werden alle Lasten des Staatshaushalts, so wie jeder zur Erreichung des Staatszweckes erforderliche Aufwand, und alle dahin gehörige Ausgaben, welche bisher von den Einkünften der Domainen und Regalien gezahlt sind, aus der Landessteuer-Casse bestritten. Diese Uebereinkunft kann nach vorhergehender einjähriger Kündigung bei dem Ablaufe einer Finanzperiode von der Landesherrschaft wieder aufgehoben werden.

Fortsetzung.

§. 104. Die Stände sind nicht befugt, die Vorlegung weder der Etats noch der Rechnungen über die dem Landesherrn reservirten Einkünfte zu verlangen. Es sollen ihnen indeß auch von diesen Einkünften die allgemeinen Etats der Einnahme und der Ausgabe jedes Jahrs auf dem Landtage mitgetheilt werden.

d. Feststellung der Finanz-Etats.

§. 105. Den Ständen steht dagegen das Recht zu, gemein-

schaftlich mit der Landesregierung die Einnahme- und Ausgabe-Etats des gesammten eigentlichen Staatshaushaltes festzustellen.

Diese Etats werden im Voraus für eine Finanzperiode von 6 Jahren bestimmt, und nur auf dem nächsten Landtage auf sieben Jahre, damit in der Folge die Zeit zur Erörterung dieser Angelegenheit, bei sich verzögernden Landtagsverhandlungen, nicht fehle.

e. Beaussichtigungsgerecht bei den Finanzen.

§. 106. Den Ständen steht zugleich das Beaussichtigungsrecht hinsichtlich des Landessteuer- und Finanzwesens zu, und es sollen denselben daher die Rechnungen der abgelaufenen Finanzperioden zur Einsicht, und um darüber ihre Bemerkungen zu machen, vorgelegt werden.

f. Landessteuer- und Finanz-Collegium.

1. Geschäftskreis desselben.

§. 107. Die Verwaltung der Steuern, so wie der für den Staatshaushalt bestimmten Cammer-Einkünfte, soll einer von dem Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich besetzten und abhängigen Behörde, dem Landessteuer- und Finanz-Collegium, übertragen werden.

Der Wirkungskreis dieser Behörde soll durch eine Uebereinkunft näher bestimmt werden.

2. Verantwortlichkeit dieser Behörde.

§. 108. Diese Behörde ist insbesondere dafür verantwortlich, daß keine Einnahme erhoben und keine Ausgabe geleistet wird, welche nicht in die von den Ständen genehmigten Etats aufgenommen ist.

3. Besetzung derselben.

§. 109. Die Hälfte der Räthe dieses Collegiums wird von der Landschaft, auf die für die Wahl des Ausschusses vorgeschriebene Weise, erwählt, und dem Landesherrn zur Bestätigung präsentiert; es steht indeß der Ständeversammlung frei, auch nicht als Abgeordnete gewählte, qualifizierte Personen zu präsentieren.

Es ist zulässig, daß diese landschaftlichen Räthe Mitglieder des ständischen Ausschusses sind, insofern und so lange sie Landtags-Abgeordnete sind.

2. Bei Contrahirung von Staats-Anleihen und dem Landesschuldenwesen.

§. 110. Staatsanleihen können nicht ohne Einwilligung der Stände contrahirt werden; über deren Betrag, die Bedingungen und Rückzahlungen derselben ist mit den Ständen eine Vereinbarung zu treffen.

Das Landesschuldenwesen wird gleichfalls nach gemeinsamen Beschlüssen regulirt.

3. Veräußerungen des Staatsgutes.

§. 111. Staats-, Cammer-, Stifts- und Kloster-Güter oder Einkünfte können nicht ohne Zustimmung der Stände veräußert oder verpfändet werden.

Die oberste Verwaltung dieser Güter ist dafür verantwortlich, daß in Ansehung derselben nicht anders verfahren werde. Veräußerungen ohne ständische Zustimmung sind nichtig; der Käufer hat weder gegen den Landesherrn noch gegen eine öffentliche Behörde ein Klagerecht auf Rückzahlung des gezahlten Kaufgeldes, sondern er kann sich nur an die Personen halten, mit denen er contrahirt hat.

Selbst in dem Falle, daß in einer öffentlichen Cassé die von ihm gezahlten Münzstücke noch vorhanden wären, kann er solche nicht vindiciren.

4. Verwaltung der Klostergüter.

§. 112. Die Verwaltung der Klostergüter soll zwar ferner bei der Cammer verbleiben, jedoch nicht nur über das Klostervermögen eine eigene Rechnung in Einnahme und Ausgabe geführt, sondern diese Etats künftig mit Zustimmung der Stände, wie die Staatshaushalts-Etats, entworfen werden, wobei indeß vorbehalten bleibt, daß die jetzt auf den Klosterfonds bereits angewiesenen Ausgaben davon ferner bestritten werden.

5. Bei der Gesetzgebung.

a. Fälle, wo die Zustimmung der Stände erforderlich ist.

§. 113. Die ständische Zustimmung ist erforderlich, wenn Gesetze gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erklärt werden sollen, welche die Landes- oder Steuer-Versaffung, oder die Landes-Collegien, Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis und ihre Verhältnisse betreffen, oder endlich, welche sich auf Bestimmungen beziehen, die zwischen dem Landesherrn und den Ständen vertragsweise getroffen sind.

b. Fälle, wo das Gutachten der Stände erfordert wird.

§. 114. Bei allen übrigen gesetzlichen Bestimmungen müssen die Stände zuvor mit ihrem Gutachten und Rath gehört werden.

c. Erwähnung der ständischen Mitwirkung.

§. 115. Die Gesetze sollen im Eingange der erfolgten ständischen Zustimmung, oder des vorher erforderlichen Gutachten und Rathes der Stände ausdrücklich Erwähnung thun.

d. Verordnungen.

§. 116. Verordnungen, d. h. solche Verfügungen, welche nur die Ausführung und Handhabung der Gesetze betreffen, erläßt die Landesregierung allein.

e. Bundesbeschlüsse.

§. 117. Beschlüsse des deutschen Bundes erhalten dadurch gesetzliche Kraft, daß sie von dem Landesherrn, und zwar ohne Mitwirkung der Stände, publicirt werden.

6. Ablösbarkeit der gutherrlichen und Feudal-Rechte.

a. Der gutherrlichen und sonstigen Realrechte.

§. 118. Alle privatrechtliche Real-Lasten an Zehnten-, Hand- und Spann-Diensten, Geld-, Getreide- und sonstigen Natural-Abgaben und Leistungen, womit das Eigenthum oder das erbliche Besizrecht an einem Grundstücke beschwert ist, oder in Zukunft beschwert werden könnte, sind, ohne Rücksicht auf den Rechtsgrund ihrer Entstehung, der Ablösung unterworfen, d. h. die Aufhebung kann gegen eine Entschädigung verlangt werden. — Die Grundsätze, wonach diese Entschädigung zu leisten, sollen baldigst, mit Zustimmung der Stände, festgesetzt werden.

b. Der Feudalrechte.

§. 119. Alle in dem Umfange des Herzogthums belegenen Lehne jeder Art und Gattung, es mögen solche von der Durchlauchtigsten Landesherrschaft, von öffentlichen Anstalten und Corporationen, oder von den Privatpersonen releviren, unmittelbare oder Afterlehne sein, sind der Allodification unterworfen. — Die näheren Bestimmungen hierüber sollen unverzüglich mit den Ständen verabredet werden.

7. Bei dem Militairwesen.

§. 120. Ein größeres als das durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebene Truppen-Corps darf ohne Zustimmung der Stände nicht aufgestellt werden.

Ohne deren Bewilligung kann weder das Truppen-Corps noch eine Abtheilung desselben in den Dienst eines auswärtigen Staates gegeben werden.

Gleichfalls ist deren Bewilligung erforderlich, wenn durch Werbung, besonders von Ausländern, Truppen gebildet werden sollen.

Die Grundsätze über Militairpflichtigkeit und über die Aushebung der Mannschaften können nur mit Zustimmung der Stände festgestellt werden.

8. Bei der Rechtspflege.

a. Unabhängigkeit der Gerichte.

§. 121. Der Weg Rechtens kann in Justizsachen Niemand versagt werden. Die Stände haben das Recht, auf die durch die Landes- und Bundesgesetzgebung festgestellte Unabhängigkeit der Gerichte in den Grenzen ihrer Zuständigkeit zu halten.

Insbesondere wird es den Parteien gestattet, welche sich durch landesherrliche Verfügungen in ihren Rechten, oder in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit für beeinträchtigt halten, sich an die Ständeverversammlung zu wenden, und diese ist befugt, auf die Abhülfe der von ihr begründet erachteten Beschwerden bei der Landesregierung anzutragen.

b. Fortsetzung.

§. 122. Der Ständeverversammlung steht ferner das Recht zu, darüber zu wachen, daß Niemand ohne gesetzlichen Grund und ohne eine ordnungsmäßige Verfügung der competenten Polizei- oder Gerichtsbehörde verfolgt, verhaftet, bestraft oder in seinen persönlichen oder Eigenthumsrechten gekränkt werde, und sie ist verpflichtet in diesen Beziehungen, vorkommenden Falls, die ihr erforderlich scheinenden Anträge bei der Landesregierung zu machen.

c. Unabseßbarkeit der Richter.

§. 123. Damit die Vorschriften der §§. 121. und 122. desto wirksamer seien, wird hiedurch der zwar angenommene, aber durch die Landesgesetze nicht ausdrücklich ausgesprochene Grundsatz zum Gesetze erhoben, daß ein Richter seines Amts nicht anders entsetzt, oder wider seinen Willen entlassen werden könne, als auf den Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses des zuständigen Gerichts.

d. Präsentation zu zwei Rathsstellen im Landesgerichte.

§. 124. Die Ständeverversammlung hat das Recht, zu zwei Rathsstellen im Herzoglichen Landesgerichte Candidaten zu präsentieren.

Sie wählt diese durch Stimmenmehrheit, und ihre Wahl kann auf jeden fallen, der die vorschriftsmäßige Prüfung, zur Erlangung des Richteramts, bestanden, und ein Richteramt 5 Jahre bekleidet, oder 10 Jahre hindurch mit Auszeichnung die advocatorische Praxis betrieben hat, und einen unbescholtenen Ruf genießt.

9. Das Recht, Vorschläge zu machen.

§. 125. Die Ständeverversammlung ist berechtigt, dem Landesfürsten Vorschläge zu Gesetzen, allgemeinen Verfügungen, und zur Errichtung öffentlicher Anstalten zu machen; diese Vorschläge

werden genau geprüft werden, und es sollen stets landesherrliche Entschliessungen darauf erfolgen.

10. Recht der Mitaufsicht auf die Landesangelegenheiten.

§. 126. Die Ständeversammlung ist ferner befugt, wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, Vorträge an den Landesherrn zu richten, und sich über deren Abstellung gutachtlich zu äußern.

11. Verantwortlichkeit der Beamten und Abgeordneten, wegen Aufrechthaltung der Verfassung.

a. Verantwortlichkeit der Staats-Beamten und der Mitglieder der Ständeversammlung.

§. 127. Jeder Staats-Beamte und jedes Mitglied der Ständeversammlung ist innerhalb des ihm angewiesenen Wirkungskreises für die Beobachtung der Verfassung verantwortlich.

Insbondere trifft diese Verantwortlichkeit die stimmführenden Mitglieder des Staats-Ministeriums, hinsichtlich der von ihnen unterzeichneten oder contrasignirten Verfügungen.

Um diese Bestimmung desto wirksamer zu machen, sollen künftig auch alle Staatsbeamten in dem Dienstelde mit auf die Beobachtung der Verfassung vereidet werden. Die jetzt bereits angestellten werden in dieser Beziehung auf den geleisteten Dienst-eid hiemit verwiesen.

b. Strafe der verletzten Verfassung.

§. 128. Jede Verletzung der Verfassung soll, insofern sie nicht den bestehenden Criminalgesetzen zufolge eine härtere Strafe nach sich zieht:

- a. bei Beamten mindestens Dienstentlassung zur Folge haben, welche den Entlassenen zur Wiederanstellung im Staatsdienste unfähig macht;
- b. bei Abgeordneten mindestens dadurch geahndet werden, daß sie ihres Auftrages, so wie der Wählbarkeit auf immer für verlustig erklärt werden.

c. Contrasignatur.

§. 129. Um den verfassungsmäßigen Gang der Staats-Geschäfte und die Staatsbeamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, sind die unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen nur alsdann vollziehbar, wenn sie mit der Contrasignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Staatsministeriums versehen sind.

Diejenigen höchsten Verfügungen, welche der Landesherr in

seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber der Truppen erläßt, bedürfen der Contraſignatur nicht. Zu diesen Verfügungen sind indeß diejenigen nicht zu rechnen, welche der Landesherr in Beziehung auf Militair-Angelegenheiten nur als solcher erlassen kann, insbesondere also nicht:

- 1) die Ernennung von Officieren,
- 2) alle die Militair-Verwaltung, so wie die Aushebungen und Recrutirungen betreffenden Anordnungen,
- 3) die Bestätigung oder Verwerfung kriegsgerichtlicher Urtheile.

d. Antrag auf Bestrafung.

§. 130. Die Landesregierung kann auf Bestrafung der Abgeordneten, und die Ständeversammlung auf Bestrafung der Mitglieder des Staatsministeriums wegen verletzter Verfassung antragen.

Ein solcher Antrag muß spätestens binnen 3 Jahren nach eingetretener Verletzung gemacht werden.

In Ansehung untergeordneter Beamten sind dergleichen Anträge von der Ständeversammlung nur dann statthaft, wenn dieselben bei den vorgesetzten Behörden und zuletzt bei dem Staatsministerium angebracht und 8 Wochen lang unbeachtet geblieben sind. In diesem Falle wird der Antrag auf Bestrafung bei dem Landesgerichte gemacht, welches die Untersuchung durch zwei seiner Mitglieder zu führen und das erste Erkenntniß abzugeben hat, gegen welches die ordentlichen Rechtsmittel zulässig sind.

e. Bildung eines gemeinschaftlichen Gerichtshofes.

§. 131. Soll aber ein Antrag auf Bestrafung eines Mitgliedes des Staatsministeriums oder der Ständeversammlung wegen verletzter Verfassung gemacht werden, so wird zuvörderst ein eigener Gerichtshof gebildet, welcher aus 7 Mitgliedern der höhern Justiz-Collegien bestehen soll. Den Präsidenten und drei Mitglieder dieses Gerichtshofes ernennt die Landesregierung, die übrigen drei die Ständeversammlung; auch werden demselben von der Landesregierung die erforderlichen Secretarien beigeordnet. — Dieser Gerichtshof prüft zuvörderst: ob Grund zu einer Untersuchung vorhanden sei? nachdem ihm der umständlich zu entwickelnde und erforderlichen Falls mit den gehörigen Documenten versehene Antrag auf Bestrafung übergeben ist. Er leitet bei vorhandenem Grunde die Untersuchung ein, führt dieselbe nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und fällt das Erkenntniß in erster und letzter Instanz.

Fassen die Stände den Beschluß, auf eine Untersuchung und Bestrafung anzutragen, so wählen sie zugleich die drei Mitglieder des Staatsgerichtshofes und machen von diesem Beschlusse und dessen Gründen, so wie von der getroffenen Wahl bei der Re-

gierung Anzeige, mit dem Ersuchen, daß diese gleichfalls die erforderlichen Wahlen treffe und den gemeinschaftlichen Gerichtshof constituire.

Geht der Antrag von der Landesregierung aus, so nimmt diese die erforderlichen Ernennungen vor, und benachrichtigt von dem gefaßten Beschlusse und dessen Gründen, so wie von den erfolgten Ernennungen, die Ständeversammlung oder den Ausschuß, und veranlaßt Erstere, die nothwendigen Ernennungen gleichfalls vorzunehmen.

f. Abolition solcher Untersuchungen.

§. 132. Die Abolition einer Untersuchung wegen verletzter Verfassung ist unzulässig.

12. Ernennung des Landsyndicus und dessen Geschäftskreis.

§. 133. Der Ständeversammlung steht das Recht zu, einen Landsyndicus zu bestellen, und zwar wird derselbe durch absolute Stimmenmehrheit erwählt. Seine Anstellung ist lebenslänglich und der anderer Staatsdiener gleich, jedoch damit die Verwaltung eines andern Staatsamtes unvereinbar.

Von der Erwählung wird der Landesherrschaft Anzeige gemacht, und der Erwählte von der Ständeversammlung oder dem ständischen Ausschusse auf sein Amt zugleich mit Ablegung des Erbhuldigungseides vereidigt.

Der Landsyndicus hat als beständiger Consulent der Landschaft derselben über alle vorkommenden Gegenstände, und so oft es verlangt wird, die nöthigen Nachrichten und Gutachten, besonders über Rechtsverhältnisse mündlich und schriftlich mitzutheilen, auch das Amt des ersten Secretairs und Chefs des Kanzleiwesens, sowohl bei dem Landes-Steuer- und Finanz-Collegium, als bei dem ständischen Ausschusse und der Ständeversammlung zu verrichten, auch das landschaftliche Archiv, so wie die Registratur des Landes-Steuer- und Finanz-Collegiums unter gehöriger Aufsicht und auf die Ordnung dabei zu halten. Er hat eine beratende Stimme in der Ständeversammlung, dem ständischen Ausschusse und dem Landes-Steuer- und Finanz-Collegium.

13. Gerichtssporteln-, Stempel- und Portofreiheit.

§. 134. Die Landschaft hat die Freiheit von Gerichtssporteln, Stempeln und Porto ferner zu genießen.

14. Siegel der Landschaft.

§. 135. Sie führt ein eigenes Siegel.

Dritter Abschnitt.

Rechte und Pflichten des ständischen Ausschusses.

a. Allgemeiner Grundsatz.

§. 136. Der ständische Ausschuss hat das Recht und die Pflicht, zwischen den Landtagen auf die Vollziehung der zwischen dem Landesherrn und den Ständen getroffenen Vereinbarungen zu sehen, so wie die ihm in dieser Hinsicht erforderlich scheinenden Anträge bei der Landesregierung zu machen.

b. Besondere Befugnisse.

1. Hinsichtlich der Steuern, Anleihen und Veräußerungen.

§. 137. Es kann daher in der Regel die Zustimmung des Ausschusses die der Ständeversammlung nicht ersetzen. Ausnahmsweise findet dieses aber in folgenden Fällen Statt.

Wenn außerordentliche Ereignisse die zeitige Versammlung des Landtages unthunlich machen, oder wenn Gefahr mit dem Verzuge verbunden ist, und die ordentlichen Bewilligungen und Geldmittel zur Erreichung des Staatszweckes und zur Erhaltung des Staatswohls unzureichend sind, können mit Bewilligung des ständischen Ausschusses

- 1) die Steuern erhöht oder neue Steuern auferlegt werden, jedoch nicht länger als auf 6 Monate;
- 2) Staats-Anleihen geschlossen, und
- 3) Staats-Güter veräußert und verpfändet werden.

Alle auf den Grund einer solchen Uebereinkunft mit dem ständischen Ausschusse getroffenen Maaßregeln sind indeß so bald als thunlich der Ständeversammlung vorzulegen und bei ihr zu rechtfertigen.

Steuerverwilligungen dieser Art hören in dem Augenblicke auf, Kraft zu haben, wo die Ständeversammlung ihnen ihre Zustimmung versagt.

Staats-Anleihen und Veräußerungen von Staatsgütern sind dagegen gültig.

Darüber: ob die Versammlung der Stände unthunlich oder ob Gefahr im Verzuge sei? — entscheidet die Landesregierung.

2. Bei der Gesetzgebung.

§. 138. Unter den im vorhergehenden Paragraphen eingeführten Voraussetzungen genügt bei den Gesetzen, welche sonst nur mit Zustimmung der Ständeversammlung erlassen werden können, die Zustimmung des ständischen Ausschusses. — Solche Gesetze sind indeß baldigst der Ständeversammlung zur Genehmigung vorzulegen. —

Alle Gesetze, bei welchen nur das Gutachten und der Rath der Ständeversammlung gehört zu werden braucht, können zwischen den Landtagen mit dem Gutachten und Rathe des Ausschusses erlassen werden.

3. Verbindlichkeit, der Landesregierung Berichte und Gutachten zu erstatten.

§. 139. Die Landesherrschaft kann von dem ständischen Ausschusse, so oft es ihr gut dünkt, Nachrichten, Berichte und Gutachten einziehen.

Insbefondere kann sie Gesetzentwürfe, welche sie demnächst an die Ständeversammlung zu bringen denkt, dem Ausschusse zuvor zur Begutachtung vorlegen.

4. Recht, die Ständeversammlung zu berufen.

§. 140. Der Ausschuss ist im Allgemeinen nicht befugt, diejenigen Anträge, welche von der Ständeversammlung ausgehen können, bei der Landesregierung zu machen, es steht ihm aber zu, in folgenden Fällen den Landtag zusammen zu berufen:

1. wenn er dafür hält, daß die Verfassung verletzt werde und Anträge auf Bestrafung höherer Staatsbeamten oder zum Schutze der Verfassung Beschwerden bei der Bundesversammlung zu machen seien;
 2. wenn ein Mitglied des ständischen Ausschusses ausscheidet;
 3. wenn bei dem Landes-Steuer- und Finanz-Collegium oder bei dem Landesgerichte von der Landschaft zu besetzende Vacanzen zwischen den Landtagen, und zwar 4 Monat vor Eröffnung des nächsten Landtags, entstanden sind;
 4. wenn die Stelle des Landsyndicus erledigt ist;
- um in allen diesen Fällen die erforderlichen Beschlüsse und Wahlen zu veranlassen.

Von einer solchen Berufung, so wie von deren Zwecke, ist sogleich bei der Erlassung der Convocationschreiben der Landesregierung Anzeige zu machen, und es darf in einer solchen Versammlung nichts vorgenommen werden als der Gegenstand, welcher sie veranlaßt hat.

5. Besondere Aufträge.

§. 141. Außerdem kann die Ständeversammlung dem Ausschusse durch specielle Vollmacht für einzelne bestimmte Geschäfte alle die Rechte übertragen, welche sie selbst hat, vorbehältlich indeß der Zustimmung der Landesregierung.

Titel III.

Von den Landtagen, der Behandlung der Geschäfte
auf denselben, so wie von den Verhandlungen
des ständischen Ausschusses.

Erster Abschnitt.

Von den Landtagen.

1. Ordentliche und außerordentliche Landtage.

§. 142. Die Ständeversammlung muß alle drei Jahre zu einem ordentlichen Landtage von der Landesregierung berufen werden.

Die ordentlichen Landtage sollen in der Regel in dem Monate November sein.

Außerdem steht es dem Landesherrn frei, jederzeit, wenn Er es für nothwendig hält, die Ständeversammlung zu einem außerordentlichen Landtage zu convociren.

2. Ungesetzliche Versammlungen.

§. 143. Mit Ausnahme der in dem §. 140. aufgeführten Fälle dürfen die Abgeordneten sich nicht versammeln, ohne von dem Landesherrn berufen zu sein.

Solche landesherrlich nicht berufene Versammlungen sind strafbar und deren Beschlüsse ungültig.

3. Berufung der Ständeversammlung.

§. 144. Der Landesherr beruft die Abgeordneten durch eine Verordnung, in welcher er zugleich die Zeit und den Ort der Versammlung bestimmt.

Die bisher üblich gewesenen Berufungssrescripte an die einzelnen Abgeordneten fallen weg.

4. Legitimation der Abgeordneten.

§. 145. Spätestens 24 Stunden vor der Eröffnung des Landtags zeigen die eingetroffenen Abgeordneten ihre Ankunft dem ständischen Ausschusse an, legitimiren sich durch die ihnen von dem Präsidenten des Wahl-Collegiums ausgestellte Urkunde, der Ausschuss vergleicht diese mit den ihm eingesandten Wahl-Acten, nimmt den Abgeordneten, falls gegen dessen Wahl nichts zu erinnern ist, in das Verzeichniß der Abgeordneten auf, und übergibt dasselbe zugleich dem Landesherrn.

Alle in dieses Verzeichniß Aufgenommene haben das Recht, auf dem Landtage zu stimmen, vorbehältlich der Entscheidung der Ständeversammlung, wenn dieses Recht aus irgend einem Grunde bestritten wird.

5. Eröffnung des Landtages.

§. 146. Der Landtag wird von dem Landesherrn in Person oder durch einen landesherrlichen Bevollmächtigten eröffnet.

6. Eid der Abgeordneten.

§. 147. Bei der Eröffnung des Landtags schwört jeder Abgeordnete folgenden Eid:

Ich schwöre Treue dem regierenden Landesherrn und Höchstseinen Nachfolgern aus dem Hause Braunschweig, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Ausübung und Erfüllung der, mir als Abgeordnetem des Landes zustehenden, Rechte und Pflichten.

Dieser Eid wird bei folgenden Landtagen nur von denen geleistet, welche zum ersten Male als Abgeordnete gewählt sind.

7. Unzulässigkeit von Instructionen.

§. 148. Die Abgeordneten haben bei ihren Abstimmungen ganz allein ihrer auf sorgfältige Prüfung der vorliegenden Gegenstände gegründeten eigenen Ueberzeugung und ihrem Gewissen zu folgen, keineswegs aber Instructionen von Andern anzunehmen und zu beachten.

8. Sitzordnung.

§. 149. In dem Versammlungs-saale werden den Abgeordneten der Ritterschaft und zwei bisher zur ersten Section der Stände gehörigen Prälaten die Plätze zur Rechten; den Abgeordneten der Städte und zweien Prälaten von der ersten und zweiten Section in der Mitte, und den Abgeordneten der Freisassen und Bauern nebst den zwei übrigen Prälaten zur Linken die Plätze angewiesen.

Welche Abgeordnete der Prälaten denen der Ritterschaft, der Städte und Bauern beizuordnen seien, bestimmt die Landesregierung.

9. Von der Beschlussnahme.

A. Erforderliche Zahl der Mitglieder.

§. 150. Die Ständeversammlung kann keinen Beschluß fassen, wenn nicht mindestens zwei Drittheil der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder anwesend sind.

B. Regel.

§. 151. Sie faßt über die zur Berathung und Entscheidung kommenden Angelegenheiten den Beschluß nach absoluter Mehrheit der Stimmen.

C. Erste Ausnahme.

a. Abstimmung nach Ständen.

§. 152. Ausnahmsweise kann alsdann, wenn die Entscheidung eigenthümliche privatrechtliche Verhältnisse der Ritterschaft, der Städte, der Bauern oder eigenthümliche staatsbürgerliche Interessen einer dieser drei Ständes-Classen betrifft, von der betheiligten Ständes-Classe eine Abstimmung nach Ständen verlangt werden.

Bei einer solchen Abstimmung stimmen die Prälaten mit dem Stande, in welchem sie nach der Sitz-Ordnung ihren Platz angewiesen erhalten haben.

b. Antrag auf eine solche Abstimmung.

§. 153. Jeder Stand, der seine eigenthümlichen Interessen oder Rechte bei einem Vorschlage für betheiligt hält, kann auf Abstimmung nach Ständen antragen, und es muß diesem Antrage Folge gegeben werden, wenn für denselben mindestens zwei Drittel der Stimmen des antragenden Standes sind.

Gleichfalls steht der Regierung das Recht zu, in den Fällen, welche sie nach §. 152. hiezu für geeignet hält, die Abstimmung nach Ständen zu veranlassen.

Ein jeder solcher Antrag kann nicht eher als nach dem Schlusse der Berathung über den Vorschlag, und nicht später als vor dem Anfange der Abstimmungen gemacht werden.

c. Art der Beschlußnahme.

§. 154. Bei einer Abstimmung nach Ständen hat jeder Stand nur eine Stimme, und ein Vorschlag ist nur bei Stimmeneinhelligkeit aller drei Stände als angenommen anzusehen.

Innerhalb jedes Standes entscheidet darüber: »wie die Stimme abzugeben sei?« absolute Stimmenmehrheit.

d. Wiederholung eines verworfenen Vorschlags.

§. 155. Wird ein Vorschlag, welcher bei der Abstimmung nach Ständen nur die Stimme eines Standes gegen sich hatte, auf dem nächsten Landtage wieder vorgebracht, hat derselbe alsdann wiederum die Stimmen zweier Stände für sich, und bilden zugleich sämmtliche für denselben abgegebene Stimmen die absolute Mehrheit der Stimmenzahl der ganzen Ständerversammlung, so ist dieser Vorschlag angenommen.

D. Zweite Ausnahme.

§. 156. Soll ständischer Seits ein Antrag an den Landesherren gemacht werden, welcher eine Abänderung der Landes- oder

Steuer=Verfassung enthält, so müssen wenigstens zwei Dritttheile der Versammlung dem vorgeschlagenen Antrage beistimmen, um demselben Folge zu geben.

10. Wirkung der Beschlüsse.

§. 157. Die Wirkung und Beförderung eines gefassten Beschlusses darf weder durch Verwahrungen, noch durch Berufung auf die höchste Entscheidung, noch auf andere Weise aufgehalten oder gehindert werden, sondern jedes ständische Mitglied muß sich das Resultat der Abstimmung schlechterdings gefallen lassen.

11. Landesherrliche Entschließung auf die Beschlüsse.

§. 158. Kein Beschluß der Ständeversammlung, mit Ausnahme der §. 140. aufgeführten Fälle, enthält eher gesetzliche Gültigkeit und Vollziehbarkeit, als bis er die landesherrliche Zustimmung erhalten hat, und als Gesetz publicirt ist.

Ob der Landesherr diese Zustimmung ertheilen wolle? hängt von dessen freier Entschließung ab.

12. Dauer des Landtags.

§. 159. Die Landtagsverhandlungen sollen binnen drei Monaten vollendet werden.

Nur mit besonderer landesherrlicher Bewilligung kann der Landtag über drei Monate dauern.

13. Vertagung, Verabschiedung und Auflösung der Ständeversammlung.

§. 160. Der Landesherr hat das Recht, die Ständeversammlung zu vertagen, zu verabschieden und aufzulösen.

Eine Vertagung über drei Monate hinaus ist unzulässig.

14. Beurlaubungen der Mitglieder der Ständeversammlung.

§. 161. Kein Mitglied der Ständeversammlung darf sich während des Landtags von dem Orte der Versammlung ohne Urlaub entfernen.

Diesen ertheilt die Ständeversammlung, und ausnahmsweise, wenn Gefahr im Verzuge ist, der Präsident, welcher jedoch der Ständeversammlung hievon Anzeige zu machen hat.

15. Bekanntmachung der ständischen Verhandlungen.

§. 162. Die landständischen Verhandlungen werden ohne Verzug durch den Druck bekannt gemacht. Die Besorgung des-

selben liegt dem Landsyndicus unter Mitwirkung einer besondern Commission ob.

Zum Drucke bestimmt sind:

- 1) die Eröffnungsrede und die darauf erfolgte Antwort;
- 2) die landesherrlichen Propositionen und die zur Erwägung gezogenen selbstständigen Anträge einzelner Mitglieder der Stände, nebst den dabei schriftlich gegebenen Beweggründen;
- 3) die Sitzungsprotocolle; und
- 4) die Berichte, Actenstücke oder Reden, deren vollständigen oder auszugsweisen Abdruck die Versammlung beschließt.

Es kann indeß nicht nur die Ständeverversammlung die Geheimhaltung in einzelnen Fällen verfügen, sondern diese muß auch stets eintreten, wo solche von der Regierung begehrt wird.

Zweiter Abschnitt.

Geschäftsordnung für die Ständeverversammlung.

1. Von den Beamten der Ständeverammlung.

a. Wahl des Präsidenten und des Secretairs.

§. 163. Das erste Geschäft der Ständeverammlung besteht in der Wahl ihrer Beamten aus ihrer Mitte, nämlich eines Präsidenten, eines Vice-Präsidenten und eines Secretairs, welcher neben dem Landsyndicus dessen Geschäft mit versieht.

Diese Wahl geschieht vermittelst verschlossener Zettel durch absolute Stimmenmehrheit, und wird von dem an Jahren ältesten Mitgliede der Versammlung geleitet.

Zu der Stelle des Präsidenten und Vice-Präsidenten werden für jede Stelle drei Candidaten dem Landesherrn präsentiert, von denen der Landesherr Einen bestätigt, der alsdann sein Amt sofort antritt.

Die Wahl des Secretairs bedarf der landesherrlichen Genehmigung nicht.

b. Amt des Präsidenten.

§. 164. Die Verrichtungen des Präsidenten bestehen im Allgemeinen in der Leitung der Geschäfte der Versammlung und in der Aufrechthaltung der Ordnung bei den Versammlungen. Insbesondere hat er

- 1) die Sitzungen zu bestimmen, zu eröffnen und zu schließen;
- 2) über die Beobachtung der Vorschriften und der Ordnung bei den Berathschlagungen und Abstimmungen zu halten, auch die Tages-Ordnung festzusetzen und solche in dem Sitzungssaale anschlagen zu lassen;
- 3) bei den Verhandlungen Alles, was dem Zwecke und dem

- Anstande zuwider ist, so wie alle persönliche Unzänglichkeiten zu entfernen und zu rügen, und erforderlichen Falles die Ordnung durch Schließung der Sitzung aufrecht zu erhalten;
- 4) die von der Versammlung zu entscheidenden Fragen aufzustellen und vorzutragen;
 - 5) die Stimmen sammeln und nach der Mehrheit die Beschlüsse fassen zu lassen und auszusprechen.

c. Amt des Vice-Präsidenten.

§. 165. Der Vice-Präsident kann alle oder einen Theil der Functionen des Präsidenten versehen, wenn sie ihm von letzterm übertragen werden, in dessen Abwesenheit aber stehen sie ihm, vermöge seines Amtes, zu.

d. Amt des Landsyndicus und Secretairs.

§. 166. Der Landsyndicus, oder in dessen Abwesenheit der Secretair, hat in den Sitzungen das Protocoll zu führen, die abgegebenen Stimmen zu zählen und nach der Mehrheit derselben die Beschlüsse zu fassen und niederzuschreiben; ferner alle, Namens der versammelten Section, abzufassende Aufsätze und Erlasse zu entwerfen und auszufertigen.

e. Gehülfspersonal.

§. 167. Für die Schreiberei und Registratur werden von dem Präsidenten die für die Zeit der ständischen Versammlung nöthigen Officianten angenommen und zur Verschwiegenheit und gehörigen Verrichtung ihrer Dienstgeschäfte eidlich verpflichtet und angewiesen, auch wegen deren Remuneration von demselben bei dem Steuer-Collegio angemessene Anträge gemacht, worauf dasselbe, wegen Verwilligung der dazu erforderlichen Geldsummen, das Nöthige zu veranlassen und zu besorgen hat.

§. 168. Der Präsident und der Secretair oder Landsyndicus nehmen einen besondern erhöhten Platz in der Mitte der Versammlung ein.

2. Von den landesherrlichen Commissarien.

§. 169. Der Landesherr kann, seinem Gutfinden nach, Geheime-Räthe oder andere Staatsbeamte als Commissarien zu einzelnen Sitzungen abordnen, um die an die Landschaft erlassenen Anträge mit ihren Gründen näher zu entwickeln und auseinander zu setzen. Die ständische Versammlung wird von der Abordnung solcher landesfürstlichen Commissarien und der Zeit ihrer Ankunft vorher benachrichtigt, dieselben bleiben jedoch bei den Berathschlungen und Abstimmungen nicht gegenwärtig.

F o r t s e t z u n g .

§. 170. Würden mündliche Mittheilungen, Erörterungen und Berathungen zur Beförderung einer Angelegenheit oder eines

Geschäfts zwischen Landesherren und Ständen für zuträglich gehalten, so wird von Seiten der Landesherrschaft eine Zusammenkunft des Herzogl. Staatsministeriums oder anderer Herzogl. Commissarien mit einer ständischen Deputation von 3 bis 6 Mitgliedern veranlaßt. Auch die Ständeversammlung kann ihrer Seits in dazu geeigneten Fällen darauf antragen, daß einer Deputation aus ihrer Mitte mündliche Aufklärung oder nähere Erläuterungen über landesherrliche Erlasse durch Herzogl. Commissarien ertheilt werden mögen.

Die Bestimmung der Personen und Zahl der Mitglieder einer solchen Deputation geschieht von der Ständeversammlung selbst.

3. Von den ständischen Commissionen.

§. 171. Nicht nur alle von dem Landesherren erlassene Anträge, sondern auch alle sonst in Erwägung kommende umfassende Gegenstände müssen vor ihrer Verhandlung in der ständischen Versammlung der vorläufigen Prüfung und Bearbeitung einer zu wählenden Commission von 3, 5 oder 7 Mitgliedern übergeben werden. Der ernannten Commission muß der Vorwurf der vorzubearbeitenden Sache genau bestimmt werden, es mag nun solcher in einer vorzunehmenden Untersuchung, oder in einem abzustattenden Gutachten, oder in Abfassung eines schriftlichen Auftrages bestehen.

F o r t s e t z u n g .

§. 172. Jede solchergestalt niedergesetzte Commission wählt zuerst unter sich ein Mitglied, welches den Vorsitz, und ein anderes, welches das Protocoll zu führen hat, betreibt ihre Geschäfte collegialisch und macht hiernächst, nach Beendigung ihrer Arbeit, von dem Resultate derselben durch eines ihrer Mitglieder Vortrag an die versammelte Ständeversammlung, worüber sodann von der letzten, so wie über jeden andern Antrag berathschlagt und gestimmt wird.

4. Von den landesherrlichen Propositionen.

§. 173. Die von Seiten der Landesherrschaft an die Stände zu machenden Propositionen und Mittheilungen werden den gesammten Ständen eröffnet, und, wenn selbige eingegangen sind, vor allen andern Gegenständen der landschaftlichen Verhandlungen von dem Präsidenten in der nächsten Sitzung nochmals zur Kenntniß der Mitglieder derselben, und ohne daß über die Vorfrage gestimmt wird, in den folgenden Zusammenkünften nach und nach zur Berathschlagung gebracht.

§. 174. Wenn die Commission, welche mit der Begutach-

tung eines von dem Landesherrn mitgetheilten Entwurfes beauftragt ist, auf wesentliche Aenderungen in demselben antragen will, so soll sie jedenfalls vor dem Schlusse ihrer Arbeit mit dem landesherrlichen Commissar, welcher die Proposition übergeben hat, zusammentreten und die vorgeschlagenen Aenderungen mit demselben erörtern.

Ein gleiches Verfahren soll Statt finden, wenn von einem ständischen Mitgliede eine wesentliche Aenderung einer landesherrlichen Proposition in Antrag gebracht, zu deren Prüfung eine Commission niedergesetzt und von dieser der Beschluß gefaßt wird, für den Antrag zu berichten.

5. Anträge, welche von den Ständen ausgehen.

§. 175. Nicht allein der Präsident, sondern auch jedes Mitglied der Versammlung ist befugt, über Gegenstände, welche der Landesherrschaft zur Berücksichtigung zu empfehlen, Anträge zu machen; jedoch muß jeder gethane Antrag zuvörderst durch die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, als zur Berathung geeignet, erklärt, auch zugleich bestimmt werden, ob die Angelegenheit einer Commission zur vorgängigen Prüfung und Berichtserstattung zu übergeben sei, und, wenn solches geschehen, kann derjenige, von welchem der Antrag herrührt, einen Tag zur Deliberation und Abstimmung darüber vorschlagen, an welchem die Sache alsdann mit Genehmigung des Präsidenten verhandelt wird.

§. 176. Wer den Antrag zu einem an die Regierung zu gelangenden Beschlusse machen will, muß selbigen schriftlich abfassen und zur Einrückung in das Protocoll vorlegen, worauf er denselben vor der Berathschlagung darüber näher zu entwickeln und mit Gründen zu unterstützen hat.

§. 177. Es steht auch jedem anwesenden Landstande frei, über geschehene Anträge Veränderungen vorzuschlagen, über welche eben so, wie über die Anträge selbst, gestimmt wird.

6. Verfahren bei den Berathungen und Bestimmungen.

§. 178. Bei den Berathschlagungen kann jedes anwesende Mitglied der Stände seine Meinung vortragen und entwickeln, darf jedoch in derselben Sitzung nur einmal über die zur Entscheidung stehende Frage reden, es sei denn, daß eine unrichtig verstandene Aeußerung desselben einer kurzen Erläuterung bedürfte.

Auch dürfen diese Vorträge bloß mündlich gehalten werden, und nur die landesherrlichen Commissarien und die Namens der

ständischen Commissionen auftretenden Referenten die ihrigen in schriftliche Aufträge bringen und ablesen.

§. 179. Da die zu beobachtende gute Ordnung bei den Berathschlagungen es mit sich bringt, daß nicht allein alle unziemliche Aeußerungen und Persönlichkeiten, sondern auch unnütze Weitläufigkeiten und Abschweifungen vermieden werden, und daß Niemand im Reden unterbrochen werde, so liegt es dem Präsidenten ob, darauf genau zu halten; sollte sich gleichwohl Jemand durch die erhaltene Zurechtweisung beeinträchtigt finden, so kann er darüber die Entscheidung der Versammlung verlangen, bei welcher er sich alsdann aber beruhigen muß.

§. 180. Diejenigen, welche für oder wider einen gemachten Antrag zu reden wünschen, haben sich, indem sie von ihren Sitzen aufstehen, deshalb an den Präsidenten zu wenden, der ihnen in der Ordnung, wie er ihre Anrede vernommen, das Wort zu geben hat.

§. 181. Bei jedem zur Berathung gelangten Antrage muß erstere der Abstimmung vorangehen, und hängt es von der Versammlung ab, ob nach Beschaffenheit der Sache darüber sogleich oder in einer andern Sitzung gestimmt werden soll.

§. 182. Nach beendigter Berathung fordert der Präsident die gegenwärtigen Mitglieder nach der Reihe, wie sie zufällig sitzen, auf, ihre Stimme abzugeben.

Um aber die vorliegenden Anträge zur Entscheidung zu bringen, kleidet der Präsident die Gegenstände derselben in deutlich bestimmte Fragen ein, worüber mit Ja oder Nein laut gestimmt wird. Sollten über die aufgestellten Fragen Erinnerungen gemacht werden, so wird über die vorgeschlagenen Abänderungen gestimmt, und entscheidet die ganze Versammlung über die Abfassung der Fragen.

§. 183. Die abgegebenen Stimmen werden von dem Land-syndicus oder Secretair namentlich bemerkt, und der auf geschene Zählung nach ihrer Mehrheit gefaßte Beschluß wird hierauf der Versammlung sofort eröffnet.

§. 184. Ergiebt sich aus der vorgenommenen Sammlung der Stimmen eine Gleichheit derselben, so wird die Sache in einer folgenden Sitzung nochmals in Umfrage gebracht, und bleiben sich die Abstimmungen auch alsdann gleich, so wird diejenige Meinung, welcher der Präsident beigetreten ist, als der Beschluß der Ständerversammlung angesehen.

§. 185. Ist ein Beschluß gefaßt, so wird derselbe von Seiten der Landschaft mit einem von dem Präsidenten zu unterzeichnenden Berichte dem Landesfürsten überreicht, worauf die höchste Resolution darüber, vermittelst Rescripts, erteilt wird.

§. 186. Ein Gegenstand, über welchen bereits ein Beschluß gefaßt ist, kann während desselben Landtages nicht nochmals in Antrag und zur Berathung gebracht werden.

7. Schluß des Landtages.

§. 187. Vor dem von der Bestimmung des Landesherrn abhängenden Schlusse des Landtags werden die verschiedenen Gegenstände und Punkte, worüber Höchstderfelbe und die Stände im Gefolge der während desselben gepflogenen Unterhandlungen sich vereinigt haben, in einen Landtagsabschied oder Reces zusammengetragen, und ist solcher nicht nur von dem Landesherrn, und von Seiten der Stände von dem Präsidenten, und dem Land-Syndico zu unterzeichnen und zu besiegeln, sondern demnächst auch durch den Druck zur öffentlichen Kunde zu bringen, worauf die allgemeine Landesversammlung auf ähnliche Art und Weise, als bei der Eröffnung geschah, feierlich geschlossen wird.

Dritter Abschnitt.

Von den Verhandlungen des ständischen Ausschusses.

1. Wahl des Präsidenten.

§. 188. Der ständische Ausschuß wählt sich einen Präsidenten aus seiner Mitte, nach Stimmenmehrheit.

2. Geschäfte des Präsidenten.

§. 189. Der Präsident des Ausschusses bestimmt die Sitzungen, leitet den ganzen Geschäftsgang und ernennt insbesondere die Referenten.

3. Art der Geschäftsführung und Beschlußnahme.

§. 190. Der Ausschuß betreibt die Geschäfte collegialisch, faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit, ist aber zu einer Beschlußnahme nur befugt, wenn dessen sämtliche Mitglieder anwesend sind.

4. Art der einstweiligen Ersetzung fehlender Mitglieder.

§. 191. Wenn Mitglieder des Ausschusses auf längere Zeit abwesend oder sonst an den Geschäften Theil zu nehmen behindert sind, können die übrigen Mitglieder des Ausschusses durch Stimmenmehrheit einstweilen einen oder mehrere Abgeordnete erwählen, die in den Ausschuß eintreten. — Bei diesen Wahlen ist bei gleichen Stimmen die des Präsidenten entscheidend.

5. Vortrag der vorgenommenen Geschäfte bei der Ständeversammlung.

§. 192. Der Präsident des Ausschusses hat von den zwischen den Landtagen vorgekommenen Geschäften auf dem nächsten Landtage der Ständeversammlung ausführlichen Vortrag zu erstatten.

6. Beurlaubungen der Mitglieder des Ausschusses.

§. 193. Kein Mitglied des Ausschusses darf sich auf eine längere Zeit als 8 Tage von seinem Wohnsitz entfernen, ohne von dem Präsidenten Urlaub erhalten zu haben.

Titel IV.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 194. Der jedesmalige Landesherr kann nach dem Antritte Seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung von den Unterthanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen, als bis von Höchstdemselben die gegenwärtige Landschafts-Ordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechterhaltung der über die Primogenitur in dem Fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani schriftlich ausgestellt worden ist.

Im Fall der Minderjährigkeit des Landesfürsten erteilt der die Landesregierung führende Vormund diese Bestätigung und Versicherung für die Zeit seiner Verwaltung.

§. 195. Die früheren Landtagsabschiede, Reversalen und sonstige, mit den Ständen getroffene Verabredungen bleiben bestehen, insofern und insoweit sie nicht durch die gegenwärtige Landschafts-Ordnung aufgehoben sind.

§. 196. Wenn die Landesherrschaft und die Stände eine verschiedene Ansicht über die Auslegung einzelner Bestimmungen dieser Landschafts-Ordnung oder anderer Landesgrundgesetze haben sollten, so wird zuvörderst das Herzogliche Staatsministerium mit einer Deputation der Stände zusammentreten, um eine Ausgleichung zu versuchen.

Sollte aber dieser Versuch fruchtlos bleiben, so ist sowohl der Regierung als den Ständen unbenommen, die entstandene Differenz im Wege Rechts entscheiden zu lassen.

Diese Entscheidung soll in erster Instanz durch ein Com-

promiß-Gericht abgegeben werden, welches auf eben die Weise zusammengesetzt wird, wie der gemeinschaftliche Gerichtshof, welcher gebildet wird, wenn auf Bestrafung wegen einer Verletzung der Verfassung angetragen ist. In zweiter und letzter Instanz soll ein Obergericht eines der deutschen Bundes-Staaten entscheiden.

§. 197. Die Abgeordneten erhalten während des Landtags Diäten, und zwar die an dem Orte der Versammlung Wohnhaften 2 Rthlr., die Auswärtigen 4 Rthlr.

Während einer Vertagung werden nur den zu den ständischen Commissionen gewählten anwesenden Mitgliedern Tagegelber gezahlt.

Entwicklung der hauptsächlichsten Motive des Entwurfs der revidirten Landschafts-Ordnung.

Die Regierung Sr. Durchlaucht, stets getreu dem von ihr angenommenen Grundsatz: ein geregeltes Fortschreiten zum Bessern und eine vernünftige, zeitgemäße Entwicklung der öffentlichen Institutionen zu befördern, hat es vor Allem für ihre Pflicht gehalten, ihre Aufmerksamkeit auf das wichtigste Landesgrundgesetz, die Landschafts-Ordnung von 1820, zu richten. Wenn in der Gesetzgebung überhaupt jede Aenderung des Bestehenden nur nach der reifsten Prüfung und mit der besonnensten Vorsicht vorgenommen werden darf, so mußte die sorgfältigste Erwägung bei den in Vorschlag zu bringenden Abänderungen an einer Verfassung Statt haben, die erst vor einem Jahrzehend entstanden und das achtungswürdige Denkmal einer väterlichen Regierung ist. Dennoch durfte die Regierung eine Revision der Landschafts-Ordnung nicht verschieben, wenn sie nicht den allgemeinen Wünschen des Landes und der Stimme der Erfahrung ihr Ohr verschließen wollte, und sie konnte um so weniger Bedenken tragen, sich diesem Gesetze zu unterziehen, als die vormundtschaftliche Regierung selbst, gleich bei Auffassung der Landschafts-Ordnung, besonders in Beziehung auf die angenommene Repräsentation, die Ansicht hatte, daß dieses Werk keineswegs als abgeschlossen angesehen werden könne.

Die Resultate der vorgenommenen Revision enthält der anliegende Gesetzesvorschlag, bei welchen nicht nur unsere eignen,

sondern auch die Erfahrungen anderer deutscher Länder benutzt sind. Die revidirte Landschafts-Ordnung hat die wesentlichen Grundlagen der bisherigen Verfassung ganz oder doch ihrem Geiste nach beibehalten, und sie unterscheidet sich von der bestehenden hauptsächlich nur dadurch, daß die in dieser bereits festgestellten Grundsätze eine vollständigere und zeitgemähere Entwicklung und eine festere und klarere Bestimmung erhalten haben.

Die revidirte Landschafts-Ordnung enthält, wie die von 1820, vier Titel, welche sich mit denselben Gegenständen beschäftigen.

Der erste Titel

handelt von dem Wesen der Landstände, von der Zusammensetzung der Ständeversammlung und des ständischen Ausschusses, so wie von dem Wahlrechte und von den Wahlen der Abgeordneten.

Abschnitt 1.

Die Bestimmungen, welche der gegenwärtige Entwurf über die Vertretung des Landes enthält, beruhen auf demselben Principe, als die der Landschafts-Ordnung von 1820. Auch sie ist keine eigentlich ständische Verfassung, sie schreibt vielmehr ausdrücklich vor, daß die einzelnen Mitglieder alle Einwohner des Landes, ohne Rücksicht auf die Standes-Classe, der sie angehören, vertreten sollen, und die Bedingung der Landtagsfähigkeit ist ein gewisses staatsbürgerliches Interesse, keineswegs aber ein gewisser Stand. Es sind nämlich die Prälaten weder die Vertreter des geistlichen Standes, noch des geistlichen Grundeigenthums, sondern man wollte wissenschaftlich gebildete und geschäftskundige Männer in der Landtagsversammlung haben, die Rath und Belehrung bei den Gegenständen ertheilen könnten, welche die Religion, die Jugendbildung, die Rechtsgesetzgebung, die Staatsverwaltung betreffen. Die Rittergutsbesitzer sind nicht die Vertreter eines Standes, sondern des größern Grundeigenthums, da jeder ohne Unterschied der Geburt ein Rittergut erwerben kann. Die Abgeordneten der Städte vertreten die Interessen des Handels und der Gewerbe, die Freisassen die kleineren Grundeigenthümer.

Eine solche Vertretung der verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen ist die einzige für den gegenwärtigen Zustand passende, und diese Grundlage unserer Repräsentation durfte daher nicht aufgegeben werden.

Dagegen erschien die Art und Weise, wie diese verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen vertreten sind, allerdings einer Verbesserung bedürftig.

Vor Allem entstand die Frage:

ob die bestehende Trennung in zwei Sectionen beibehalten werden könne?

Die Regierung hat nach reiflicher Erwägung geglaubt, diese Frage mit: Nein, beantworten zu müssen. Die Gründe für diese Antwort sind folgende:

Das Zwei-Cammersystem in seiner Reinheit, so daß jede Cammer eine für sich bestehende getrennte Staatsgewalt bildet, ist für das hiesige Land weder historisch begründet, noch ist es in wirkliche Ausübung gekommen. Vor der Landschafts-Ordnung von 1820 bestanden drei Curien, die aber nur ein Ganzes ausmachten. Die Landschafts-Ordnung von 1820 bestimmt auch ausdrücklich,

daß die gesammte Landschaft ein ungetrenntes Ganzes bilde. Dieses Ganze sollte zwar in zwei Abtheilungen zerfallen, welche aber, um noch näher zu bezeichnen, daß sie Theile dieses Ganzen seien, nicht Cammern, sondern Sectionen genannt wurden. Die landesherrlichen Propositionen ergehen auch nicht an die Eine oder Andere dieser Sectionen, sondern an die gesammte Landschaft, und es wurde auf ausdrücklichen Antrag der Stände die Bestimmung in die Landschafts-Ordnung aufgenommen, daß sich die beiden Sectionen zu gemeinschaftlichen Berathungen vereinigen könnten. Von diesem Mittel ist nun fast immer Gebrauch gemacht, da die Erfahrung bald lehrte, daß, wenn beide Sectionen über dieselbe Proposition abgesondert zugleich Beschlüsse faßten, nie eine Uebereinstimmung zu erreichen sei.

Dieser Mittelzustand zwischen dem Ein- und Zwei-Cammer-Systeme hatte zwar manche Nachtheile des letzteren, bot aber keine seiner Vortheile dar, besonders nicht den sehr wesentlichen, daß der Beschluß einer Cammer stets noch der abgesonderten und nicht gleichzeitigen Berathung der andern unterworfen wird. Es handelt sich daher nicht sowohl davon, ob man das Zwei-Cammersystem beibehalten, sondern vielmehr davon, ob man dasselbe in seiner eigentlichen Bedeutung aufstellen oder ganz zu dem Ein-Cammersystem übergehen solle? — Die Wissenschaft, die bisherige Erfahrung, die Wünsche und Ansichten des Landes, selbst eines großen Theils der Ritterschaft, sprachen für die Vereinigung aller Stände in einer Versammlung; denn die Mitglieder der ersten Section sind weder durch ihren Stand, noch durch die Qualität und Größe ihres Grundbesitzes, von den übrigen Vertretern des Landes so verschieden, daß sie als eine für sich bestehende Corporation über, oder selbstständig neben dieselben, hätten gestellt werden können; das Zwei-Cammersystem hatte in keiner unserer Institutionen einen historischen Anhaltspunkt gefunden,

und eine Einrichtung, die für größere Reiche unentbehrlich und wenn sie auf die Erbllichkeit der Pairswürde gegründet ist, die sicherste Stütze des monarchischen Princips und der Stabilität der politischen Institutionen ist, paßte nicht auf ein Land von dem Umfange des Herzogthums und auf die geschilderten Verhältnisse.

Diese Wahrheiten wurden durch die Art, wie die hierher gehörigen Bestimmungen der Landschafts-Ordnung von 1820 bisher in Ausübung gebracht sind, bestätigt. Wenn daher die Regierung der löblichen Landschaft die Vereinigung aller Ständemitglieder in einer Cammer vorschlägt, wird sie zugleich durch die sicheren Lehren der Erfahrung geleitet, und sie bietet den Mitgliedern der Ritterschaft eine neue Gelegenheit dar, den größten Beweis von der vorurtheilsfreien Einsicht und der uneigennützigen Vaterlandsliebe zu geben, von welcher die Jahrbücher unserer Landtage so mannichfache Beispiele enthalten.

Die Vortheile, die aus einer Vereinigung in einer Versammlung hervorgehen werden, sind groß und unverkennbar. Ein einfacherer und rascherer Geschäftsgang, vielseitigere auf denselben Zweck gerichtete und also fruchtbarere Berathungen werden nicht allein die Folge dieser Vereinigung sein, sondern, was vielleicht noch wichtiger ist, sie wird, indem sie die Scheidewand, die jetzt, obwohl nur scheinbar, zwischen den verschiedenen Ständen errichtet war, aufhebt, nicht nur unter diesen in der Ständeversammlung selbst größeres Vertrauen und größere Einigkeit erwecken, sondern dieses Vertrauen und diese Einigkeit wird sich über das ganze Land verbreiten, und denen, welche aus bösem Willen, aus Unverstand oder um dem Geschrei des Tages zu hulldigen, durch Klagen über Bevorrechtung des Adels und aristokratische Einrichtungen, das Vertrauen zu der Regierung und zu den Ständen zu schwächen suchten, wird der letzte Vorwand für ihre Insinuationen entzogen sein.

Abschnitt 2.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Die nothwendige Folge der Annahme einer Cammer mußte die Verringerung der bisherigen Zahl der Mitglieder der Stände sein. Möglicherweise konnte die erste Section 84 und die zweite 44 Mitglieder nach der Landschafts-Ordnung von 1820 zählen. 128 Abgeordnete sind aber für eine Bevölkerung von nicht ganz 246000 Menschen an sich schon eine sehr große Zahl, und wenn eine Gleichheit in der Repräsentation der verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen Statt finden sollte, die jedenfalls erforderlich

war, mußte namentlich die Zahl der Mitglieder der ersten Section bedeutend verringert werden.

Es ist daher vorgeschlagen, die Zahl der Abgeordneten auf 45 zu bestimmen, eine Zahl, die groß genug ist, um der Versammlung das erforderliche Ansehn zu geben und sie vor Einseitigkeit zu bewahren, und andererseits nicht zu groß zu dem Verhältnisse des Landes und der Bevölkerung.

Das Verhältniß der Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Stände zu einander muß unter einem doppelten Gesichtspunkte betrachtet werden.

Einmal stehen die Interessen der großen Grundeigenthümer, der Städte, und der kleineren Grundbesitzer neben einander. Die Zahl ihrer Abgeordneten mußte daher ganz gleich sein, dieses ist eine consequente Folge des angenommenen Princip. Damit diese Gleichheit nicht gestört werde, sind die Prälaten, die keines dieser Interessen selbstständig vertreten, unter die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Bauern gleichmäßig vertheilt. Die Zahl der Vertreter des Grundeigenthums ist hienach zwar doppelt so groß als die der Abgeordneten der Städte, und es wäre allerdings denkbar, daß in Fällen, wo eine Collision der Städte und des platten Landes Statt fände, die Grundbesitzer gemeinschaftliche Sache gegen die Städte zu deren Nachtheile machten. Allein so richtig diese Ansicht ist, so kann sie doch das angenommene Princip nicht umstoßen. Es würde eine offenbare Ungerechtigkeit sein, wenn man in einem Lande, das wesentlich ein Ackerbau treibendes ist, und wo die Bevölkerung der Städte nicht einmal ein Drittel der ganzen Population ausmacht, den Städten eine gleiche Zahl von Repräsentanten wie den Grundeigenthümern hätte geben wollen. Ueberdies sprach für das angenommene Verhältniß das bisher bestehende. Ueberhaupt liegt klar am Tage, daß die Gleichstellung der Zahl der Repräsentanten der städtischen und ländlichen Interessen immer nur ein sehr unvollkommenes Mittel bleiben wird, diese Interessen, wo sie in Collision kommen, gegen einander zu wahren. Denn Alles hängt hier am Ende von dem Zufalle ab, ob gerade bei der Beschlußnahme sämtliche Abgeordnete anwesend sind. — Da indeß, wie bereits bemerkt ist, sich nicht läugnen läßt, daß nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern ebenfalls zwischen den großen und kleineren Grundeigenthümern, bei dem Grade der Ausbildung, auf welchem sich unsere politischen Institutionen gegenwärtig befinden, die verschiedenen Interessen sich widerstreiten können, so war es nothwendig, ein Auskunftsmittel zu finden, die eigenthümlichen Rechte und Interessen jeder Classe zu schützen. Dieses Mittel kann aber nicht in einer gleichen Zahl von Abgeordneten liegen, sondern nur

in der Art der Abstimmung. Die nähere Entwicklung der hieher gehörigen Vorschläge wird weiter unten gegeben werden.

Ein zweiter Gesichtspunkt bietet sich dar, wenn man die Zahl der Abgeordneten, welche Grundbesitzer oder Handel- und Gewerbetreibende sein müssen, mit der Zahl derjenigen vergleicht, welche diese Eigenschaft nicht zu haben brauchen. So nothwendig es ist, daß Ackerbau, Handel und Gewerbe, diese Grundpfeiler des Staats, hauptsächlich vertreten werden, eben so nothwendig sind in einer Ständerversammlung Männer von Gelehrsamkeit, wissenschaftlicher Bildung und Geschäftserfahrung. Dieses war der Zweck der Wiederherstellung der Prälaten, und hierin liegt der Grund ihrer Beibehaltung. Deren beibehaltene Zahl würde aber für die Versammlung zu klein sein, auch schien es weder billig noch angemessen, allein der Regierung und nicht auch dem Lande das Recht zu geben, wissenschaftlich Gebildete, ohne Rücksicht auf die Ständes-Classe, auf den Landtag zu senden. Dieses Recht soll daher in dem Maaße zugestanden werden, daß jeder Stand drei Abgeordnete dieser Art wählen kann, so daß diese zusammen mit den 6 Prälaten die Zahl von 15, also ein Drittel der ganzen Versammlung bilden, und auch in jedem einzelnen Stande wiederum den dritten Theil ausmachen. Auf diese Weise können sie zwar nie die Majorität bilden, aber sie sind zahlreich genug, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.

Was nun die Art und Weise betrifft, wie diese Abgeordneten des Landes ihren Auftrag erhalten, so sollen sie alle denselben der freien Wahl ihrer Constituenten verdanken. Ein Grundsatz, der jetzt nur bei den gewählten Deputirten der Städte und Freisassen gilt, soll künftig auf alle angewendet werden. Die Verallgemeinerung dieses Grundsatzes war eben so sehr durch die Verminderung der Zahl der Mitglieder der Ständerversammlung, als durch die Natur der Sache geboten. Die Abgeordneten können ihrem wichtigen Berufe nur entsprechen, ihre Wirksamkeit kann nur dann unter allen Umständen wahrhaft wohlthätig sein, wenn sie das allgemeine Vertrauen des Landes genießen. Dieses läßt sich aber nur durch von Zeit zu Zeit erneuerte Wahlen sichern.

Der gegenwärtige Vorschlag kennt daher weder erbliche Abgeordnete, noch Abgeordnete von Amts wegen und auf Lebenszeit. Alle werden nur auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

B. Specielle Bestimmungen für die einzelnen Ständes- Classen.

Bei den speciellen Bestimmungen für die einzelnen Ständes-
Classen werden folgende wenige Bemerkungen genügen.

Die Regierung ernennt die Prälaten und wählt diejenigen unter ihnen, welche auf dem Landtage erscheinen sollen. Sie hat hier für sich denselben Grundsatz der Gerechtigkeit in Anspruch genommen, den sie bei allen übrigen Standes-Classen beobachtet hat, nämlich den:

Niemandem, der bisher das Recht hatte, Abgeordnete auf den Landtag zu senden, oder bei der Wahl der Abgeordneten zu stimmen, dieses Recht ganz zu entziehen.

Uebrigens hat es zweckmäßig geschienen, gerade bei den Interessen, welche durch die Prälaten vertreten werden sollen, der Regierung einen Einfluß einzuräumen. Dieser Einfluß kann bei der geringern Zahl der Prälaten nie entscheidend sein, und wenn vielleicht frühere Ereignisse die Besorgniß erweckt haben, daß die Regierung einen nicht geeigneten Gebrauch von dem Rechte, die Prälaturen zu vergeben, machen könnte, so ist andrerseits nicht zu verkennen, daß gerade bei einem Mißbrauche dieses Rechts, die Absicht, sich Einfluß zu verschaffen, am gewissten verfehlt wird. — Die gegenwärtige Regierung glaubt wenigstens in den Fällen, wo sie in die Lage gekommen ist Prälaturen zu vergeben, den Beweis geliefert zu haben, daß es ihr nur darum zu thun war, unabhängige Männer von Talent, Gelehrsamkeit und Geschäftserfahrung, welche die allgemeine Achtung eben so sehr verdienen, als sie dieselbe genießen, in die Ständerversammlung zu bringen.

Bei den Abgeordneten der Ritterschaft ist der Zweifel entstanden: ob es nicht gerathener sei, sie von der Ritterschaft in corpore, und nicht nach gewissen Wahlkreisen, wählen zu lassen? — Es hat aber vorzüglicher geschienen, auch hier gewisse Wahlkreise anzunehmen, weil es bei der Verschiedenheit der verschiedenen Landestheile stets wünschenswerth sein wird, aus allen, mit den Localitäten genau bekannte Männer zu haben, und weil, wenn dieses nicht der Fall ist, leicht ein District sich vernachlässigt glaubt. Diese Wahlbezirke selbst sind übrigens nach der bestehenden Eintheilung des Landes gebildet, und die Zahl der Abgeordneten jedes Bezirkes richtet sich nach dem ungefähren Verhältnisse der Zahl der Güter, wobei indeß eine völlige numerische Gleichheit zu beobachten nicht thunlich war. Es ist jedoch nothwendig gewesen, die wenigen Rittergüter des Blankenburgischen Districts, weil diese für sich eine zu kleine Zahl bildeten, mit denen des Wolfenbüttelschen Districts zusammen zu legen. Der Grund, daß man sie gerade diesem Districte beigelegt hat, ist hauptsächlich darin zu suchen, daß sie hier, wo eine größere Zahl von Abgeordneten gewählt wird, eher die Hoffnung haben, gewählt zu werden,

und weil die Communication mit diesem Landestheile für sie die leichteste ist.

Bei der Formirung der Wahlbezirke der Städte ist man auch der bestehenden Eintheilung des Landes in Districte gefolgt. Die Zahl der Abgeordneten wird durch die Zahl der Häuser und der Bevölkerung bestimmt, so daß im Durchschnitt auf 5000 Seelen und 500 bis 600 Häuser ein Abgeordneter fällt, wobei die geographische Lage der Städte ganz genaue Bestimmungen unmöglich machte, die aber auch nicht nothwendig sind. Die Flecken sind den ländlichen Wahlkreisen beigelegt. Es wird indeß zur Erwägung löblicher Landschaft verstellt: ob es nicht angemessen sei, einige derselben, z. B. Eschershausen und Borsfelde, den betreffenden städtischen Wahlkreisen beizugesellen?

Bei den Wahlkreisen für die Freisassen und Bauern ist die Eintheilung in Kreisämter beibehalten, jedoch dergestalt, daß mehrere Ämter vereinigt sind, mit Ausnahme des zu entlegenen Amtes Thedinghausen. Die Zahl der Abgeordneten dieser Wahlkreise ist nicht sowohl nach der Bevölkerung, als, worauf hier mehr ankam, nach der Zahl der Hofstellen und der Gemeinden getrossen. Ganz gleiche numerische Verhältnisse waren indeß auch hier unerreichbar. Der Grund, weshalb die sechs ersten Wahlkreise so gebildet sind, daß für jeden zwei Abgeordnete gewählt werden, liegt hauptsächlich darin, daß auf diese Weise die Zahl der Wählbaren vergrößert wird, und diese Einrichtung den Wechsel der Wahl der nicht eigenthümlichen Abgeordneten dieses Standes erleichtert und beschleunigt. Thedinghausen hat zwar nie das Recht, einen nicht zum Freisassen oder Bauernstande gehörenden Deputirten zu wählen. Allein dagegen würde, seine isolirte Lage abgerechnet, die Zahl seiner Höfe und Gemeinden dasselbe nicht berechtigt haben, einen eignen Abgeordneten zu wählen, und daneben sind in dem Amte verhältnißmäßig viele große Freisassengüter, deren Besitzer den höheren Ständen angehören.

Abchnitt 3.

Zusammensetzung des ständischen Ausschusses.

Die Natur der Geschäfte des landständischen Ausschusses macht es wünschenswerth, daß derselbe nicht zu zahlreich sei, deshalb hat es denn auch nicht zweckmäßig geschienen, zwei verschiedene Ausschüsse, den engeren und größeren, beizubehalten, eine Einrichtung, die zwar in die Landschafts-Ordnung von 1820 übergegangen, aber noch aus einer Zeit her stammt, wo oft in 30 Jahren kein Landtag gehalten wurde. Auch folgt der Entwurf hier zugleich dem Beispiele der meisten neueren Verfassungen.

Eine nothwendige Folge des angenommenen Grundsatzes, daß es weder erbliche noch lebenslängliche Abgeordnete giebt, ist die Bestimmung, daß nach jeder allgemeinen Wahl der Abgeordneten auch das Recht des Ausschusses erlischt und ein neuer Ausschuss gewählt wird. Dieses führt denn auch dahin, daß die Mitglieder des Ausschusses als solche zugleich Räte in dem Landessteuer-Collegium nicht sind, obgleich die Erwählung dieser Räte der Landschaft überlassen bleibt, was hier nur anzudeuten und weiter unten näher zu entwickeln ist.

Abschnitt 4.

Von der Wahlberechtigung.

Die über die persönlichen Erfordernisse der Wähler, Wahlberechtigten und Wahlmänner gemachten Vorschläge stimmen zwar im Allgemeinen mit den bestehenden Gesetzen überein. Nur sind sie insofern strenger, daß die Begehung gewisser, eine moralische Schändlichkeit enthaltender Verbrechen, ohne Berücksichtigung der Größe der Strafe, von dem Wahlrechte ausschließt, und daß die Größe des Strafübels, welche unfähig macht, das Wahlrecht auszuüben, bedeutend verringert ist, was aber bei der Milde der Praxis unserer Gerichte nothwendig schien. — Nicht nur zweckmäßig, sondern selbst gerecht, ist die neue Bestimmung, daß, wer mit Zahlung der Steuern im Rückstande ist, von den Wahlen ausgeschlossen bleibt; denn wer ein solches staatsbürgerliches Recht in Anspruch nimmt, muß vor Allem seine Verpflichtungen gegen den Staat erfüllt haben.

Die nun folgenden speciellen Bestimmungen sind, soviel sie die Prälaten und die Ritterschaft betreffen, nur Folge der angenommenen Grundsätze und Wiederholungen des Bestehenden. Dagegen darf die Regierung hoffen, daß die folgenden Vorschläge über die Vertretung der Städte und des Bauernstandes als eine dringend nothwendige und bedeutende Verbesserung der bisherigen Verfassung überall werden anerkannt werden.

In den Städten lag bis jetzt die Wahl der Magistratspersonen großen Theils, die der Landtags-Abgeordneten aber ganz in den Händen der Stadtdeputirten. Deren Zahl beträgt in Braunschweig 24, in Wolfenbüttel 16, in den übrigen Städten 6 bis 8. Das Amt der Stadtdeputirten ist zwar nicht lebenslänglich und es treten in Braunschweig und Wolfenbüttel jährlich zwei, in den übrigen Städten jährlich einer aus. Allein da die übrigen Stadtdeputirten die einzigen Wähler bei der Ergänzung dieser Stellen sind, und die Austretenden wieder gewählt werden können, so war es eine fast unvermeidliche Folge dieser

Einrichtung, daß die Austretenden stets wieder gewählt wurden und so der ursprünglichen Absicht zuwider sich ein stehendes Collegium bildete, das schon um deswillen nicht das erforderliche Vertrauen erweckte und weil auf diese Weise alle städtischen Angelegenheiten in die Hände einer sehr kleinen Anzahl von Personen gegeben waren, große Unzufriedenheit, und wie sich nicht läugnen läßt, an vielen Orten auch große Angelegenheiten zu Wege brachte.

Dieser Zustand konnte nicht länger fortbestehen. Die ganze Bürgerschaft, alle Gewerbe- und Handeltreibenden von einiger Bedeutung mußten mittelbar oder unmittelbar bei der Wahl der städtischen Abgeordneten mitwirken. Dieses führte die Nothwendigkeit doppelter Wahlen herbei.

Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß die Wahlen der städtischen Abgeordneten von denen ausgehen, welche ein eigentlich städtisches Interesse haben. Wähler ist daher jeder Bürger, jeder Hausbesitzer, jeder Handel- und Gewerbetreibende, der in Braunschweig 500, in den übrigen Städten 300 Rthlr. jährliches Einkommen hat, auch wenn er weder Bürger noch Hausbesitzer ist.

Um Wahlmann sein zu können, ist dagegen neben dem Bürgerrecht und dem Hausbesitze ein gewisses jährliches Einkommen erforderlich, welches bei den nicht ansässigen und mit dem Bürgerrechte nicht versehenen Gewerbetreibenden verhältnißmäßig gesteigert ist. Dieser Grundsatz an sich bedarf kaum einer Rechtfertigung. Denn da es in jeder Beziehung unzweckmäßig sein würde, alle Wähler bei der Abgeordneten-Wahl zuzuziehen, so war es billig, die Wahlmänner aus der Classe derer nehmen zu lassen, welche am meisten zur Erhaltung des Gemeinwesens beitragen, und es war zugleich nothwendig, dieses zu thun, weil von denen, welche am meisten bei der Erhaltung der Wohlfahrt des Ganzen interessiert sind, erwartet werden kann, daß sie das allgemeine Wohl am sorgfältigsten und besten berathen werden.

Bei den hier vorgeschlagenen Summen selbst kann nur die Frage entstehen, ob die Zahl der Wählbaren auf diese Weise nicht zu sehr beschränkt werde? Dieses ist aber nach den in den meisten Städten bereits aufgenommenen Abschätzungen des Einkommens nicht der Fall. Um nur einige Beispiele anzuführen, in Braunschweig sind nach einem Durchschnitte 1100 Personen, welche ein Einkommen von 500 Rthlr. und darüber haben. Mit einem Einkommen über 300 Rthlr. sind in Seesen 150, in Blankenburg 120 Personen, und Seesen stellt 9, Blankenburg 16 Wahlmänner.

Da indeß die Wohlhabenheit in den kleineren Landstädten nicht gleich und überdies dem Wechsel unterworfen ist, so möchte

es vielleicht rathsam sein, durch einen Zusatz zu bestimmen: daß falls in einer Stadt nicht wenigstens die Zahl der als Wahlmänner Wählbaren die Zahl der zu ernennenden Wahlmänner um das Fünffache übersteigt, auch die in der Communalsteuer-Abschätzung nächstfolgenden Classen wählbar sein sollen,

und wird die nähere Erwägung dieses Zusages der löbl. Landschaft anheim gegeben.

Es verträgt sich nicht mit den angenommenen Grundsätzen, die Bürgermeister ferner kraft ihres Amtes auf dem Landtage erscheinen zu lassen; auch ließ sich diese Einrichtung bei den städtischen Wahlkreisen, die aus mehreren Städten gebildet werden, schon um deswillen nicht beibehalten. Dagegen sind sie eben so, wie die dreimal gewählten Stadtdeputirten und die Prälaten der zweiten Section, nicht nur Wahlberechtigte, sondern auch wählbar als Abgeordnete.

Nach der bisherigen Verfassung können nur die Freisassen für den Stand der Bauern auf dem Landtage erscheinen, und freisässig ist jedes nicht ritterschaftliche Gut, welches seinen Hauptpertinenzien nach weder meier- noch dienstpflichtig ist. Die Zahl dieser Freisassengüter ist aber sehr gering. In mehreren Aemtern finden sich dergleichen Güter gar nicht, in andern so wenig, daß z. B. fünf Aemter nur 8 Freisassen haben konnten, unter denen sich nicht einmal so viele Wählbare fanden, als zu wählen waren. Ferner, diese Freisassengüter selbst stehen großen Theils weder an Umfange, noch an Ertrage über dem anderer Bauergüter. Im Gegentheile giebt es viele meier- und dienstpflichtige Bauergüter, die jenen weit vorzuziehen sind. Auch in rechtlicher Hinsicht läßt sich nach dem gegenwärtigen Rechtszustande zwischen den Freisassen- und Bauergütern kaum noch ein erheblicher Unterschied auffinden. Denn die Meier haben eben so, wie die Erbenzinsleute, ein erbliches Recht, und die gutherrlichen Abgaben dieser sind in manchen Gegenden und bei manchen Gütern des Landes drückender, als die Meierzinsen. Der Dienst aber hat längst ein bestimmtes Maaß erhalten und ist mehr eine reelle als eine persönliche Last, wozu noch kommt, daß es sehr wenige Ritter- und Freisassengüter hier im Lande geben wird, bei welchen nicht einzelne meier- oder dienstpflichtige Zubehörungen sich befänden.

Unter diesen Umständen konnte es nicht bedenklich scheinen, den Bauernstand gleich jetzt in seinem ganzen Umfange vertreten zu lassen, besonders da zugleich in dieser Landschafts-Ordnung der Vorschlag gemacht wird:

alle bäuerlichen Lasten für ablösbar zu erklären, und nur noch die Art: wie diese Ablösung geschehen solle? zu

reguliren bleibt. Gerade hierin liegt aber ein neuer und sehr triftiger Grund, den Bauernstand schon jetzt zu den Berathungen zuzuziehen, denn es möchte nicht nur gerecht, sondern auch von überwiegendem Nutzen sein, die Betheiligten selbst bei dieser für sie so wichtigen Angelegenheit zu hören.

Daher soll jeder Hofbesitzer Wähler sein, es soll jede Dorf-Gemeinde einen, die Flecken nach ihrer Größe mehrere Wahlmänner stellen. Der Grund, daß jede Dorf-Gemeinde, obgleich deren Größe allerdings verschieden ist, einen Wahlmann stellt, ist darin zu suchen, daß auf diese Weise theils das Wahlgeschäft erleichtert, theils der bedeutende Vortheil erreicht wird, daß jede Gemeinde, die doch ein für sich bestehendes Ganzes bildet, unmittelbar an der Wahl der Abgeordneten Theil nimmt, und keine, als davon ausgeschlossen, sich zurückgesetzt glauben kann. Hätte man dagegen den kleineren Gemeinden die Ernennung eines Wahlmannes und den größeren nach Verhältniß die Ernennung mehrerer zugestehen wollen, so würden die ländlichen Wahlcollegien zu zahlreich und um deswillen ihrem Zwecke nicht entsprechend geworden sein. Es hat nicht zweckmäßig geschienen, das Recht, ländlicher Wahlmann zu sein, an die Größe des Grundbesitzes oder an eine Steuerquote zu knüpfen, sondern der Hofbesitz und das Domicil in der Gemeinde sind für ausreichend gehalten. Es würde schwierig sein, diesen beiden Erfordernissen einen Zusatz zu geben, der bei der Kleinheit der Dorf-Gemeinden die Wahl nicht zu sehr beengte oder große Schwierigkeiten in der Ausführung darböte. Der Hofbesitz selbst aber gewährt schon eine hinlängliche Garantie, und überhaupt lassen sich diese Verhältnisse denen in den Städten nicht vollkommen gleichstellen.

Abschnitt 5.

V o n d e r W ä h l b a r k e i t.

Die allgemeinen Bestimmungen dieses Abschnittes, so wie die bei den Abgeordneten der Prälaten und der Ritterschaft bedürfen keiner Erläuterung. Namentlich war bei den Besitzern der Rittergüter das Hinzufügen einer gewissen Steuerquote nicht erforderlich, da sie zu den Höchstbesteuerten nach den bei den kleineren Grundbesitzern angenommenen Bestimmungen in allen Wahlkreisen gehören.

In den Städten ist es dagegen eine consequente Folge des angenommenen Principes, daß ein höheres Einkommen erfordert wird, um Abgeordneter sein zu können, als bei den Wahlmännern, und es ist aus der bestehenden Verfassung beibehalten, daß Unfähigkeit zugleich Bedingung der Wählbarkeit ist. Die ange-

nommene Einkommenssumme ist nach dem gegenwärtigen Zustande auch nicht zu hoch, denn es sind z. B. in Braunschweig 490 Personen, welche 800 Rthlr. und darüber an jährlichem Einkommen haben, und in Blankenburg finden sich ungefähr 50, in Seesen nahe an 50 Personen mit einem jährlichen Einkommen von 500 Rthlr. und darüber. Löbliche Landschaft wird indeß erwägen: ob es angemessen sei, auch hier einen erweiternden Zusatz, wie er oben hinsichtlich der städtischen Wahlmänner zur Erwägung empfohlen ist, zu machen. — Uebrigens ist es die Absicht, in der demnächst löblicher Landschaft vorzulegenden Städte-Ordnung den Vorschlag zu machen, daß die Stadtdeputirten auf gleiche Weise wie die Landtagsabgeordneten gewählt werden sollen, jedoch dergestalt, daß nur zwei Drittheile der Stadtdeputirten Handels- oder Gewerbtreibende und Ansfässige zu sein brauchen.

Bei den Freisassen und Bauern konnte es zweifelhaft sein: ob neben dem Hofbesitze überhaupt auf eine Steuerquote gesehen werden solle? — Indesß waren die Gründe überwiegend, welche diese anzunehmen riethen. Das wichtige Recht, Abgeordneter sein zu können, mußte vor Allem denen, welche am meisten zu den Staatslasten beitragen und in der Regel auch die Gebildeteren sind, übertragen werden. Die getroffene Bestimmung ist aber zugleich von der Art, daß eine sehr große Zahl wählbar bleibt; denn wenn z. B. der Höchstbesteuerte des Bezirks jährlich 100 Rthlr. zahlt, so sind alle wählbar, welche 71 Rthlr. und darüber zahlen, und wenn man bedenkt, daß nach dem bestehenden Contributionssysteme zwar sehr selten ganz gleiche Steuersätze, aber desto häufiger sich sehr nahe kommende finden, so leuchtet es ein, daß die Zahl der Höchstbesteuerten nach dem Vorschlage sehr bedeutend sein muß.

Es fragt sich: ob es angemessen sei, bei den wissenschaftlich Gebildeten, welche wählbar sind, auch die Bedingung einer Steuerquote oder eines gewissen Einkommens anzunehmen? — Die Gründe für die Bejahung dieser Frage sind indeß überwiegend. Einmal enthält es nur ein folgerichtiges Verfahren, daß bei dieser Art der Abgeordneten gleiche Grundsätze wie bei den übrigen angewendet werden, und zweitens hat gerade bei diesen eine Gewähr dafür, daß sie durch ein gewisses materielles Interesse an den Staat geknüpft sind, besonders nothwendig geschienen. Die angenommenen Summen und Steuer-Classen sind übrigens von der Art, daß sie der Wahl hinlänglichen Spielraum lassen; denn es befinden sich allein in den ersten fünf Classen der Personalsteuer nahe an 900 Personen, und zu diesen kommen noch alle die in unteren Classen stehenden, welche ein Einkommen von 1000 Rthlr. haben, deren Zahl nicht unbedeutend ist.

Abschnitt 6.

V o n d e n W a h l e n .

Die Vorschriften des sechsten, von den Wahlen handelnden Abschnittes sind zwar nicht minder wichtig als die vorhergehenden, ihre Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit ist aber nach der Natur ihres Gegenstandes leichter erkennbar, und so wird es genügen, nur den Geist zu bezeichnen, der bei Abfassung dieser Vorschläge geleitet hat.

Es sollte einerseits dafür gesorgt werden, daß keinem Berechtigten das wichtige Wahlrecht verweigert oder entzogen werden und daß sich jeder überzeugen könne, daß nur die Berechtigten zugezogen seien. Ferner, die Ausübung dieses Rechtes sollte möglichst frei von allen ungehörigen Einflüssen erhalten und Niemand in derselben gestört werden. Jedem, der Beschwerden zu haben glaubte, mußte der Weg zu deren Erledigung offen stehn, und alle Beschwerden dieser Art mußten an die Ständeversammlung gelangen können, damit man um so gewisser sei, daß die gesetzlichen Vorschriften beachtet seien.

Zugleich mußte aber die Anordnung und Leitung der Wahlen den Händen der Regierung anvertraut bleiben, damit die Versammlung der Wählenden ihren gesetzlichen Beruf, und nur diesen, erfülle.

Diese beiden wichtigen Zwecke mußten aber durch die einfachsten Mittel erreicht werden. Die Vollständigkeit dieses Abschnittes soll hauptsächlich dazu dienen, Mißdeutungen und Streitigkeiten vorzubauen, die gerade in Materien dieser Art leicht die unangenehmsten Folgen haben können, und der Regierung wird es sehr angenehm sein, wenn löbl. Landschaft finden sollte, daß es gelungen sei, das Ziel, was man sich hier vorgesteckt hatte, zu erreichen.

D e r T i t e l I I .

handelt von den Rechten und Pflichten der Landschaft. Seine beiden ersten §§. wiederholen nur die Vorschriften der Landschafts-Ordnung von 1820.

Bei den folgenden, die einzelnen Rechte und Pflichten der Stände betreffenden Bestimmungen war es ganz besonders nothwendig, die gegenseitigen Rechte der Regierung und der Stände fest zu begränzen und mit möglichster Klarheit festzustellen, da Unbestimmtheit und Dunkelheit in gesetzlichen Vorschriften und Verhältnissen dieser Art stets gefahrbringend ist.

Zugleich aber wird dieser Abschnitt einen sprechenden Beweis

davon liefern, daß es der entschiedene Wille und das ernste Bestreben der Regierung ist, eine feste Ordnung in dem Staatshaushalte zu begründen, dessen Mittel zu sichern und auch auf diese Weise, wo möglich, die Lasten des Landes zu erleichtern; ferner, daß sie bemühet ist, die Wohlfahrt des Landes selbst mit nicht unbedeutenden eigenen Opfern zu befördern, und den verfassungsmäßigen Rechten der Einzelnen und des Landes solche Gewährleistungen zu verschaffen, welche geeignet sind, den erforderlichen Schutz zu verleihen.

1. Bei dem Finanzwesen

soll den Vorschlägen zufolge das ständische Steuerbewilligungsrecht eine bedeutende Erweiterung erhalten. Dieses Bewilligungsrecht soll sich künftig auch auf allgemeine Abgaben, welche bei Ausführung polizeilicher Einrichtungen oder bei der Leitung des Handels auferlegt werden, namentlich auf Zölle, Weggelder und Packhaus-Entrichtungen, so wie auf die Gerichtssporteln erstrecken.

Dieser wichtige Zusatz zu den Gerechtsamen der Stände ist indeß bedingt durch die vorgeschlagene gänzliche Trennung des Fürstl. und Domanial-Haushalts von dem eigentlichen Staatshaushalte. Es würden nämlich alsdann die Einkünfte und Abgaben dieser Art nicht mehr in die Cammer-, sondern in die Landessteuer-Casse fließen.

Eine gänzliche Trennung des Fürstl. und Domanial-Haushaltes von dem eigentlichen Staatshaushalte hat ein dringendes Bedürfnis geschienen. Die Kosten zur Erreichung der wichtigsten Staatszwecke, die der Rechtspflege und allgemeinen Landespolizei, werden aus der Cammer-Casse bestritten und die Stände haben verfassungsmäßig hier keine Mitwirkung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gelehrt, wie gefährlich dieser Zustand sei. Ueberdies führte die getrennte Verwaltung derselben Art von Abgaben, noch mehr aber der Umstand, daß die Regierung und die Stände durch die bestehenden Einrichtungen stets in eine feindselige Stellung gegen einander, hinsichtlich der finanziellen Bedürfnisse des Landes, nothwendig gebracht werden mußten, zu den unangenehmsten Verwickelungen und Reibungen. Die Landschaft mußte, ihrer Stellung nach, stets den Versuch machen, alle Landes-Ausgaben auf die Cammer-Casse zu schieben, und umgekehrt die Regierung behaupten, daß die Cammer-Casse sie zu tragen außer Stande sei. Hierzu gesellten sich noch manche andere Ungelegenheiten, die nothwendig Folgen dieses Zustandes waren. Von den mancherlei Wegen, welche eingeschlagen werden konnten, diesen Zustand zu ändern, hat nach reiflicher und wie-

derholter Prüfung derjenige, welcher sich in den Entwurf aufgenommen findet, für das Land der wohlthätigste zu sein erschienen.

Es ist bereits in der Proposition ausgedrückt, daß die näheren Mittheilungen über die Ausführung dieser Vorschläge den Commissionen löbl. Landschaft von dem Staatsministerium gemacht werden sollen, und hieher gehören nur noch folgende Bemerkungen. Dadurch, daß die der Landes-Casse zu überweisenden Summen mit durch die Besteuerung der Domainen und Domaniel-Forsten aufgebracht werden, wird dem Nachtheile vorgebeugt, den die einfache Bestimmung einer Aversional-Summe haben könnte. Denn allerdings wird diese Summe jetzt nur nach den bestehenden Verhältnissen und Bedürfnissen regulirt werden können, und es ließe sich denken, daß diese stiegen, daß größere Beiträge von den Unterthanen und billigerweise alsdann auch von der Cammer gefordert würden. Es wird aber dann in Zukunft jede vermehrte Landeslast, die sich durch Erhöhung der Steuern äußert, auch die Domainen treffen und auf diese Weise, was auch wohl zu berücksichtigen ist, die Landesregierung selbst direct dabei interessirt sein, die Steuern möglichst zu vermindern.

Die Regierung darf sich daher der Hoffnung hingeben, daß der weise und wohlthätige Entschluß Sr. Durchlaucht, diese Trennung in der vorgeschlagenen Weise zu gestatten, der mit nicht unbedeutenden Aufopferungen verbunden ist, mit dem gebührenden Danke werde aufgenommen werden.

Die Dauer der verwilligten Steuern betreffend, so ist zwar nicht der Grundsatz angenommen, daß alle Steuern nur auf eine Finanzperiode bewilligt werden können, sondern nur festgesetzt, daß es den Ständen freistehe, sie auf eine gewisse Dauer zu beschränken. Die Verwilligung der regelmäßigen Steuern nur auf eine Finanzperiode ist genau genommen von geringem practischen Nutzen, da dieselben Ausgaben des Staatshaushaltes, besonders in einem kleinen Staate, regelmäßig wiederkehren, so daß die neue Bewilligung mehr eine Form ist. Es würde überdies eine wahre Calamität sein, wenn alle sechs Jahre neue Steuer-systeme eingeführt würden und neue Steuer-Regulirungen Statt haben sollten. Auch kann der Möglichkeit einer Verweigerung der Steuern in einem Lande, in welchem ihre Folgen nicht sowohl die Regierung, als die Gläubiger und Beamten des Staats und die öffentlichen Anstalten treffen würden, schwerlich eine politische Wichtigkeit beigelegt werden. Eine solche Garantie ist um so weniger erforderlich, als hier die Steuern von einem herrschaftlichen und landständischen Collegium verwaltet werden,

künftig nach den gemachten Vorschlägen, Finanz-Etats, nur auf sechs Jahre gültig, mit Zustimmung der Ständeversammlung aufgestellt werden sollen, und das Landessteuer-Collegium für die genaue Befolgung dieser Etats verantwortlich ist, so daß dasselbe also, wenn bei Ablauf des sechsten Jahres neue Etats nicht verwilligt wären, zu zahlen aufhören würde.

Dieses gemeinschaftliche Collegium, dessen große Nützlichkeit zur Sicherung der Landeseinnahme sich hinlänglich erwiesen hat, soll beibehalten werden. Allein es hat nicht zweckmäßig geschienen, daß der engere Ausschuß der Landschaft als solcher, diesem Collegium incorporirt bleibe. Theils wird dessen Stellung, da er eine aufsehende Behörde sein soll, zweckwidrig verändert, wenn er eine Administration mit führt, die er beaufsichtigen soll; theils kann es leicht die Folge eines Amtes sein, welches in eine fortwährende Verbindung mit der Regierung bringt, daß die Unabhängigkeit des ständischen Ausschusses in Zweifel zu ziehen versucht, und so dem Vertrauen, dessen er bedarf, geschadet wird. Aber abgesehen hievon, konnte schon um deswillen die bestehende Einrichtung nicht beibehalten werden, weil kein Abgeordneter auf Lebenszeit gewählt werden kann, und ein Wechsel der Mitglieder eines ständigen Collegiums durch erneuerte Wahlen schwer ausführbar und jeden Falls unzweckmäßig sein würde.

Die Bestimmungen über die Staatsanleihen und die Veräußerung der Staatsgüter haben nur die Veränderung erlitten, daß die Folgen einer ordnungswidrigen Veräußerung genau bestimmt sind, was ohne Zweifel den Beifall löblicher Landschaft haben wird.

Die nun folgende Zusicherung, daß auch über die Einnahme und Ausgabe des Klosterfonds, der bis jetzt der Mitwirkung der Stände entzogen war, die Etats mit Zuziehung der Landschaft festgestellt werden sollen, wird als ein Beweis, daß Se. Durchlaucht gewillt sind, diese Revenüen zu den heilsamen Zwecken, denen sie bestimmt sind, zu verwenden, auf den Beifall und den Dank der löblichen Landschaft rechnen können.

Auch bei der Gesetzgebung ist die Mitwirkung der Stände auf eine angemessene Weise erweitert. Es kann kein Gesetz ohne ihre Zustimmung oder ohne ihren Rath gegeben werden. Die meisten Schwierigkeiten, welche die bisherigen, verschiedener Deutung fähigen Bestimmungen machten, sind auf diese Weise gehoben. Die Vorschrift, daß kein mit Zustimmung der Landschaft gemachtes Gesetz ohne deren Einwilligung geändert werden könne, wird zwar allerdings in einzelnen Fällen es zweifelhaft erscheinen lassen können: ob ein Gesetzentwurf der Zustimmung der Landschaft, oder nur deren Begutachtung bedürfe; dieser mögliche

Zweifel kann aber kein Grund sein, den an sich richtigen Grundsatz aufzugeben und die Stände, welche stets wenigstens mit ihrem Rathe zu hören sind, erhalten so die Gelegenheit, ihr Recht geltend zu machen, wenn sie ihre Zustimmung für erforderlich halten.

Die Ablösbarkeit der gutherrlichen Rechte ist in national-öconomischer und vielleicht noch mehr in politischer Rücksicht das dringendste Bedürfnis des Augenblicks, und sie wird es um so mehr, als unsere Nachbarn zum Theil uns hier schon vorausgeeilt sind. Es hat daher angemessen geschienen, daß der Grundsatz, daß diese Rechte ablösbar seien, welcher nur mit Zustimmung löblicher Landschaft in das Leben treten kann, gleich jetzt festgestellt werde, und die Landesregierung glaubt um so sicherer auf die Zustimmung der Stände rechnen zu dürfen, als Se. Durchlaucht, bei Ausführung Höchstseiner landesväterlichen Absichten, den bedeutenden Ausfall nicht gescheuet haben, welchen diese Ablösungen bei den Domainal-Einkünften nothwendig herbeiführen werden.

Das Lehnswesen, dessen Formen für unsere Tage ihre Bedeutung verloren haben, und welches jetzt nur die Belehnten auf eine unzweckmäßige Weise in ihrer Dispositions-Befugniß beschränkt, ohne dem Landesherrn einen verhältnißigen Nutzen zu gewähren, hat sich selbst überlebt. Es wird löblicher Landschaft daher vorgeschlagen, alle Lehen der Allodification unterworfen zu erklären, und die näheren Bestimmungen hierüber demnächst festzusetzen. Die große Wohlthat, welche sowohl den größeren als den kleineren Grundeigenthümern durch diese Bestimmung gewährt werden soll, wird sowohl bei löblicher Landschaft als in dem ganzen Lande allgemeine Anerkennung finden.

Die bei den folgenden Abtheilungen hinzugekommenen neuen Bestimmungen, nämlich:

bei dem Militairwesen:

daß keine Truppen in fremden Sold gegeben und keine geworbene Truppen aufgestellt werden können, ohne Zustimmung der Stände;

bei der Rechtspflege:

daß die Unabhängigkeit der Gerichte unter den ausdrücklichen Schutz der Verfassung gestellt ist, und die Rechte der Person und des Eigenthums nicht nur durch die Gerichte, sondern auch durch eine Beschwerde bei den Ständen, welche über die Beobachtung der Gesetze wachen, gesichert werden; endlich, daß die Unabsetzbarkeit der Richter gesetzlich ausgesprochen ist,

bedürfen keiner Erläuterung, als sprechende Beweise von dem

festen Willen der Regierung, jeden Mißbrauch der Gewalt unmöglich zu machen, und den Gesetzen die gehörige Achtung zu verschaffen.

Deßhalb schlägt sie löblicher Landschaft auch vor, nicht nur die Staatsbeamten, sondern auch die Abgeordneten des Landes, welche gleichfalls in der Lage sind, die Verfassung gefährden zu können, für deren Aufrechthaltung verantwortlich zu machen. Es hat nothwendig geschienen, wenigstens die mindesten Folgen, welche eine Verletzung der Verfassung haben soll, klar auszusprechen; denn Unbestimmtheit ist bei allen Gesetzen, insbesondre aber bei Strafgesetzen, ein höchst bedenklicher Mangel, und erst durch diese Bestimmung erhält der Grundsatz der Verantwortlichkeit seine eigentliche Bedeutung. Es ist nicht zweckmäßig gefunden, das Verfahren gegen diejenigen, welche wegen verletzter Verfassung angeklagt worden, vor die ordentlichen Gerichte zu bringen, gerade wegen der eigenthümlichen Natur eines solchen Verfahrens, und allen Anforderungen scheint dadurch entsprochen zu werden, daß nach dem Beispiele anderer Länder zu diesem Zwecke von der Landesherrschaft und den Ständen ein gemeinschaftlicher Gerichtshof aus höheren Justizbeamten gebildet wird.

Die genauere Bestimmung, in welchen Fällen die Contrasignatur erforderlich ist,

so wie die Aufhebung der Vorschrift, daß die Bestellung des Landsyndicus nicht nur der Landesherrschaft angezeigt, sondern auch von ihr confirmirt werden mußte, welche Vorschrift überdies den Privilegien von 1770 nicht entspricht,

wird mit Sicherheit auf den Beifall löblicher Landschaft rechnen können.

Abschnitt 3.

Der dritte Abschnitt des Titels handelt von den Rechten und Pflichten des landständischen Ausschusses.

Diese Behörde soll wesentlich eine aufsehende und beratende sein.

Dieselbe kann daher in der Regel weder befugt sein, die Beschlüsse zu fassen noch die Anträge zu machen, zu denen die Ständeverammlung berechtigt ist. Nur ausnahmsweise, wenn eine zeitige Versammlung der Stände unthunlich ist, und eine Landesnoth schnelle Beschlüsse nothwendig macht, sind derselben diese Befugnisse beigelegt. Alle die Maaßregeln, die alsdann getroffen werden, bleiben aber, wenn es ihre Natur gestattet, provisorische.

Gleichfalls muß dem Ausschusse das Recht zugestanden wer-

den, in gewissen, jedoch genau bestimmten Fällen die Stände zu versammeln, und das althergebrachte Recht der Stände, wenn die Verfassung in Gefahr geräth, sich selbst zu convociren, soll hier von Neuem die gesetzliche Sanction erhalten.

Es hat nützlich geschiene, auch noch festzusetzen, daß die Ständeversammlung für einzelne bestimmte Fälle ihre Rechte dem Ausschusse delegiren könne. Eine solche Bestimmung kann unter Umständen von großem Nutzen, kaum aber jemals schädlich sein, da es von der Erwägung der Ständeversammlung abhängt, ob und wie sie von dieser Befugniß Gebrauch machen wolle.

Der Titel III.

handelt von den Landtagen, der Behandlung der Geschäfte auf denselben, so wie von den Verhandlungen des ständischen Ausschusses.

In diesem Titel sind im Wesentlichen die Bestimmungen der Landschafts-Ordnung von 1820 beibehalten, und nur folgende neue Vorschriften des ersten Abschnittes bedürfen einer näheren Entwicklung.

1. Die Beschlüsse der Ständeversammlung erfolgen in der Regel nach absoluter Stimmenmehrheit. Eine zweckmäßige Ausnahme von dieser Regel macht schon die bestehende Landschafts-Ordnung, nämlich die, daß Anträgen der Stände auf eine Abänderung der Landes- oder Steuer-Verfassung nur dann Folge gegeben wird, wenn sie zwei Drittheile der Stimmen für sich haben.

Eine zweite Ausnahme wird jetzt löbl. Landschaft vorgeschlagen. Dieser bereits oben angedeutete Vorschlag beruht auf folgenden Gründen. Wenn man von der allerdings richtigen Voraussetzung ausgeht, daß die einzige, für die jetzige Bildungsstufe passende Vertretung auf dem Principe der verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen beruhen müsse, so muß man auch zugeben, daß diese verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen sich einander gegenüber stehen und in einen Conflict gerathen können. Man hat in der neuern und neuesten Zeit zwei Mittel ergriffen, um den Uebelständen, die aus solchen Conflicten hervorgehen würden, vorzubeugen. Das eine besteht in einer gleichen Zahl der Vertreter der verschiedenen Interessen, und es ist bereits oben bemerkt, daß dieses Mittel unzureichend sei. Das zweite ist die Befugniß, die man den Vertretern einer Standes-Classe, oder auch eines Landesdistricts, die sich für benachtheiligt halten, gegeben hat, bei dem Beschlusse der Ständeversammlung ein Separat-Votum mit einzureichen, welches von der Regierung

besonders berücksichtigt werden kann. Diese Maaßregel scheint aber in doppelter Beziehung an einer gewissen Halbheit zu leiden. Einmal verträgt es sich nicht mit dem constitutionellen Princip, daß der Meinung der Minorität doch eine solche Wichtigkeit beigelegt wird, daß sie neben der Meinung der Majorität, der Beachtung der Regierung besonders empfohlen wird, und zweitens ist diese Empfehlung nur ein ganz unvollständiges Schugmittel der bedrohten Interessen oder Rechte, da die Regierung doch immer dem Beschlusse der Majorität ihre Zustimmung ertheilen und ihn zum Gesetze erheben kann.

Man hat daher geglaubt, hauptsächlich im Interesse der Städte, sodann aber auch im Interesse der Ritterschaft ein Auskunftsmittel aufsuchen zu müssen, welches alle Standesclassen in ihren wohlverworbenen Rechten schützte und doch in die constitutionellen Formen paßte. Die Regierung hofft ein solches Mittel in der vorgeschlagenen Abstimmung nach Ständen gefunden zu haben und fürchtet nicht, daß man diese Einrichtung mit den alten ständischen Curien verwechseln und sie eines Rückschrittes beschuldigen werde. Darin besteht hauptsächlich die bürgerliche Freiheit:

daß ohne gesetzlichen Grund Niemandem ein wohlverworbenes Recht ohne seine Zustimmung entzogen werden kann.

Dieser gerechte Grundsatz ist so alt als unsre deutschen Rechtsinstitute; er findet sich in der Verfassung jeder Dorf-Gemeinde, wie in der ehemaligen Reichsverfassung und in der deutschen Bundesacte. Man wird ihn nie ungestraft verletzen, und indem man ihn in Zweifel stellt, macht man alle Rechtsverhältnisse wankend. Deshalb soll alsdann,

wenn die eigenthümlichen privatrechtlichen Verhältnisse, oder die eigenthümlichen staatsbürgerlichen Interessen eines Standes in Frage kommen,

aber auch nur in diesen Fällen, eine Abstimmung nach Ständen Statt finden, bei welcher die Majorität nicht entscheidet, sondern Einstimmigkeit erforderlich ist.

Bei dem Geiste der Gerechtigkeit und Uneigennützigkeit, welcher stets die Braunschweigischen Stände beseelt hat, wird von diesem Mittel gewiß selten, vielleicht nie Gebrauch gemacht werden, dennoch schien es nothwendig, daß die Verfassung ein solches Schugmittel darböte. Die Gelegenheiten, wo es zur Anwendung kommen könnte, werden mit dem Verschwinden der gutherrlichen und Feudal-Rechte immer seltener werden, ganz werden sie aber, so lange die vorgeschlagene Verfassung dauert,

nie fehlen, da jede Standes-Classe in der Art ihrer Vertretung ein besonderes staatsbürgerliches Interesse hat.

So wenig indeß die bisherigen Erfahrungen auch darauf hinleiten, so wäre doch der Fall denkbar, daß ein Stand, sein eigenes Interesse und das allgemeine Beste verkennend, fest bei dem Veralteten beharrte, und zwar auf eine nicht allein gemeinschädliche, sondern selbst gemeingefährliche Weise. Hier mußte es einen verfassungsmäßigen Ausweg geben, zur Beförderung des allgemeinen Wohles. Es wird daher vorgeschlagen, daß, wenn auf einem andern Landtage ein nur durch einen Stand verworfener Vorschlag wiederholt wird, und dann wiederum nur die Stimme eines Standes wider sich und zugleich die absolute Mehrheit der ganzen Versammlung, also einen in der Regel als gültig anzusehenden Beschluß, für sich hat, dieser Beschluß durch die Zustimmung der Regierung zum Gesetze erhoben werden könne.

2. Bei der vorgeschlagenen Art der Zusammenföhung der Ständeversammlung durfte das Recht der Regierung, dieselbe aufzulösen, nicht fehlen, und es ist daher hier, wie in allen neueren Verfassungen, aufgenommen.

3. Ueber die Bekanntmachung der ständischen Verhandlungen durch den Druck hat sich Sr. Durchlaucht bereits in der Eröffnungsrede ausgesprochen, und es dürfte hier noch zu bemerken sein, daß die Regierung geglaubt hat, nicht weiter gehen zu können, weil Einrichtungen, die den Sitten und der Entwicklungsperiode vorausseilen, nur nachtheilig wirken.

Der zweite Abschnitt dieses Titels, die Geschäftsordnung für die Ständeversammlung, wird erst nach längerer Erfahrung seiner Vollendung näher gebracht werden können, und löbliche Landschaft wird eingeladen, in Berathung zu ziehen: ob es angemessen sei,

einen Zusatz dahin zu machen, daß es der Ständeversammlung frei stehe, die Geschäfts-Ordnung, insoweit sie sich nicht auf Verhältnisse zu der Regierung bezieht, zu modificiren und näher zu bestimmen.

Der Titel IV.

enthält noch einige allgemeine Bestimmungen.

Der erste Paragraph dieses Titels ist wörtlich aus der Landschafts-Ordnung von 1820. Es wird indeß löblicher Landschaft angenehm sein, zu erfahren, daß Seine Durchlaucht ein umfassendes Hausgesetz ausarbeiten lassen, welches demnächst, so weit dieses erforderlich, löblicher Landschaft zum Gutachten oder zur Zustimmung vorgelegt werden wird.

Die Bestimmungen des nächstfolgenden Paragraphen bedürfen keiner Erörterung.

Schon in den landschaftlichen Privilegien von 1770 findet sich Art. 8. die Bestimmung, daß, wenn Irrungen zwischen der Landesherrschaft und den Ständen vorfielen, diese bei entstehender Güte im Wege Rechts auszumachen seien. Diese heilsame Vorschrift war jetzt bei dem Mangel von Reichsgerichten schwer ausführbar, und es hat daher angemessen geschienen, die Art der Proceedur zu bestimmen, wenn je ein solcher Fall einmal eintreten sollte.

Endlich ist es für nothwendig erachtet, den künftigen Mitgliedern der Ständeverammlung ohne Unterschied Diäten zu bewilligen und keines derselben an seine Committenten dieserhalb zu verweisen. Diese Vorschrift entspricht der Billigkeit, hinsichtlich der Abgeordneten, und da sie die frei gewählten Vertreter des Landes sind, so ist es natürlich, daß sie wegen ihrer Diäten auf die Landessteuer-Casse angewiesen werden.

V.

Protocolle über die vorläufige Vereinigung beider landschaftlichen Sectionen zu einem Plenum.

A. Geschehen im Sitzungszimmer der zweiten Section der Landschaft, am 1. Octb. 1831, Morg. 8 Uhr.

Praesent.: sämmtlicher Mitglieder der zweiten Section der Landschaft, mit Ausnahme des wegen Krankheit entschuldigten Hrn. Wehl.

Nachdem, der gestern auf Fürstlichem Schlosse getroffenen Abrede gemäß, die Mitglieder der zweiten Section sich eingestellt hatten, übernahm der Forstrath Bartlingk, als Ältester an Jahren, einstweilen den Vorsiz, um die Wahl der Beamten zu leiten.

Nach dem Ergebnisse der Abstimmung wurden als zu der Stelle des Präsidenten Vorzuschlagende:

der Oberappellationsrath, Probst Günther,
Magistrats-Director Bode und
Steuerrath Langerfeldt,

und zu der Stelle des Vice-Präsidenten:

Magistrats-Director Bode,
Oberappellationsrath Günther und
Hofrath Hettling

erwählt, und ward sofort der Bericht an Se. Durchlaucht mit dem Antrage abgestattet, daß, gemäß dem §. 48. der Landschaftsordnung, die Bestätigung eines derselben zu jeder Stelle erfolgen möge.

Bei der Wahl eines Secretairs fielen die meisten Stimmen auf den Steuerrath Langerfeldt; nächst ihm war der Cammerath von den Brinken in der Stimmenmehrheit, und für den Fall der Bestätigung des Steuerraths Langerfeldt zum Präsidenten, jener zum Secretair berufen.

Nach dem solchergestalt beendigten Wahlgeschäfte fand eine Berathung darüber Statt: ob es nicht angemessen sein werde, sich zum Zwecke einer Prüfung der Proposition, die erneuerte Landschaftsordnung betreffend, mit der ersten Section zu vereinbaren und bei derselben hierauf anzutragen?

Man glaubte dabei von der Vorfrage ausgehen zu müssen: ob die zweite Section ein Verschmelzen der Stadtdeputirten und Abgeordneten der nicht ritterschaftlichen ländlichen Grundbesitzer mit den Deputirten der Rittergutsbesitzer, so wie es die Proposition bezwecke, für angemessen erachte?

Die städtischen Deputirten äußerten einiges Bedenken über die geringe Zahl der Repräsentanten, welche den Städten nach jener Proposition zugestanden sei, waren übrigens der Meinung mit den Freisassen-Deputirten und Prälaten, daß vorbehältlich der Modificationen, welche zur Erhaltung eines Gleichgewichts unter den Deputirten der verschiedenen Stände erforderlich wären, die Vereinigung derselben zu einem ungetrennten corpus von ersprißlichen Folgen sein werde.

Nach einigem Deliberiren sprach sich die Ansicht sämmtlicher Mitglieder folgendermaßen aus:

- »Vereinigung der Stände in einer Cammer ist wünschenswerth, wenn die Repräsentation so geordnet wird,
- »daß ein Gleichgewicht der Repräsentanten unter den
- »verschiedenen Ständen eintritt; auch ist die Vereinigung
- »beider Sectionen behuf der Berathung zu wünschen,
- »wenn die Trennung jederzeit vorbehalten bleibt.«

Der Unterzeichnete ward beauftragt, diese Ansicht der ersten Section mitzutheilen.

Als Commissarien zur Abfassung einer Beantwortung der Thronrede wurden die erwählten Beamten einstimmig genannt, und waren die Mitglieder ohne Ausnahme der Ansicht, daß auf den in dieser Rede gemachten Antrag, die Aufhebung der im §. 76. der Landschaftsordnung vorgeschriebenen Geheimhaltung der Verhandlungen betreffend, sofort einzugehen sei.

in fidem

J. L. Pricelius.

B. Geschehen im Sitzungszimmer der ersten Section der
Landschaft am 1. Octbr. 1831, Morgens 11 Uhr.

In Gegenwart sämtlicher im gestrigen Protocolle bemerkter Mitglieder
der ersten Section und meiner, des unterzeichneten Landsyndici.

Nachdem, vorläufig getroffener Abrede gemäß, die Mitglie-
der der ersten Section sich eingefunden hatten, übernahm der
Schazrath von Plessen, als den Jahren nach der Älteste,
den Vorsitz zur Leitung der Beamtenwahl.

Nach der Abstimmung auf verschlossenenzetteln waren vor-
geschlagen zum Amte eines Präsidenten:

Schazrath von Plessen,
Graf von Dberg,
Cammer-Präsident von Bülow;

zu dem eines Vice-Präsidenten:

Graf von Dberg,
Landdrost von Gramm,
Cammer-Präsident von Bülow.

Die Stelle eines Secretairs wurde durch Stimmenmehrheit dem
Hofrath Bruns übertragen, und der erforderliche Bericht mit
dem Antrage der Bestätigung des Präsidenten und Vice-Präsi-
denten sofort erstattet. Der Unterzeichnete berichtete hierauf von
den Ansichten der Mitglieder der zweiten Section in Betreff der
projectirten demnächstigen Verschmelzung beider Abtheilungen und
des vorläufigen Zusammentretens zum Zwecke der Berathung.

Die Mitglieder waren der Meinung, daß die Frage: ob
ein Aufgeben des Rechtes der Rittergutsbesitzer, oder vielmehr
eine Beschränkung desselben in der vorgeschlagenen Art Statt
finden solle, zuvor in der Section selbst erörtert und entschieden
werden müsse, bevor man sich zu einer Berathung mit der zwei-
ten Abtheilung über den Inhalt der Proposition vereinigen könne.
Der *** bemerkte, daß selbst in dem Falle einer vorläufigen
Erklärung der Mitglieder der ersten Section für das Zusammen-
schmelzen beider Abtheilungen, das einstweilige Zusammentreten
mit der zweiten gegen den §. 67. der Landschaftsordnung sein
dürfte, welcher nur zum Zwecke der Ausgleichung von Differen-
zen solches zu gestatten scheine. Von Andern, und namentlich
den *** ward dagegen erinnert, daß eine solche Deutung dem
Geiste der Landschaftsordnung und der Erklärung entgegen stehe,
welche unter Mitwissen der Regierung factisch gemacht sei. Es
wären bei allen früheren Verhandlungen auch zum Zwecke der
Förderung des Geschäfts gemeinschaftliche Berathungen beider

Sectionen angestellt, und dürfte das Mittel, welches zur Beseitigung entstandener Meinungsverschiedenheiten für zulässig erklärt sei, auch wohl zur Vermeidung des Entstehens einer Differenz nicht als verboten angesehen werden. Nachdem über die Hauptfrage der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer demnächstigen Vereinigung beider Abtheilungen zu einem ungetrennten Ganzen und der davon unzertrennlichen Repräsentation der Rittergutsbesitzer durch Deputirte viel discutirt war, ward beschloffen: daß die Frage über diesen Punkt, vereint mit der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit einer gemeinschaftlich mit der zweiten Section anzustellenden Berathung, zur Abstimmung gebracht werden solle, und selbige dahin aufgestellt: »ist ein Einverständnis mit den Ansichten und Wünschen der zweiten Section in den erwähnten beiden Punkten, und unter gleichem Vorbehalte der Trennung im Falle des Entstehens abweichender Ansichten, anzunehmen oder nicht?« — Die Mitglieder bejaheten einstimmig diese Frage. —

Zur vorläufigen Entwerfung der Antwort auf die Thronrede wurden die zu Beamten in Vorschlag gebrachten resp. gewählten Mitglieder beauftragt, und ward einstimmig die Aufhebung der Geheimhaltung angenommen.

Da diese vorläufigen Berathungen und Beschlüsse unter Leitung des Schatzraths von Plessen, als muthmaßlichem Präsidenten, Statt gefunden hatten, so ward zur genauen Beachtung der Form eine Wiederholung der Abstimmung für den Fall vorbehalten, daß ein Anderer in dieser Eigenschaft bestätigt, und von diesem oder einem anderen Mitgliede die Erneuerung der Debatte verlangt werden sollte.

Auf künftigen Montag 9 Uhr ward die nächste Zusammenkunft beliebt.

in fidem

J. L. Pricelius.

VI.

Adresse der Landschaft an des Herzogs Durchlaucht.

Durchlauchtigster Herzog,
Gnädigster Fürst und Herr!

Eure Herzogliche Durchlaucht bitten die getreuen Stände der vereinigten Braunschweig-Wolfenbüttelschen und Blanken-

burgschen Landschaft, ihren ehrfurchsvollen Dank für die ihnen bei Eröffnung des jetzigen Landtages bezeugten gnädigen und landesväterlichen Gesinnungen annehmen zu wollen.

Berufen, den erhabenen Wunsch Eurer Herzoglichen Durchlaucht für das Glück des Vaterlandes durch ihren Rath zu unterstützen, werden sie mit gewissenhafter Erwägung aller Verhältnisse, die Vorschläge berathen, welche ihnen vorgelegt werden sollen, um durch zeitgemäße Anordnungen dem Lande eine glückliche Zukunft zu sichern.

Indem wir die Wichtigkeit der Vorschläge vollkommen anerkennen, welche Eure Herzogliche Durchlaucht vorlegen lassen zu wollen, gnädigst verheißen haben, erlauben wir uns die Hoffnung auszusprechen, daß unter solchen Vorschlägen auch begriffen sein werden: eine Ordnung der Gewerbeverhältnisse, eine Ordnung für die Land-Gemeinden, eine Polizei-, besonders auch eine Wege-Ordnung, eine Gesinde-Ordnung, eine modificirte Bestimmung über die Verfassung und Competenz der Gerichte nebst Feststellung der Verhältnisse der Sachwalter, endlich der Entwurf eines Criminal-Gesetz-Buches.

Wenn der zuerst vorgelegte Vorschlag wesentliche Veränderungen in der bisherigen landschaftlichen Verfassung zum Gegenstande hat, deren Wirksamkeit unter der Obhut edler Fürsten das Glück des Landes auch in unglücklichen Zeiten aufrecht erhalten, und noch in den lektverfloßenen Jahren dem allgemeinen Willen für Recht und Wohlfahrt zum Stützpunkte gedient hat, so werden die Stände zwar nicht übersehen, daß das, was sich durch Jahrhunderte als nützlich bewährte, gegen Neues nur nach sorgfamer Prüfung und genauer Erwägung aller Berücksichtigungen aufgegeben werden darf, bei dieser Prüfung und Erwägung aber sich frei von allen Einwirkungen des Vorurtheiles und der Eigensucht zu erhalten wissen, und nur der heiligen Verpflichtung eingedenk sein, ihre Beschlüsse dem wahrhaften Besten des Vaterlandes gemäß zu fassen. Zu Beförderung genauer Erörterung und Prüfung haben die Stände von dem ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, daß beide Sectionen nach einstimmigem Beschlusse sofort in Ein plenum sich vereinigen können, und sind sie zu solchem zusammen getreten um ihre Ansichten sich ohne Aufenthalt mittheilen zu können.

Von Eurer Herzoglichen Durchlaucht glauben ehrfurchtsvoll die Stände ihrem bisherigen Verfahren nach das Vertrauen erwarten zu dürfen, daß sie auch in dieser wichtigen Angelegenheit pflichtgetreu handeln werden, wie sie hoffen können, dies Vertrauen bei ihren Mitbürgern sich erworben zu haben. Um so gewissenhafter und freimüthiger werden die Erwägungen und die

Erinnerungen sein, welche über diese Veränderungen vorzulegen die Pflicht ihnen gebieten wird, und überlassen sie sich freudig der Hoffnung, daß Eure Herzogliche Durchlaucht die Anträge Höchstführer getreuen Stände gnädigst aufnehmen wollen.

Seit Jahrhunderten haben die öffentlichen Verhältnisse nicht so gebieterisch als jetzt erheischt, daß offene Wahrheit, ein klares Recht, Fürst und Volk durch Vertrauen und Wohlwollen fest verbinde, seit Jahrhunderten ist die Lage des Landes nicht geeigneter, wie der gegenwärtige Augenblick sie darbietet, gewesen, um durch williges Entgegenkommen, Anerkennung gerechter Wünsche und Ordnen des Staatshaushaltes, Treue zu befestigen, Liebe zu beseuern und Zufriedenheit dauernd zu begründen. Darauf hinarbeiten wird unser ernstestes Bestreben sein, und werden in Eurer Herzoglichen Durchlaucht erhabenen Gesinnungen gegen ihre getreuen Unterthanen, wir die vollständigste Sicherung für die Erfüllung unseres Bestrebens finden.

Ehrfurchtsvoll zeigen wir an, daß durch gemeinschaftlichen Beschluß beider Sectionen dem Wunsche Eurer Herzoglichen Durchlaucht, die Geheimhaltung der Verhandlungen sofort aufzuheben, entgegengekommen ist.

Wir ersterben in tiefster Ehrfurcht

Eurer Herzoglichen Durchlaucht

unterthänigst = treu = gehorsamste.

Die Mitglieder der vereinigten Braunschweig-
Wolfenbüttelschen und Blankenburgischen Land-
schaft.

Braunschweig, am 3. October 1831.

Die Präsidenten.

(unterschriften.)

Mittheilungen aus den Berathungen des Plenum über die Landesfürstliche Proposition der revidirten Landtagsordnung.

Die Berathungen des Plenum über die landesfürstliche Proposition hatten vom 3ten bis 11ten October (einschließlich) Statt ¹⁾. Obwohl die bisher gesetzliche Geheimhaltung der Verhandlungen aufgehoben war, woraus denn folgt, daß es jedem Mitgliede der Stände erlaubt ist, mündlich, schriftlich und durch den Druck mitzutheilen, was er in den Sitzungen vernommen hat, so wurde doch eine amtliche Bekanntmachung der aufgenommenen Protocolle, in Beziehung auf die gegenwärtige Sitzung, nicht beliebt. Man beschränkte sich in dieser Hinsicht auf diejenigen Mittheilungen, die sich in der zu Braunschweig erscheinenden Nationalzeitung (October 1831, Nr. 47.) befinden ²⁾. Es könnte zweifelhaft scheinen, ob, bei aufgehobener Geheimhaltung, dennoch einem einzelnen Mitgliede der Landschaft nicht erlaubt sey, die bereits als Manuscript gedruckten Protocolle auch einem größern Publikum bekannt zu machen, indem einer solchen Mittheilung doch

1) An den letzten Tagen wurden jedoch einige der revidirten Landtagsordnung fremde Gegenstände — Maaßregeln wegen Deckung der behuf der Abwehrung der Cholera veranlaßten Kosten —; die in Frage stehende Anklage der stimmführenden Mitglieder des vorigen Staatsministeriums — mit verhandelt.

2) Die Frage: Ob die vollständigen Protocolle bekannt gemacht werden sollen, oder nicht? — wurde nämlich in der ersten Section mit 30 Stimmen gegen 15, und die der zweiten mit 38 Stimmen gegen 2 verworfen.

stets der ausgeschlossene officiële Character fehlen würde; der Herausgeber dieser Blätter unternimmt es jedoch nicht, diese Frage zu bejahen, sondern beschränkt sich darauf, dasjenige, welches sein unstreitiges Eigenthum ist, seine eigenen Aufzeichnungen, die er mit einigen Nachträgen aus den Protocollen, und Zusätzen aus seinem Gedächtnisse vermehrt hat, hier zu liefern³⁾. Eine eigentliche Kritik des Entwurfes der revidirten Landschafts-Ordnung hält er, aus seinem Standpunkte (als Mitglied der Prüfungs-Commission), nicht für angemessen, welches jedoch nicht ausschließt, daß er hin und wider eigene Bemerkungen seinen historischen Aufzeichnungen hinzufüge.

Die Landschaft befolgte in Beziehung auf die gedachte landesfürstliche Proposition dieselbe Methode, welche sie im Jahre 1819 befolgt hatte, als ihr von der vormundschafftlichen Regierung der Entwurf der jetzt gesetzlichen Landtagsordnung vorgelegt war, worüber von dem Herausgeber im 1sten Hefte, Seite 79 dieser Mittheilungen, berichtet ist. — Wer hätte damals gedacht, daß dieses Verfassungs-Gesetz sobald veraltet und unzeitgemäß erscheinen würde! — Das Schicksal gebe nur, daß nach einem gleichen Zeitraume das Gesetz, welches uns jetzt beschäftigt, nicht dem glei-

3) Dieses muß aber um so mehr erlaubt seyn, da beschlossen wurde, »daß fortlaufend die gemachten Anträge mit den zu ihrer Unterstützung vorgebrachten Gründen, sowie die Beschlüsse mit den Motiven und unter Erwähnung der Zweifelsgründe bekannt gemacht würden«, welches in dieser Ausdehnung nicht geschehen ist. (Sitzung am 4ten October.)

chen Tadel unterworfen werde, denn schon lassen sich Stimmen vernehmen, daß eine landständische Verfassung nicht genügen könne, sondern bald einer reinen Repräsentativ-Verfassung, wozu das Volk reif sey, Platz machen müsse. — Die einzelnen §§. des Entwurfes wurden von den Präsidenten beider Sectionen, welche gemeinschaftlich den Vorsitz führten, und sich in dem Vortrage ablösten, verlesen, und hin und wieder mit Bemerkungen begleitet. Jedem Mitgliede der Landschaft stand es sodann frei, von seinem Sitze aus, seine Ansichten mitzutheilen, es bildeten sich Debatten, an denen auch der Landsyndicus einen vorzüglichen Antheil nahm, und war eine Vereinigung über den Gegenstand nicht zu erreichen, so wurde, Sectionsweise (die erste Section saß zur Rechten, die zweite zur Linken der Präsidenten) zur Abstimmung geschritten. Das Resultat der Debatten wurde sodann in das Protocoll aufgenommen, um den zu einer reiflichen Prüfung des Entwurfes demnächst zu ernennenden Commissarien zu Anhaltungs-Punkten, wenn auch nicht zu einer strengen Instruction zu dienen. Diese Verhandlungen fanden im Ganzen mit vieler Ordnung Statt, und nur selten war es erforderlich, daß die Präsidenten entschieden, welchem von den Rednern das erste Wort gebühre. Können wir uns auch nicht mit den Engländern und Franzosen, ja noch nicht einmal mit den Rednern in den süddeutschen Deputirten-Kammern, in Beziehung auf parlamentarische Beredsamkeit messen, so vernahmen wir jedoch manche Vorträge aus dem Stegreife, von denen es gewiß zu bedauern ist,

daß sie, von Schnellschreibern nicht aufgezeichnet, verhallend, einer ewigen Vergessenheit übergeben sind ⁴).

Jetzt mögen hier die Anträge, Bemerkungen und Beschlüsse zu den einzelnen §§. des Entwurfes folgen, jedoch mit der ausdrücklichen Bevormutung, daß solche lediglich als nicht officiële Aufzeichnungen eines einzelnen Landstandes zu betrachten, ja daß es möglich, daß ein Irrthum (wie ich jedoch nicht glaube), untergelaufen sey.

Zu §. 3. Diejenigen Versammlungen der Stände, welche vermöge des Rechtes der Landschaft, sich in geeigneten Fällen selbst zusammen zu berufen, Statt haben (ein Recht, welches von der eminentesten Wichtigkeit ist, und sich als solches bewährt hat), nennt der hiesige Sprachgebrauch nicht Landtage, sondern Landesversammlungen. Man wünschte daher, statt der Worte »in voller Versammlung«, die dem Redebrauche mehr entsprechenden Worte: »auf Landtagen und selbstberufenen Versammlungen.«

Zu §. 4. Die Beibehaltung der Prälaten fand keinen Beifall. Man bemerkte, der Landtag bestehe, nach dem Entwurfe, künftig aus gewählten Mitgliedern der größeren Grundbesitzer (der Ritterschaft), der

4) Freilich bemerkt Quintilianus (X. 3.) treffend von den Stegreif-Reden: »Illa ipsa ex tempore dicendi facultas inanem modo loquacitatem dabit et verba in labris nascentia.« — Oft ist man aber auch aus dem Stegreif redend kürzer, als man seyn würde, wenn man sich vorbereitet hätte.

gewerbetreibenden Städtebewohner und der kleineren Grundbesitzer (Freisassen und Bauern). Diese wählten die Abgeordneten theils aus ihren Mitteln, theils, nach einer beschränkten Zahl, aus der sogenannten Intelligenz. Es scheine also nicht angemessen, daß auch der Landesherrschaft ein Wahlrecht aus einer Kategorie, die nichts repräsentire, eingeräumt werde, denn als Gutsbesitzer oder Usufructuarien von Kirchengütern können die Prälaten jetzt nicht angesehen werden, da sie lediglich Titularen wären; als Geistliche aber (welches überdem nur die Aebte seyen) hätten sie eben so wenig Anspruch zur Landstandschaft, als die Rechtsgelehrten, als solche, die Aerzte oder das Militair. Sie gehören allerdings zur Intelligenz, dieses erkenne man gern an: Als Vertreter der Intelligenz seyen sie, von den drei Standes-Classen, wählbar; aber nicht passend erscheine es, wenn sie als solche von der Regierung erwählt würden. Ihre Stellung würde durch einen solchen Ursprung ihrer Landstandschaft für sie selbst unbequem. — Man wünschte daher, daß, mit Beglassung der Prälaten, die Bestimmung aufgenommen werde, daß unter den aus der Intelligenz zu wählenden Personen einige höhere Geistliche sich befinden müssen.

Mehrere der Herren Bürgermeister und Stadtdeputirten machten darauf aufmerksam, daß die Classe der Grundbesitzer und Ackerbauer, die jetzt, nach aufge-

5) Der Verfasser hat seine Meinung über diesen Gegenstand im 2ten Hefte dieser Mittheilungen Nr. XII. dargelegt.

hobenen Privilegien der Ritterschaft, ein gleiches Interesse hätten, unverhältnißmäßig stark gegen die Handel und Gewerbe treibende Classe, repräsentirt würde. Wenn z. B. die Rede davon sey, ob eine gewisse Abgabe auf Handel oder Gewerbe gesetzt werden solle, so wäre in die Augen fallend, daß sich eine Mehrheit bilden könne, die den Handel- und Gewerbetreibenden als nachtheilig sich darstelle. — Es wurde dagegen zwar bemerkt, daß dieses um so weniger zu befürchten, da das platte Land auf das Aeüßerste bei dem Wohl und der Blüthe städtischer Gewerbe interessirt erscheine, daß die Intelligenz vermittelnd dazwischen treten würde, daß die Städtebewohner noch nicht ein Viertel der Bevölkerung des Landes ausmachen, daß Gewerbe auf dem Lande, so wie Ackerbau in den Städten auch betrieben würden u. s. w. Doch wurde der künftigen Commission eine reiflichere Prüfung dieses wichtigen Gegenstandes anempfohlen. — Allerdings ist die Sache wichtig, und eben hier war es, wo das bisherige Zwei-Cammer-System als durchgreifend wirksam sich darstellte.

Zu §. 6. Die Landschaft instruirte die künftige Commission dahin, zu bewirken, daß vor jedem ordentlichen Landtage eine allgemeine neue Wahl der Abgeordneten Statt finde. — Der Verfasser hingegen kann sich von der Zweckmäßigkeit einer solchen Bestimmung keinesweges überzeugen. Er fürchtet schon, daß diejenige Energie, welche in der Zeit der Gefahr die gebornen Stände des Landes entwickelten, vielleicht nicht in dem Maße von gewählten Abgeordneten zu

erwarten seyn, nach der Eigenschaft der menschlichen Natur (welche der Gesetzgeber zu berücksichtigen hat), dasjenige mit vorzüglichem Eifer zu vertheidigen, was uns für das ganze Leben als Eigenthum angehört. Da nun von geborenen Ständen keine Rede mehr seyn soll (ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier unentschieden), so erscheint es Wenigstens zweckmäßig, nicht alle drei Jahre die ganze Ständeverversammlung aufzulösen. Das wenigste, unter diesen Verhältnissen, mußte seyn, daß bei jeder Sitzung nur die Hälfte oder ein Drittheil an neugewählten Abgeordneten einträte. So bildeten sich doch wenigstens ständische Traditionen und das einzige bleibende Element in der ganzen Körperschaft wäre nicht der Landsyndicus. Geht der Vorschlag, so wie er gemacht ist, durch, so muß die Autorität dieses Beamten auf eine ganz eminente und in der That beunruhigende Weise wachsen. Er wird in der Versammlung wenigstens eben so viel seyn, als ein erblicher Landtagsmarschall, oder beständiger Präsident. Es ist ein großer Irrthum, wenn man von der Gegenwart auch auf die Zukunft schließt, und glaubt, weil die Persönlichkeit unsers jetzigen, äußerst verdienten Landsyndicus dergleichen nicht befürchten lasse, dieses nun auch nie zu befürchten seyn. Nichts scheint dem Verfasser daher mehr zu berücksichtigen, als folgender Ausspruch des berühmten Pölig⁶⁾:

„Auf wie viele Jahre eine Wahl gültig seyn solle, läßt sich, sobald einer Regierung das Recht bleibt,

6) Constat. Leben S. 104.

die Versammlung der Abgeordneten zu vertagen und aufzulösen, ohne Schwierigkeit bestimmen. — Die Zeit von sechs Jahren — welche zwischen der Septennalität des brittischen Parlements, und den fünf Jahren, die in der neuesten französischen Verfassung angenommen wurden, die Mitte hält — scheint die angemessenste zu seyn; doch so, daß alle zwei Jahre — dafern nämlich die Versammlungen jährlich oder alle zwei Jahre geschehen — ein Drittheil der Abgeordneten erneuert wird, weil der völli- gen neuen Wahl der sämmtlichen Abgeordneten — selbst wenn die vorigen Abgeordneten von neuem gewählt werden können — die größten Bedenklichkeiten entgegenstehen. «

Nach diesen Ansichten ist auch in der Königl. Sächsischen Verfassungsurkunde, §. 71, über diesen Gegenstand bestimmt worden. — Am wenigsten möchte ich den Grund gelten lassen: daß jeder verdiente Deputirte wieder gewählt werden würde. — Einmahl ist nichts wandelbarer, als die *aura popularis*, wovon in den jetzigen Zeiten Braunschweig mehr als ein bekanntes Beispiel darweist, und dann, so soll ja der Deputirte nicht nach einer wirklich ertheilten Instruction, oder auch nur noch einer muthmaßlichen Willensmeinung der Wahlmänner, sondern er soll, nach reiflicher Ueberlegung, nach eigenen Einsichten urtheilen. Thut er dieses, so wird er sehr häufig mit seinen Wählern in Conflict gerathen.

Das Geringsste scheint mir also zu seyn, daß die Bestimmung des Entwurfes nicht abgeändert werde.

Zu §. 11. Die Ritterschaft des Herzogthums giebt, nach dem Entwurfe, zwar die Landstandschafft in so fern auf, daß jeder einzelne Rittergutsbesitzer künftig keine Viril-Stimme beibehält, sondern daß sie, gleich den übrigen Standesklassen, Deputirte zum Landtage absendet; doch bleibt eine Corporation der Ritterschaft bestehen. Die Ritterschaft, so wie sie jetzt verfassungsmäßig vorhanden ist (d. i. die sämmtlichen adelichen und nicht-adelichen Rittergutsbesitzer), hat, außer der Landstandschafft, mehrere Gerechtsame, die ihr ungeschmälert bleiben. Sie besitzt eigenthümliche Capitalien, die Söhne der Rittergutsbesitzer empfangen ritterschaftliche Stipendien, die Töchter der adelichen Rittergutsbesitzer sind zu den Präbenden des adelichen freiweltlichen Stiftes Steterburg wahlfähig, diese Wahl geschieht zum Theil von den ritterschaftlichen Mitgliedern der ständischen Ausschüsse, der Probst dieses Stiftes ist ein Rittergutsbesitzer; ja bei feierlichen und außerordentlichen Gelegenheiten ist die Ritterschaft zu Hofdiensten dem Herzoge verpflichtet. Unter diesen Umständen steht es nicht zu wünschen, daß die Mitglieder der Ritterschaft einander fremd würden. — Dieß waren die Gründe, welche die Landschafft bestimmten, darauf anzutragen:

Die beschränkende Bestimmung, an welche die Wahl der Ritterguts-Deputirten, durch gebildete Wahlbezirke, geknüpft werden soll, aufzuheben, und die freie Wahl unter sämmtlichen Rittergutsbesitzern des Landes anzunehmen. — Unstreitig wird die Wahl, unter der Leitung eines von der Ritterschaft gewählten Präsidenten,

am füglichsten und schicklichsten zu Braunschweig geschehen, und vielleicht den Rittergutsbesitzern des Weser- und Harz-districtes, auch des Fürstenthums Blankenburg nachgelassen werden können, versiegelte Wahlzettel einzusenden.

Zu §. 15. Es wurde der Commission anempfohlen, Sorge zu tragen, daß die Zahl der Deputirten, welche aus der Classe der Hofbesitzer in jedem Wahlbezirke zu erwählen seyn würde, mit der Zahl der Hofbesitzer selbst in ein richtiges Verhältniß gebracht werde.

Zu §. 23. Die Judenschaft des Herzogthums hatte sich in einem eigenen Gesuche an die Stände gewandt, und um deren Unterstützung dahin gebeten, daß auch Juden der vollen Staatsbürgerschaft theilhaftig werden könnten. — Die Tagesordnung erlaubte es nicht, mit diesem Gegenstande sich jezt zu beschäftigen, doch schien es den Ständen billig, einen Juden, welcher die Eigenschaften eines Wählers, Wahlmannes oder Wahlberechtigten besäße, deßhalb von der Ausübung der mit diesen Eigenschaften verknüpften Rechte nicht auszuschließen — weil er ein Jude sey. Die Versammlung instruirte also dahin: dafür zu sorgen, daß durch Weglassung der Bestimmung Nr. 2, auch die Juden der fraglichen Rechte theilhaftig würden.

Dem Vernehmen nach, haben die Juden diesen Act der Humanität und Aufklärung der Stände mit innigem Danke erkannt. Wer möchte auch läugnen, daß sich in der Judenschaft des Landes, vorzüglich zu Braunschweig und Wolfenbüttel 7), Intelligenz immer

7) Zu Wolfenbüttel und Seesen sind jüdische Erziehungs-Anstalten, die keiner christlichen Anstalt der Art nachstehen.

mehr und mehr verbreite, und daß zwischen ihnen und den christlichen Einwohnern des Landes in Beziehung auf Moralität und Sitten kein Unterschied zu bemerken sey.

Zu §. 24. Nr. 1. »oder von der advocatorischen Praxis removiret sind.« Diese Auszeichnung der Advocaten schien nicht angemessen, und hielt man dafür: daß alle abgesetzten Beamten wahlunfähig seyn mußten.

Nr. 3. Wenn man bedenkt, wie schwer es oftmals für einen Angeschuldigten ist, solche Beweismittel herbeizuschaffen, daß seine völlige Unschuld dargethan werde, so scheint es allerdings bedenklich im Allgemeinen jeden, der das Unglück gehabt hat, in Untersuchung zu gerathen, und nur von der Instanz absolvirt zu werden, der schönsten Bürgerrechte zu berauben, und gleichsam für das ganze Leben zu brandmarken. Auf der andern Seite läßt sich nicht verkennen, daß die Ausübung der hier in Frage stehenden Rechte einen vollkommen guten Ruf dessen, der sie ausübt, erfordere. Die Instruction ging dahin: Die active Wahlfähigkeit derjenigen Personen, welche nur von der Instanz absolvirt sind, in Schutz zu nehmen.

Wenn man auch dafür hielt (zu Nr. 7.), daß die Beschränkung der activen Wahlfähigkeit, wegen Steuerreste, wohl aufzuheben sey; so läßt sich doch nicht verkennen, daß es gerecht erscheine, demjenigen nicht die volle Ausübung der Staats-Bürgerrechte zu gestatten, der seine Bürger-Verpflichtungen entweder nicht ausüben will, oder nicht ausüben kann.

Zu §. 25. Man hielt dafür, daß, weil für unverehelichte Grundeigenthümerinnen und für Wittwen, welche

keine Söhne hätten, ein gesetzlicher Vertreter nicht wohl ausgemittelt werden könne, die Vormünder der Minderjährigen aber sehr häufig zu andern Standesclassen gehörten, die Auslassung dieses §. zu veranlassen.

Zu §. 27. Man hielt es nicht für unbillig, während der Dauer eines Rechtsstreites über das Eigenthum eines Grundstückes, das davon ausgehende Stimmenrecht dem Besitzer zuzubilligen.

Zu §. 32. Es schien nothwendig, das Wahlrecht der Rittergüter für den Fall zu sichern, daß durch gesetzliche Ablösungen von gutherrlichen Berechtigungen deren Pertinenzien vermindert würden.

Zu §. 33. Dagegen schien es aber auch nothwendig, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Rittergüter stets einen solchen Umfang behielten, daß sie mit Recht zu den größern Landgütern gezählt werden könnten. Es wurde der Commission empfohlen in allen diesen Beziehungen das Sachdienlichste und Zweckmäßigste zur Aufnahme in das Grundgesetz vorzuschlagen.

Zu §. 36. Da nicht in sämtlichen Städten des Herzogthums, sondern nur in solchen, deren Cämmerei-Vermögen die Stadtausgaben nicht deckt, Communalsteuer bezahlt wird, so hielt die Versammlung dafür: das Recht zu wählen dürfe in den Städten als ein Ausfluß des Bürgerrechtes zu betrachten und mit diesem zu verbinden seyn; wobei jedoch allerdings Sorge zu tragen, daß in der künftigen Städteordnung angemessene Bestimmungen über die Gewinnung des Bürgerrechtes und Zulassung zu solchem getroffen würden.

In der That scheint es Zeit zu seyn, dem städtischen Bürgerrechte, welches sonst in so hohen Ehrenstand, sein altes Ansehen wieder zu verschaffen, und auch solche Stadtbewohner, welche nicht verpflichtet sind, das Bürgerrecht zu gewinnen, zu dessen Erwerbung, als einem wahren Ehrenrechte, Veranlassung zu geben.

Zu §. 37. Es schien die Bestimmung der Anzahl der Wahlmänner nach der Häuserzahl nicht angemessen, und wurde daher gewünscht eine andere Norm dafür zu bestimmen.

Zu §. 38. Bei der Schwierigkeit einer Ermittlung des Einkommens der Einwohner, werde auf eine andere Norm — Zusammenrechnen der directen Abgaben — Bedacht genommen werden müssen.

Zu §. 44. Nr. 2. Ein Redner hielt dafür, daß, so angenehm es auch für ein Individuum sey, sich einer ehrlichen Geburt zu erfreuen, so scheine es doch nicht angemessen, mit dem Mangel derselben einen bürgerlichen Nachtheil zu verknüpfen ⁸⁾. Wäre es möglich, die Väter unehelicher Kinder für ihren Fehltritt zu benachtheiligen, so könne dieses, zur Aufrechthaltung guter Sitten, nicht unangemessen erscheinen: die Früchte einer verbotenen Umarmung aber hätten nichts verbrochen. — Ebenso könne jemand ein vollkommen guter Patriot seyn, ohne einen Deutschen zum Vater zu haben, ja dieser fremde Vater könne in so früher Jugend eingewandert seyn, daß selbst er nicht als Fremder zu betrachten. Ferner sey es unbestimmt: was

8) Vergl. V. B. Moses, 23. 2.

ein deutscher Vater heiße. Die Schweizer, die Schleswiger, die Einwohner des eigentlichen Königreichs Preußen, selbst die Livländer, seyen mehr Deutsche, als die Einwohner des österreichischen Littorale, obgleich dieses zu Deutschland gehöre, nicht so aber jene Länder. — Man trug also auf die Auslassung jener Bestimmungen an.

Zu §. 45. Ein Mitglied des gemeinschaftlichen Oberappellations-Gerichts zu Wolfenbüttel, welches von einem auswärtigen Hofe dazu abgeordnet, müsse billig wählbar seyn, da es ein öffentliches Amt im hiesigen Lande ausübe, und zu den Communallasten der Stadt Wolfenbüttel gezogen werde.

Es sey auch darauf anzutragen, daß eine Ausnahme hinsichtlich der königlich Hannoverschen Staatsdiener Statt finde, so lange im Königreiche Hannover hinsichtlich der hiesigen Staatsdiener, wie jetzt der Fall, dasselbe beobachtet werde.

Zu §. 50. Man hielt dafür, daß die Wahl von Deputirten aus der Classe der Intelligenz frei seyn müsse, daß bei diesen also auf kein gewisses Vermögen oder auf irgend einen Steuersatz zu sehen sey. — Man glaubte, daß die Wahlberechtigten hinlänglich von der Wahrheit durchdrungen seyn würden, daß nichts gefährlicher sey, als Schreier zu wählen, denen die beste Staatsverwaltung nichts zu Willen macht und nicht liberal genug ist, die, eben weil sie nichts zu verlieren haben, stets Veränderungen wünschen, bei denen sie ihre Persönlichkeit geltend zu machen hoffen können; daß es aber auch für den Einzelnen hart, und für das

Ganze schädlich sey, einen Gelehrten deshalb ausschließen zu wollen, weil er kein Vermögen habe, oder unterhalb der fünften Classe der Personal-Steuer stehe.

Zu §. 94. Es sei nach dem landesgesetzlichen Grundsatz, nach welchem der Landesfürst zwar die zu den erwähnten Zwecken erforderlichen Summen verlangen, nicht aber durch Steuern, die er selbst aufgelegt habe, diese Beiträge der Unterthanen eintreiben könne, das Erforderliche näher zu bestimmen ⁹⁾.

Zu §. 96. Man hielt es für nothwendig, die Regierung zu ersuchen, auch die bereits eingeleiteten Handelsverträge nicht ohne Zuziehung der Stände abzuschließen.

Zu §. 99. Es erscheine als nothwendig, daß festgesetzt werde, daß die verwilligten Ausgaben, bei dem Ab Laufe einer Finanz-Periode, höchstens noch während eines Zeitraumes von sechs Monaten forterhoben werden dürften.

Zu den §§. 102 — 106 ¹⁰⁾ Diese beiden §§. sind unstreitig die wichtigsten in der ganzen Proposition. Sie würden in gewisser Hinsicht eine Civil-

9) Vergl. v. Haller's Restauration der Staatswissenschaft, 2te Aufl: Band I. S. XXII. — Es erscheint nämlich nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß dieser des Liberalismus nicht verdächtige Schriftsteller keinesweges auf die Bedrückung der Völker ausgeht.

10) v. Haller a. a. D. „Die Erfahrung und Geschichte bewies,.... daß ursprünglich keine Auflagen bestanden haben, sondern nur hinterher in Nothfällen freiwillige Steuern bewilligt worden sind, im Allgemeinen aber die Regel bestehe, daß die Fürsten aus eigenem Vermögen leben sollen.“ — Dieses thun unsere Fürsten, bis jetzt, im eigentlichen Verstande. — Die Steuern waren Beden, die Fürsten lebten von ihren Gütern.

liste darstellen, wenn nicht am Ende des §. 103 eine Kündigungs=Clausel hinzugefügt wäre. Die Stände waren der Meinung, daß, wenn der beabsichtigte Zweck eines regelmäßigen Staatshaushaltes vollständiger und der Verfassung gemäß (nach welcher ursprünglich und zuvörderst alle Staatsbedürfnisse aus den Domainen und anderen Einkünften des Staatsvermögens bestreiten werden müssen) erreicht werden solle, dann die erwähnten §§. die folgende Abänderung erleiden müßten:

§. 102. »Durch eine Uebereinkunft zwischen dem Landesfürsten und den Ständen sollen die Domainen ausgesondert werden, deren Ertrag für den fürstlichen Hofstaat bestimmt wird, und werden alle übrigen Domainen, Regalien und gegenwärtig bei der Cammer verwalteten Aufkünfte dem (neu zu bildenden Landes=) Finanz=Collegium zur Bestreitung des Staatshaushaltes überwiesen.«

§. 103. in fine. »Diese Uebereinkunft kann nicht aufgehoben werden, wohl aber kann auf einen Zuschuß aus der (Landes=) Finanz=Casse in dem Falle angetragen werden, daß der Ertrag der ausgesonderten Domainen sich als unzulänglich für die davon zu bestreitenden Ausgaben ausweisen sollte.«

§. 104. »Es sollen den Ständen jedoch, im Falle des Anspruches auf Vermehrung der Revenuen, die Einnahme= und Ausgabe=Stats von den frühern Jahren vorgelegt werden.«

Es steht zu erwarten, wie diese höchstwichtige Angelegenheit ausgeglichen werden wird.

Zu den §§. 108 und 111. Es erschiene erfor=

derlich, festzusetzen, daß die gedachten Beamten ihres Amtes verlustig seyn würden, wenn sie sich die fraglichen Uebertretungen zu Schulden kommen ließen.

Zu §. 112. Eine von der Verwaltung der Staatsdomainen getrennte Verwaltung der Klostergüter erscheine durchaus erforderlich, sowohl weil die jetzige Verwaltungsweise dem ursprünglichen und gesetzlichen Zwecke der Klostergüter keinesweges entsprochen habe, als auch, weil sie bei der projectirten Conderung der dem Lande zu überweisenden Domainen von denen, welche dem durchlauchtigen Herzoge verblieben, ferner nicht bestehen könne.

Zu den §§. 113 — 116. Die ständische Mitwirkung bei der Gesetzgebung sey auf eine den neuern Verfassungen und den gerechten Ansprüchen der Staatsbürger völlig entsprechende Art und Weise festzusetzen, und insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß der Unterschied zwischen Gesetzen und Verordnungen deutlich und fest bestimmt werde, daß eine jede die Freiheit und das Eigenthum der Staatsbürger, den Wirkungskreis und die Verhältnisse der Landesbehörden betreffende Anordnung nur in Gesetzen ausgesprochen werden könne, zu deren Gültigkeit die ständische Zustimmung erforderlich sey ¹¹⁾.

11) Diese äußerst wichtige, ja wichtigste Materie in einer jeden Verfassungs-Urkunde ist von Pölig in dem „Constitutionellen Leben“ S. 139. f. f. abgehandelt worden; Ausführungen, denen wohl wenig hinzugefügt werden kann. Eine Uebersicht der Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung in den verschiedenen deutschen Staaten möge hier einen Platz finden:

1) Baiern. Verfassungs-Urkunde von 1818, §. 20.

Zu §. 117. Hier erwächst die Frage: Ob Bundestagsbeschlüsse zu ihrer Gültigkeit der Promulgation der Landesfürsten in den einzelnen Territorien be-

Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheiten der Personen, oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes geändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden.

2) Württemberg. Vf. u. von 1819.

Ohne Bestimmung der Stände kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden.

3) Baden. Vf. u. von 1818.

Kein Gesetz, das die Verfassungs-Urkunde ergänzt, erläutert oder abändert, darf ohne Zustimmung einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Stände-Glieder jeder Kammer gegeben werden. — Zu allen andern, die Freiheit der Personen und das Eigenthum der Staatsangehörigen betreffenden allgemeinen neuen Landesgesetzen, oder zur Abänderung oder authentischen Erklärung der bestehenden, ist die Zustimmung der absoluten Mehrheit einer jeden oder beider Kammern erforderlich.

4) Kurhessen. Älterer Verfassungs-Entwurf von 1816.

Ohne Zustimmung der Stände kann kein das Steuerwesen betreffendes, auch kein die Eigenthumsrechte, die persönliche oder die Gewerbe-Freiheit beschränkendes Gesetz gegeben werden.

Vf. u. von 1831.

Ohne Bestimmung der Stände kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden. Verordnungen, welche die Handhabung oder Vollziehung bestehender Gesetze bezwecken, werden von der Staatsregierung allein erlassen.

5) Hessen-Darmstadt. Vf. u. von 1820.

Ohne Zustimmung der Stände kann kein Gesetz, auch in Bezug auf das Landes-Polizeiwesen, gegeben, aufgehoben oder abgeändert werden. Wenn bei bestehenden Gesetzen die doctrinelle Auslegung nicht hinreicht, so tritt nicht authentische Auslegung, sondern die Nothwendigkeit einer neuen Bestimmung durch einen Act der Gesetzgebung ein.

6) Mecklenburg. Erbvergleich von 1755.

Wenn in Justiz-, Polizei- und Kirchen-Sachen, oder worin es wolle, Verordnungen, welche gleichgültig, jedoch zur Wohlfahrt und zum Vortheile des ganzen Landes absichtlich und diensam sind, erlassen werden sollen, so ist der Landtag, oder, wenn periculum

dürfen, oder ob eine Publication einfach nur die Absicht einer Bekanntmachung habe. — Nimmt man das erste an, so erhält der Deutsche aus den Beschlüs-

in mora, der engere Ausschuß, mit seinem rathsamen Erachten zu vernehmen, und darauf alle billigmäßige Aufmerksamkeit zu wenden. Verordnungen aber, welche die wohlerworbenen Rechte der Ritter- und Landschaft gesamt oder besonders berühren, bedürfen der freien Bewilligung der Letzten auf allgemeinem Landtage.

7) Weimar. Grundgesetz von 1816.

Neue Gesetze, welche die Landes-Verfassung betreffen, oder die persönliche Freiheit, die Sicherheit und das Eigenthum der Staatsbürger im ganzen Lande oder in einer ganzen Provinz zum Gegenstande haben, und deshalb das Allgemeine angehen, können ohne der Landstände Beirath und Einwilligung nicht erlassen werden.

8) Wf. u. von 1814.

Ohne Einwilligung der Stände soll an den die Aufrechterhaltung der bürgerlichen und Gewerbe-Freiheit, so wie Gleichheit der Abgaben bezweckenden Gesetzen und Einrichtungen nie eine Abänderung verfügt — überdies sollen wichtige, das Eigenthum, die persönliche Freiheit und die Verfassung betreffende neue Landesgesetze nicht ohne den Rath und die Zustimmung der Landstände eingeführt werden.

9) Coburg. Wf. u. von 1821.

Neue Gesetze, welche die eigentliche Landes-Verfassung betreffen, so wie Abänderungen und Erklärungen der hierunter bestehenden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Stände. Ohne Beirath und Zustimmung derselben können Gesetze, welche die persönliche Freiheit und das Eigenthum betreffen, nicht gegeben, abgeändert oder aufgehoben werden.

10) Meiningen. Wf. u. von 1824.

Neue Gesetze, welche die Verfassung betreffen, oder die persönliche Freiheit, die Sicherheit und das Eigenthum der Staatsbürger im ganzen Lande oder in seinen einzelnen Theilen zum Gegenstande haben, können ohne der Stände gehörigen Beirath nicht erlassen werden.

11) Hildburghausen. Wf. u. von 1817.

Die Landschaft hat das Recht der Berathung und Zustimmung bei Einführung neuer und bei Abänderung bestehender allgemeiner Landesgesetze, welche die Grund-Verfassung des Landes, die Freiheit oder das Eigenthum der Staatsbürger betreffen.

sen des Bundestages gar keine Rechte, denn es wird ja von den Fürsten abhängen, ob sie solche in ihren

12) Schwarzburg-Rudolstadt. Verordnung von 1821.

Die Landes-Repräsentanten haben das Recht der Berathung und Zustimmung bei allen neu zu erlassenden Gesetzen, welche die persönlichen Verhältnisse oder das Eigenthum sämmtlicher Unterthanen betreffen. Die Verweigerung der Zustimmung findet nur Statt, wenn wenigstens $\frac{2}{3}$ der Anwesenden mit Angabe der Gründe gegen die Annahme stimmen.

13) Lichtenstein. Vf. u. von 1818.

Vorschläge im bürgerlichen, politischen und peinlichen Fache werden den getreuen Ständen nicht erlaubt. (!)

14) Waldeck. Landes-Vertrag von 1816.

Einwilligung bei Gesetzen über Verfassung, Freiheit und Eigenthum; Gutachten bei andern.

15) Lippe-Schaumburg. Verordnung von 1816.

Gutachten bei allgemeinen Landesgesetzen, Einwilligung bei denen, welche auf die Verfassung wesentlichen Einfluß haben.

16) Lippe-Detmold. Vf. u. von 1819.

Mitwirkung und Gutachten bei Einführung neuer oder Abänderung früherer Landesgesetze, Einwilligung bei denen, welche auf die Verfassung wesentlichen Einfluß haben.

17) Hannover. Entw. eines Staatsgrundg. von 1831. §. 10. f. f.

Alle Gesetze, durch welche den Landes-Einwohnern neue Leistungen an den Staat auferlegt, oder die bisherigen abgeändert werden, sofern sie nicht von der Bewilligung der Provinzial-Landschaften abhängen, bedürfen sowohl behuf ihrer Erlassung, als ihrer Abänderung und authentischen Interpretation, der Einwilligung der allgemeinen Ständeversammlung.

Bei andern neuen Gesetzen, welche das ganze Königreich oder den Bezirk mehrerer Provinzial-Landschaften betreffen, muß die allgemeine Ständeversammlung mit ihrem Rathe gehört werden.

Gesetzentwürfe gelangen von Seiten der Regierung an die Stände; jedoch können auch diese auf die Erlassung neuer oder abändernder Gesetze antragen.

Verfügungen, welche die Ausführung und Handhabung bestehender Gesetze betreffen, Anordnungen der Sicherheits- und Gesundheitspolizei, so wie außerordentliche eilige Maßregeln für die Sicherheit des Landes oder die Erhaltung der ernstlich bedrohten Ordnung, werden von Seiten der Landesherrschaft allein erlassen, ohne daß die Concurrenz der Stände dazu erforderlich ist.

Landen promulgiren wollen oder nicht. Dieses ist aber nicht anzunehmen, denn sonst könnte der Bund den Staatsbürgern keinen Schutz gewähren. Unter dieser Voraussetzung erscheint der §. 117. als ziemlich überflüssig. Aus solchem Gesichtspuncte wurde über diesen Gegenstand in der ständischen Versammlung verhandelt ¹²⁾.

Zu §. 118. Die gütsherrlichen Rechte, von denen in diesem §. die Rede ist, stehen als Eigenthum unter dem Schutze der Gesetze. Unter diesem sind sie gekauft, vererbt, in Erbtheilungen angenommen, und sie bilden einen Theil des Vermögens der Inhaber. Diese Berechtigten stehen oftmahl, besonders verhältnißmäßig, in Beziehung auf Wohlstand, den Verpflichteten weit nach. — Solche Betrachtungen kamen in der ständischen Versammlung zur Sprache, und so sprach man es denn aus, daß die in Rede stehende Entschädigung eine der Aufopferung „angemessene“ seyn müsse. — Dieses ist um so nothwendiger, da, wenn jene Berechtigungen gegen nicht vollständige Entschä-

Alle Gesetze und Verordnungen werden vom Könige verkündet, und erhalten dadurch für alle Unterthanen unbedingte Verbindlichkeit, und alle Verwaltungs-Beörden und Gerichte haben auf deren Erfüllung zu halten. Sollten Zweifel darüber entstehen, ob bei einem Gesetze die verfassungsmäßige Concurrenz der Stände hinreichend beobachtet sei, so steht es nur diesen zu, Anträge deshalb zu machen.

Die allgemeine Ständerversammlung hat das Recht, in Beziehung auf etwaige Mängel oder Mißbräuche in der Verwaltung, oder der Rechtspflege ihre Wünsche, Verbesserungen und Beschwerden dem Landesherren oder dem Cabinets-Minister vorzutragen. Ein weiteres Eingreifen in die Verwaltung steht derselben nicht zu.

12) V. Sächs. Verf. Art. §. 89.

digungen aufgegeben werden müßten, dann das Staatsvermögen, welches zu einem bedeutenden Theile daraus besteht, so verringert werden würde, daß es zu dem Staatshaushalte nicht mehr hinreichte, daher denn zu einer Vermehrung der öffentlichen Abgaben geschritten werden müßte. Wie ungerecht würde es aber seyn, den Städten neue Bürden aufzulegen, um die Landleute von Lasten zu befreien, die seit Jahrhunderten nicht auf ihren Personen, sondern auf ihren Besitzungen lasten, welche ihre Vorfahren nur unter diesen Bedingungen zu einer Benutzung empfangen, die immer mehr und sich zu einem wahren Eigenthum gestaltete. — Ueberdem ist nicht alles recht, was nützlich ist. Vielleicht wäre es dem Ganzen nützlich, wenn alle großen Landbesitzungen, durch ein agrarisches Gesetz, unter die Proletarien vertheilt würden. Wer würde aber eine solche Barbarei für gerecht halten? — Deutschland ist gottlob noch nicht durch das Fegfeuer der Revolution gegangen, daher denn auch noch nicht die Rede von Gesetzen seyn kann, welche die Natur und Beschaffenheit der agrarischen Gesetze haben würden. Diese Betrachtungen schließen keinesweges aus, daß eine Gesetzgebung, wie sie Preußen in den hier in Frage stehenden Beziehungen hat, sehr wünschenswerth sey.

Der Lehnserus hat sich überlebt, und so mögen immerhin die Lehne allodificirt werden, obwohl es sich nicht verkennen läßt, daß die Unveräußerlichkeit der Lehne (ohne Einwilligung der Lehnsherren und Agnaten) sehr zum Wohlstande der Familien beitrug.

Gleich wie jeder Staat mit Recht dafür sorgt, daß sein Vermögen und seine Grenzen erhalten werden, so hat, im Kleinen, jede Familie das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß sie auch für die Zukunft im Wohlstande verbleibe. Selbst dem Staate muß daran gelegen seyn, daß das Grundvermögen angesehener Familien nicht, gleich den Büchern eines verstorbenen Gelehrten, nach jedem Todesfalle des Eigenthümers sub hasta veräußert werde. Ueberdem spornt nichts mehr zu altdeutscher Sparsamkeit an, als der Gedanke, die Errungenschaft (wie unsere Altvordern sagten) werde noch spätem Enkeln zum Unterhalte und Ansehn nützlich seyn. — Es ist also durchaus erforderlich, daß es erlaubt bleibe, durch Fideicommissse und Majorate dafür zu sorgen, daß nicht das Grundvermögen der Familien, durch Verschwender, den Nachkommen entzogen werde. — Ich weiß sehr wohl, wie diese Bemerkungen Mancher aufnehmen wird. Auch das Ansehn der Familien erregt böse Laune: dem Staate — sagt man — sey es gleichgültig, wer zu einer gewissen Zeit Grundbesitzer sey; ja, dann habe der Grundbesitz erst seine Bedeutung, wenn die Grundstücke recht oft (gleich einem Stücke Geld) von einer Hand in die andere gehen. — Doch selbst das liberale Frankreich ist nicht dieser Meinung, und eben so wenig bis jetzt, das constitutionelle Deutschland und das edle Preußen.

Uebrigens würde die Abneigung Manches gegen Majorate und Fideicommissse nicht leichter zu beseitigen seyn, als wenn man ihm die Hoffnung eröffnen könnte, in einem solchen zu succediren. Da würde es ihm ge-

hen, wie selbst dem berühmten Lord Brougham, der ehemahls so oft den Stolz der Aristocraten verhöhnte, sich aber bei seiner Erhebung in den Adelsstand als Lord Brougham and *Vaux*, den letzten, normännisch lautenden Titel beilegte, worauf er, obgleich gar keine Baronie Baur existirt, veraltete Familien-Ansprüche macht. — So ist die Welt, und so wird sie ewig bleiben.

Zu §. 120. Es erschien nothwendig, daß eine solche Fassung zu wählen sey, welche es mit Bestimmtheit ausdrücke, daß das bundesverfassungsmäßige Contingent in Friedenszeiten auf seinen geringsten Bestand reducirt werden müsse. Auch sey darüber Erkundigung einzuziehen, ob mit der von dem Herzoge Carl veranstalteten Aufstellung einer Reserve fortzufahren beabsichtigt werde, und in diesem Falle Abhülfe solcher Unregelmäßigkeit in Antrag zu bringen.

Wenn es wahr ist, was irgend ein Staatsmann sagte, daß die größte Wohlthat, welche man einem Volke erzeigen kann, die ist, so viel als möglich ihm sein Geld in den Taschen zu lassen, so ist diese Wohlthat bei uns vorzüglich durch Ersparungen bei dem Militair-Etat möglich zu machen. Dieser kostet dem Lande jetzt die außerordentlich hohe Summe von jährlich 350,000 Rthlr., welche jetzt noch durch einen monatlichen Zuschuß von 4000 Rthlr., behuf des Kriegesfußes, worauf solches gesetzt ist, vermehrt werden. So lange so enorme Summen für ein Corps von wenig über 2000 Mann erfordert werden, kann von einer Herabsetzung der Abgaben nicht die Rede seyn. Ja, die Statt gehabte Verminderung der Personal-

steuer wird schwerlich dann bestehen bleiben können. Doch ist — um Mißverständnisse, vorzüglich im Auslande, auszuschließen, hier zu bemerken, daß, da Herzog Friedrich Wilhelm zur Vertheidigung des deutschen Vaterlandes ein Armee-Corps von 10,000 Mann in das Feld stellte (ohne deshalb Vortheile zu erhalten, wie sie andern deutschen Fürsten, die solche Anstrengungen nicht gemacht hatten, zu Theil wurden), dieses zu einer so großen Menge von Militair-Pensionen und Wartegeldern die Veranlassung gegeben hat, wie in andern Staaten, von der Größe des Herzogthums Braunschweigs, nicht vorkommen werden.

Zu §. 121. Man fand erforderlich, daß darauf Bedacht zu nehmen sey, eine Behörde auszumitteln, welche, bei dem Entstehen eines Conflicts zwischen Justiz- und Verwaltungs-Behörden, die Entscheidung ausspreche.

Zu §. 122, Es wurde der Commission anheim gestellt, zu erwägen, ob nicht die hier bemerkten und andre Bestimmungen, welche mehr Zusicherungen für die gesammten Staatsbürger, als Rechte der Landschaft enthielten, besser in ein besonderes Capitel mit der Ueberschrift: „Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten und besondere Zusagen“ zusammen zu fassen seyen. In allen neuern Verfassungsurkunden sey dieses geschehen, und werde dadurch eine Strafbarkeit derer Personen, welchen die Kränkung zur Last falle, als Verletzung der Verfassung unmittelbar und ohne Antrag veranlaßt, während die Zusicherung in dieser Verbindung

dem Verletzten nur die Hoffnung auf eine Verwendung der Stände darbierte.

Eine gewiß eben so richtige, als für die Sicherheit der Staatsbürger wichtige Bemerkung.

Die §§. 123—129 gaben Veranlassung zu verschiedenen Bemerkungen, welche im Allgemeinen ebenfalls bezweckten, die Garantien der Staatsbürger zu vermehren und Bestimmungen zu veranlassen, wie sie sich in andern hinlänglich bekannten Verfassungsurkunden befinden. — Der Verfasser unterläßt es, hier in Einzelheiten zu gehen, auf welche jeder den Entwurf prüfende sachkundige Leser leicht von selbst kommen wird.

Zu den §§. 130 und 131. Man hielt es für angemessen, den hier in Frage stehenden Staatsgerichtshof durch das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht zu Wolfenbüttel, welchem allenfalls der Präsident des Landesgerichtes beitreten könnte, bilden zu lassen.

In der That scheint es bedeutende Vortheile darzubieten, wenn in Fällen der in Frage stehenden Art keine Wahl von Richtern erforderlich ist, sondern der competente Gerichtshof vollständig bereits vorhanden erscheint.

Zu §. 133. Es wurde zur Discussion gebracht: Ob überall der Posten eines Landsyndicus beizubehalten sey? Ein Redner entwickelte (im Wesentlichen), mit vieler Beredsamkeit und einer großen Klarheit, daß man nicht von der Gegenwart auf die Zukunft schließen dürfe, sondern wohl bedenken möge, welcher einen eminenten Einfluß ein auf die Lebenszeit angenomme-

ner Beamter, dem die dem Landsyndicus zustehenden Functionen obliegen, in einer durch neue Wahl alle drei Jahre erneuten Versammlung und bei dem ständischen Ausschusse ausüben könne. Er erscheine, dem Wesen nach, als der Präsident der Versammlung. Es scheine zweckmäßig, daß der Präsident selbst sich mit den Functionen befasse, die dem Landsyndicus obliegen sollten, und daß er in diesen durch einen Archivar und Secretair unterstützt werde. Wenn die Versammlung der Stände jährlich Statt fände, und der Präsident sich während seiner Function in Braunschweig aufhielte, so würde um so unbedenklicher der Posten eines Landsyndicus wegfallen können, das constitutionelle Leben sich aber weit besser entwickeln. — Obgleich der Herr Landsyndicus diesen Antrag unterstützte, so war doch die große Mehrheit der Stände der Meinung, daß der Posten eines Landsyndicus, eines beständigen Consulenten der Landschaft, beizubehalten sey.

Der künftigen Commission wurde zu erwägen anheim gegeben, welche Stellung dem Landsyndicus künftig in dem Steuer-Collegio, welches zu einem allgemeinen Finanz-Collegio zu erweitern, einzuräumen sey.

Der Verfasser, welcher in der ständischen Versammlung die Beibehaltung des Postens eines Landsyndicus mit vieler Theilnahme vertheidigte, in dieser Beziehung durch die Erfahrung belehrt, welche die Amtsführung des jetzigen äußerst verdienten Herrn Landsyndicus als dem Lande von dem größten Nutzen dargestellt hat, will diesem ungeachtet keinesweges in Abrede stellen, daß von der Gegenwart nicht auf die Zu-

kunst zu schließen, und daß es demnach rathlich sey, auf Garantien zu denken, daß das *Votum consultativum* eines künftigen Landsyndicus nicht zu einem entscheidenden *Votum* ausarte. — Zu einer Zeit, wo erbliche Stände und ein auf die Zeit des Lebens gewählter Ausschuss vorhanden waren, hatte dieses wenig Gefahr. Es gab unter diesen stets Männer, die, ausgerüstet mit Kenntniß der Landesverfassung, der Verwaltung und der Rechte, sich auf eben diese Kenntnisse verlassen konnten. Wird dieses auch dann noch der Fall seyn, wenn, wie gewünscht wird, alle drei Jahre eine neue ständische Versammlung geschaffen wird, wenn die Mitglieder des engern Ausschusses wechseln, wenn es sogar nicht einmahl nothwendig ist, daß sie in dem Steuer- und Finanz-Collegium Stellen bekleiden? Liegt es da nicht in der Natur der Sache, daß der einzige bleibende Beamte, unter allen diesen wechselnden Personen, ohne daß ihm die geringste Anmaßung wird Schuld gegeben werden können, eine solche Autorität gewinnen muß, daß schwerlich irgend ein Einzelner gegen ihn eine Meinung wird durchsetzen können? Es ist ein gewöhnlicher Fehler, daß, wenn man sich für die Gegenwart gesichert sieht, dann man auch von der Zukunft Sicherheit erwartet. Ein Gesetzgeber darf in diesen Fehler nicht verfallen. Es scheint mir also, daß diese Materie einer sehr reiflichen Berathung wird unterworfen werden müssen.

In Beziehung auf die Frage: Ob es nicht angemessen sey, alljährlich einen Landtag zu halten, und dann von der Bestellung eines Ausschusses gänzlich abzu-

stehen, wurde zuvörderst die Voraussetzung eines jährlichen Landtages einer sorgfältigen Prüfung unterworfen. — Dafür wurde angeführt, daß bei der in Anspruch genommenen ausgedehnten Mitwirkung der Landschaft bei der Gesetzgebung, zu Vieles dem Ausschusse, schon in dieser Hinsicht, werde überlassen bleiben müssen, und auch die Beaufsichtigung der Finanzverwaltung unter Umständen durch den Ausschuß weniger durchgreifend und streng seyn werde, als wenn sie von gesammter Landschaft ausgehe, bei jährlichen Landtagen auch das Interesse des Publicums an den öffentlichen Angelegenheiten mehr geweckt und belebt werden würde. — Dagegen ward erinnert, daß, wenn die Finanz-Periode einmahl dreijährig bleiben müsse, und gar häufig der Fall eintreten werde, daß es nicht erforderlich sey, Gesetze, im Laufe eines Jahres, zu erlassen, welche der Zustimmung der Stände bedürften, so könne es wohl geschehen, daß ein Landtag sich versammele, ohne daß Gegenstände der Berathung vorhanden wären, das Suchen nach solchen Gegenständen könne aber eher schädlich als nützlich seyn. Eine alljährliche Versammlung könne sogar das Mittel werden, die Idee von der Wichtigkeit der ständischen Einwirkung zu schwächen. Selbst die durch jährliche Zusammenkunft so bedeutend größer werdenden, dem Lande zur Last fallenden Kosten seyen in Betracht zu ziehen. Die Abstimmung fiel gegen den Antrag jährlicher Landtage aus.

Es wurde hierauf zu den §§. 17 ff. der Proposition, welche von dem ständischen Ausschusse handeln,

zurückgegangen, und dafür gehalten, daß der Ausschuß, ohne Rücksicht auf Stände, aus dem gesammten Plenum erwählt werden müsse. Man hielt es jedoch für zweckmäßig, auch einen größern Ausschuß von etwa neun Personen zu bilden, zu welchem eine jede Standesklasse drei Mitglieder zu erwählen hätte, und entweder dessen alljährliche Versammlung zu bestimmen, oder aber die Fälle festzusetzen, in welchen der engere Ausschuß denselben zuzuziehen verpflichtet sey.

Bisher waren die ständischen Mitglieder des Landessteuer-Collegii, als solche, Mitglieder des engern Ausschusses. Sie waren gleichsam die Wächter des Landes-Finanz-Wesens. Daß dieses unter ihrer Mitwirkung, bis zu Eintretung höchst bedenklicher Umstände, und auch selbst unter diesen, in dem blühendsten Zustande war, zeigen die Hunderttausende abgetragener Landesschulden, und zeigt der Kurs der landschaftlichen Obligationen, deren 3 Procent tragende al pari standen, obwohl sie nicht gekündigt werden können. — Es stehet zu erwarten, ob ein alle drei Jahre neu gewählter engerer Ausschuß, dessen Mitglieder dem künftigen Steuer- und Finanz-Collegio fremd sind, wenigstens fremd seyn können, den directen Nutzen dem Lande zu schaffen vermögen (bei dem besten Willen), den die jetzigen Mitglieder des engern Ausschusses dem Lande geschafft haben. Der Verfasser wünscht dieses herzlich; doch — selbst Mitglied des jetzigen engern Ausschusses der Landschaft als landschaftlicher Landessteuerrath — enthält er sich jeder weitem Ausführung.

Zu §. 137. Die Versammlung war der Ansicht,

daß die Zustimmung zu Veräußerung von Staatsgütern nicht dem Ausschusse zu überlassen sey, besonders da in Nothfällen das Mittel einer vorübergehenden Steueranlage oder eines Anlehns vorzuziehen seyn möchte.

Zu §. 140. Der Beurtheilung der zu ernennenden Commission wurde folgende Fassung zu genauerer Erwägung anheim gestellt:

»So wie indessen der Landschaft das Recht der Selbstversammlung, um über des Vaterlandes Wohl zu berathen, im Allgemeinen nach althergebrachter Freiheit zustehet: so ist der Ausschuss verpflichtet, besonders in folgenden Fällen die Abgeordneten zu einer Landesversammlung zusammen zu berufen.«

Desgleichen am Ende: »Von solcher im Allgemeinen von der Landschaft, oder in den bemerkten Fällen von dem Ausschusse veranlaßten Berufung, so wie u. s. w.«

Zu §. 149. Man hielt dafür, daß eine bestimmte Sitzordnung dem allgemeinen Interesse und der Harmonie nachtheilig werden könnte. Es schien daher zweckmäßig, jedem ständischen Mitgliede zu überlassen, wo es seinen Platz nehmen wolle.

Zu §. 152. Glaubte man ebenfalls, daß auf ein besseres Mittel, die besonderen Interessen zu wahren Bedacht zu nehmen sey.

Es steht, nach meiner Ansicht, kaum zu erwarten, daß, da das Zwei-Kammer-System, nach dem Entwurfe, wegfällt (welches ich, nach der von mir im ersten Hefte dargelegten Ueberzeugung, noch stets bedaure), ein Mittel ausfindig zu machen sey, das weniger Bedenklichkeiten, als das vorgeschlagene, darbiete.

thet; ein Mittel ist aber durchaus erforderlich, besonders da das platte Land, der Natur der Sache nach, weit stärker als die Städte repräsentirt ist ¹³⁾.

Zu §. 160. Nur ein Landtag, nicht eine selbst berufene Ständeversammlung, dürfte aufgelöst werden können, und werde irgendwo ausgedrückt werden müssen, daß für Aeußerungen in der Ständeversammlung kein Mitglied verantwortlich gemacht werden könne.

Dieses Letzte ist eine wesentliche Folge constitutioneller Verhältnisse. Ein Landstand ist als solcher kein Staatsbeamter, sondern ein Repräsentant der Staatsgenossenschaft.

Zu §. 163. Es werde auszudrücken seyn, daß bei den Wahlen der drei Candidaten zu der Präsidentenstelle auch von jedem Mitgliede der Ständeversammlung drei Personen aufzuzeichnen seyen ¹⁴⁾.

Zu §. 194. Es fiel der Beschluß wörtlich dahin aus:

„Es sey wegen des verheißenen Familiengesetzes mit der Regierung zu communiciren, und durch dessen Einschalten in die Verfassungsurkunde die Bestätigung des pacti Henrico-Wilhelmini überflüssig zu machen, auch wegen der auf die Beachtung der Ver-

13) Vergl. §. 129 der Verfassungs-Urkunde des Königreichs Sachsen.

14) Es scheint dieses eine überflüssige Bemerkung. Sie ist es nicht, da bei einer der Wahlen zu den zu Präsidenten vorzuschlagenden Mitgliedern in dieser Beziehung Zweifel entstanden waren. Würden diejenigen drei Personen präsentirt, welche lediglich die relative Mehrheit der Stimmen hatten, so könnten diese Stimmen folgendermaßen ausfallen: A. 39 Stimmen, B. 2 Stimmen, C. 1 Stimme; und der Letzte könnte von der Regierung ausgewählt werden.

fassung auszustellenden Versicherung in dem ersten Capitel, welches die Verhältnisse des Fürsten zum Lande enthalten müsse, Bestimmung zu treffen.“

Zu §. 196. Nach der Ansicht der Stände dürfte dem zu bildenden Gerichte auch hier das gemeinschaftliche Oberappellations-Gericht zu Wolfenbüttel vorzuziehen seyn.

Zu §. 197. Durch Abstimmung wurde entschieden, daß der Diätensatz für auswärtige Mitgliederfüglich in drei Thaler täglich bestehen könne, und daß die zu Braunschweig wohnhaften gar keine Diäten empfangen.

Schließlich wurde noch über die Frage debattirt: Ob es zweckmäßig sey, die künftigen Ständeversammlungen öffentlich zu halten oder nicht. — Beide Meinungen wurden mit den bekannten, so oft zur Sprache gebrachten Gründen vertheidigt, jedoch kam es zu keinem Beschlusse, sondern diese wichtige Angelegenheit wurde der reislichen Prüfung der zu ernennenden Commission anheim gestellt ¹⁵⁾.

15) Der Verfasser hat seine Meinung über diesen wichtigen Gegenstand in Nr. XI. dieser staatswissenschaftlichen Mittheilungen geäußert. Doch gesteht er gern, daß bei dem Systeme Einer Kammer die Sache ein verschiedenes Ansehn gewinnen kann. Ein bewährter praktischer Staatsmann, Freund des Verfassers, äußert sich über diesen Gegenstand, in einem Briefe an denselben, folgendermaßen: „Kein Wahlgesetz in der Welt kann Sie gegen die Eitelkeit 1) derer, die nach Popularität trachten, und 2) derer, die durch die Opposition sich der Regierung wichtig machen, und den Weg zu Ehrenstellen bahnen wollen, schützen. Ueberhaupt giebt es in einem kleinen Staate nicht unabhängige Männer genug. Schon sehe ich Sie in einem Dilemma befangen, wovon in jedem Falle die Steinigung der Ausgang ist; sofortige für den, der jetzt gegen die Oeffentlichkeit votirt, und zukünftige für den, der in der Folge, bei eingeführter Oeffentlichkeit, ein-

Die Wahl der Commissarien wurde nun vorgenommen, und fiel diese auf folgende Personen:

Aus der ersten Section.

Landdrost von Gramm auf Samleben.

Hofrath Bruns, Vormund eines minderjährigen von
Beltheim auf Glentorf.

Gammerrath von Beltheim auf Destedt.

Graf von Oberg auf Duttonstedt.

Geheime-Rath von Strombeck auf Groß-Zwülpsstedt.

Aus der zweiten Section.

Magistrats-Director Bode, aus Braunschweig.

Hofrath Hettling, Probst zu Marienberg.

Steuerrath Langerfeldt, Stadtdeputirter aus Braun-
schweig.

Rittmeister von Unger, Freisasse zu Groß-Stöckheim.

Kaufmann Grassau, Stadtdeputirter aus Braun-
schweig.

mahl nicht der Meinung des großen Haufens, oder vielmehr seiner
Center hinter der Gardine, ist. — Dieß ist der einzige Punct, den Sie
in Ihrer mit aller Gewissenhaftigkeit und Klarheit abgefaßten Nr. XI.
der Mittheilungen nicht berührt haben.“ — —

Botum über Preßfreiheit¹⁾.

Eines der edelsten Ergebnisse bürgerlicher Freiheit, und ohne welches eine solche schlechterdings gar nicht vorhanden seyn würde, ist das Recht, frei seine Gedanken äußern zu dürfen. Freiheit zu denken kann auch der größte Despot nicht nehmen, sie bleibt uneingeschränket selbst in den Kerkern der Inquisition: aber daß der Denker seine Gedanken mittheile, sie gegen die Anderer austausche, dieses ist es, was der Despotismus zu allen Zeiten fürchtete, diesem spürte er nach, dieses suchte er zu unterdrücken. — Einem Tiberius erwecket Alles Verdacht, sein böses Gewissen sagt ihm, was die Menschen von ihm urtheilen, er wüthet in seinem Innern, dieses nicht unterdrücken zu können; aber was er unterdrücken zu können glaubt, die Aeußerung dieser Gedanken, dieses ist der Gegenstand seines bekämpfenden Bestrebens. Daher in den Gebieten des Despotismus zu allen Zeiten Aufpasser und Angeber, besonders angestellte und freiwillig sich darbietende. — Wer erinnert sich nicht aus der Geschichte der Zeiten der bösen römischen Imperatoren, unter denen jede auch noch so unschuldige oder mehrfach zu deutende Aeußerung oder Handlung, z. B. das Versetzen der Bildsäule eines Imperators von einem

1) Da es nicht fehlen kann, daß in den landschaftlichen Verhandlungen dieser Gegenstand zur Sprache komme, so habe ich in Folgendem mein Botum niedergeschrieben.

Orte an den andern, den Tod zur Folge haben konnte? — Ohne freie Mittheilung der Gedanken ist aber, in Beziehung auf die edelsten Gegenstände des Wissens, kein Fortschreiten des Menschengeschlechtes möglich. Der Mensch fühlt dieses schon instinktmäßig, und es erscheinen ihm daher die Fesseln, welche der Freiheit seine Gedanken mittheilen zu dürfen angelegt werden, in hohem Grade unerträglich.

Seit der großen Erfindung der Buchdruckerkunst ist die Presse eines der gewöhnlichsten Mittel, Gedanken mitzutheilen, unter allen ist sie aber bei weitem das wirksamste. Durch sie vermag man mit tausend Zungen zu Tausenden von Menschen und auf Zeiten von nicht zu ermessender Dauer zu reden. — Soll diese Weise zu reden frei, oder soll sie fesselnden Gesetzen unterworfen seyn? — Dieses die große Frage, die nun schon seit länger als drei Jahrhunderten Veranlassung zu den verschiedenartigsten Bemerkungen gegeben hat²⁾. Es würde Ekel erregen, vor das Publikum zu bringen, was so oft, besonders in unsern Zeiten, in Beziehung auf Pressfreiheit vorgebracht und allgemein bekannt ist. Das Resultat war: Auch jene wirksamste Redefreiheit darf nicht unterdrückt werden. Sie ist es, die ganz vorzüglich Mißbräuchen aller Art entgegen tritt, und die Erörterung der wichtigsten Gegenstände herbeiführend, wesentlich zum Wohle des Ganzen beiträgt. — Heißt dieses aber: So wie es Jedem erlaubt

2) Gleich nach Erfindung der Buchdruckerkunst wurden an den Druckorten Censoren angestellt.

seyn muß, seine Gedanken frei in dem Zirkel seiner Freunde mitzutheilen, so muß es ihm auch erlaubt seyn, durch das Mittel der Presse, alles was er denkt, oder zu denken vorgiebt, der Mitwelt und Nachwelt zu offenbaren? — Von Vielen, ja jetzt vielleicht von der Mehrheit, wird dieses behauptet. Denn (so sagt man) das Falsche, das Gefährliche, könne nie dauern; es fände sein Gegengift bald in Widerlegungen, welche nie ausbleiben würden. Bildeten aber die geäußerten Meinungen oder Urtheile Verbrechen, so seyen Gesetze und Richter vorhanden, diese zu ahnden. Neußerungen der Gedanken zum Voraus einer Prüfung zu unterwerfen, öffne der Willkür Thür und Thor. Wie gefährlich, ja wie unvernünftig, sey es, einen einzelnen, vielleicht gallstüchtigen oder beschränkten Menschen zum Urtheiler über Neußerungen zu machen, von denen vielleicht das Wohl und Wehe von Tausenden, oder wenigstens die Ehre und das Glück dessen abhängen, der seine Gedanken öffentlich bekannt zu machen beabsichtige!

Dieses sind Betrachtungen, welche im höchsten Grade der Beachtung würdig sind; doch sind sie nicht entscheidend. — Die individuelle Freiheit, in ihren mannigfaltigen Neußerungen, muß sich in einem Staate mancher Beschränkung, des allgemeinen Wohles wegen, unterwerfen. — Es ist also zu prüfen: Ist die vollständige Freiheit der Presse dem allgemeinen Wohle zuträglich? — Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir die Ergebnisse der Erfahrung zu Hülfe nehmen. — Was lehrt

uns diese? — Sie lehrt, daß die vollkommenste Pressfreiheit bei solchen Schriften, welche nicht zu der Kategorie der Flugblätter, Journale und Zeitungen gerechnet werden können, kein Bedenken hat, unter der Voraussetzung, daß sich ihr Verfasser nannte. Ihre Wirkung ist nicht augenblicklich, es gehört eine gewisse Zeit dazu, bis sie verbreitet werden, unterdeß findet sich aber leicht ein Widerleger des Falschen und Gefährlichen, und die Prüfung beginnt. Die Gerichte vermögen, ist es erforderlich, und rechtlich einzuschreiten.

Ganz anders aber verhält es sich mit den als Zeitungen und Flugblätter bezeichneten Schriften. Sie wirken sofort, und die ersten sogar unausgesetzt. Ist ein Zeitungsschreiber von bösem Willen beseelt, so ist er im Stande, sowohl der Staatsgewalt, als einem Privaten gar keine Ruhe zu lassen. Seine Angriffe gegen die erste können den gefährlichsten Charakter annehmen, und das Geringste, was erforderlich ist, sind officiële Blätter, die stete Rechtfertigungen und Widerlegungen enthalten. Wie sehr die der Staatsgewalt nöthige Kraft hierdurch leiden müsse, ist in die Augen fallend, auch bestätigt dieses die Erfahrung. In welchem Zustande sind Frankreich und Belgien durch die Zügellosigkeit der periodischen Presse? Es gehört wenig Scharfsinn dazu, vorauszusehen, daß ihre letzte Revolution noch nicht gekommen ist, und die Schuld hiervon wird vorzüglich die periodische Presse tragen. — Ist eine ähnliche Zukunft für Deutschland wünschenswerth? — Man sehe nicht Großbritannien entgegen. — Theils läßt sich nicht verkennen, daß auch dort die völlige

Freiheit der periodischen Presse nicht ohne sehr gefährliche Einwirkungen sey, theils sind dort die politischen Institutionen auf eine so eigenthümliche Art begründet, daß eine Erschütterung derselben sehr schwierig ist. Aber auch dort, wie angedeutet worden, kann eine zügellose periodische Presse des Unglücks noch genug anrichten, und wird es. — Das Resultat dieser kurzen Betrachtungen, die jedem Denkenden noch eine große Masse von Stoff zum Nachsinnen darbieten, ist für mich: Völlige Freiheit der Presse für eigentliche Bücher, und überall für solche Schriften, die nicht in die Kategorie der Pamphlete gehören, wenn sich deren Verfasser genannt hat; eine liberale Censur, mit einer gehörig geordneten höhern Instanz, für die Zeitungen und Flugschriften. Es versteht sich, daß die Censur alle Verantwortlichkeit statt des Verfassers übernehmen müsse, sobald von Urtheilen und Meinungen und nicht von bloßen Thatfachen (deren Wahrheit der Censor nicht untersuchen kann) die Rede ist.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
Einleitung.....	5
Actenstücke.	
Nr. I. Protocoll über die Eröffnung der Ständerversammlung.....	13
Nr. II. Thronrede Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm.....	17
Nr. III. Proposition, den Entwurf der Landtags = Ordnung be- treffend.....	19
Nr. IV. Entwicklung der vorzüglichsten Motive desselben.....	61
Nr. V. Protocolle über die vorläufige Vereinigung beider land- schaftlichen Sectionen zu einem Plenum.....	83
Nr. VI. Antwort = Adresse an des Herzogs Durchlaucht.....	86
Mittheilungen aus den Berathungen des Plenum über die Landesfürstliche Proposition der revidirten Land- tags = Ordnung.....	89
Votum über Pressfreiheit.....	123

Verbesserung

im zweiten Hefte dieser Mittheilungen.

Die Nr. XIV. berichtete Conferenz hatte im Jahre 1829 Statt; es ist daher als Schreib- oder Correctur-Fehler zu betrachten, wenn Seite 204 zc. (nicht stets) einige Mal 1828 steht.

Zur Erläuterung der Landschafts = Ordnung von 1820. Von Gottfr. Phil. v. Bülow, Herzogl. Kammer-Director, Probst zu St. Lorenz bei Schöningen und Commandeur des Königl. Hannoverschen Guelphen-Ordens. gr. 8. geheftet. 16 Ggr.

Ueber die Verarmung der Städte und des Landmanns, und den Verfall der städtischen Gewerbe im nördlichen Deutschland, besonders im Königreiche Hannover. Versuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser unglücklichen Erscheinungen und der Mittel zur Abhülfe derselben von S. P. Gans, Advocaten in Celle. Dritte Aufl. gr. 8. geh. 6 Ggr.

Erwiderung auf die von dem Herrn Obersteuer- und Landes-Deconomie-Rath Baring herausgegebenen Bemerkungen zu meiner Schrift: Ueber die Verarmung der Städte und des Landmanns u. s. w. in Beziehung auf Steuerzahlungen, Gemeinheitstheilungen und Verkoppelungen. Als Nachschrift zur dritten Auflage der obgenannten Schrift von S. P. Gans, Advocaten in Celle. gr. 8. geh. 4 Ggr.

Fragmente aus dem 71sten Buche der römischen Geschichten des Dio Cassius, in lateinischer Uebersetzung aufgefunden unter den Handschriften der Vatikanischen Bibliothek zu Rom von Angelo Majo, und nach dem Original ins Deutsche übersetzt. 8 Ggr.

Stammtafel des deutschen Welfenhauses, mit Bemerkung der wichtigsten Thaten und Schicksale seiner Glieder, besonders der Theilungen, Mehrungen und Minderungen seiner sächsischen Erblande, vom Land-Syndicus J. Pri-celius in Braunschweig.

In 4 losen Blättern 1 Thlr. 8 Ggr.

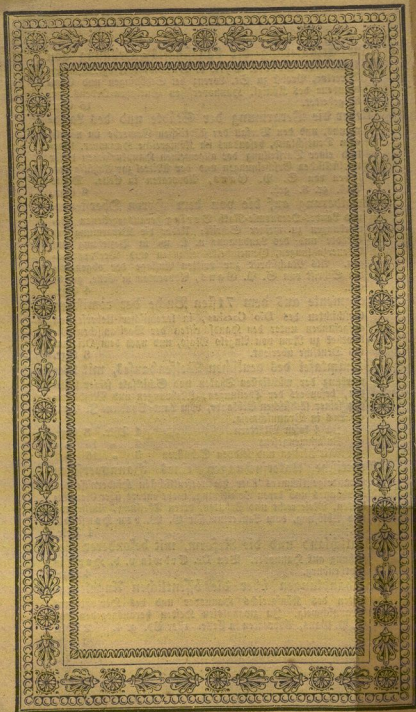
Zusammengesetzt 1 " 16 "

Mit Rollen und seidnen Schnüren 3 " 16 "

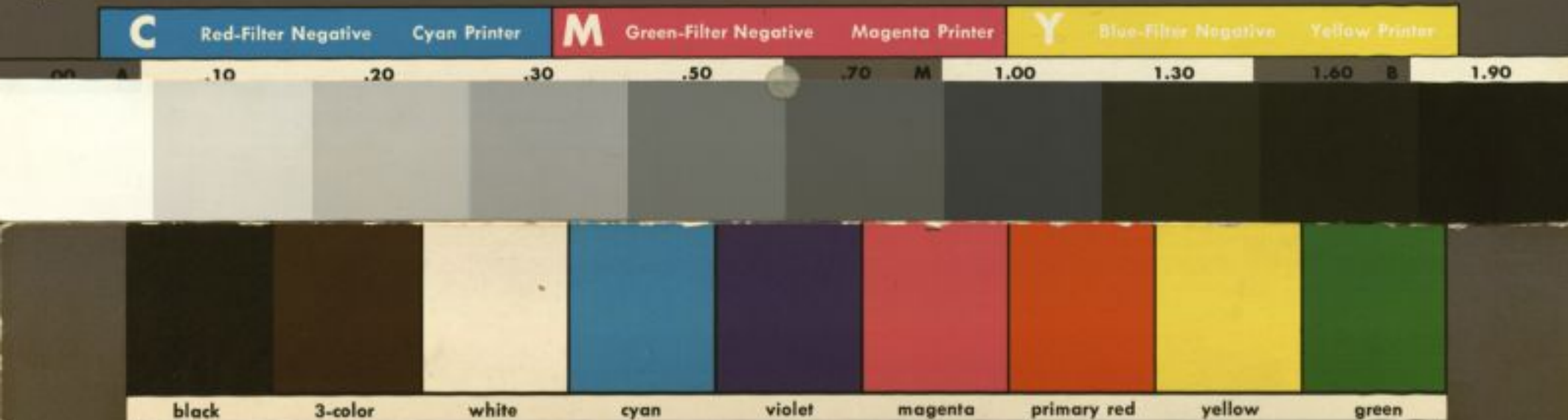
Practische Untersuchungen eines Hannoverschen Grundeigenthümers über die wesentlichsten Hindernisse des Landbaues und deren Beseitigung, insbesondere über Gemeinheiten, Meierrecht und Zehnten, deren Theilung, Aufhebung und Ablösung, vom Landcommissär G. W. von Hönstedt. 1 Thlr.

Deutschland und die Reform, mit besonderer Beziehung auf Hannover. Von Dr. Erdwin v. d. Horst in Rothenburg. 4 Ggr.

Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunschweig. In zwanglosen Heften herausgegeben von S. P. Gans, Advocaten in Celle. 1ster Bd. gr 4. 2 Thlr.



KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

